Heft 8 August 1998 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Kosovo: Rühe vor dem Sturm
- Raubgold: Die Schuld bleibt deutsch
- Ostzone: Kein Land für Juden
- Quasseln und quaken: Die Penetranz der Prominenz
- Bert Brecht: Im Dickicht der Briefe
- Eschede: Der letzte Ruck

Von null auf neu

Reform politiker Wester welle

in konkret August 1998

hier Konkret von Kay Sokolowsky
Die radikalislamische Taliban-Regierung in Afghanistan hat Anfang Juli angeordnet, daß alle Fernsehgeräte, Videorecorder, Satellitenempfangsanlagen nicht mehr verwendet werden dürfen, d. h. binnen zwei Wochen abgeliefert und ins Ausland verkauft oder vernichtet werden müssen. KONKRET fragte Kay Sokolowsky, der seit Jahren für das baldige Verschwinden des Fernsehens plädiert und fast genauso lange an einem Buchessay zur Sache arbeitet (»Sendestörung«), nach seiner Sympathie für das Dekret

von Konkret

an Konkret

O wie schön ist Kosovo von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Der Wunderheiler von Joachim Rohloff
Er hat die FDP auf marktradikalen Kurs gebracht und die Sozialliberalen kaltgestellt: Ein Porträt des FDP-Generalsekretärs Guido Westerwelle

Zu Protokoll
Welche Aufgabe hatte der Untersuchungsausschuß zu rechtsradikalen Bestrebungen in der Bundeswehr? Antwort auf diese Frage geben die folgenden Auszüge aus dem Protokoll der Debatte des Deutschen Bundestags vom 20. Juni 98 über den Bericht des Verteidigungsausschusses, der sich noch Bekanntwerden der Nazi-Umtriebe in der Bundeswehr auf Antrag der Opposition als »Untersuchungsausschuß« konstituiert hat. Der Vorsitzende des Ausschusses, Kurt J. Rossmanith, ist ein ausgewiesener Experte in Nazi-Umtrieben. Er hatte sich 1993, als es darum ging, ob eine Kaserne den Namen von Hitlers Lieblingsgeneral Dietl behalten solle, gegen das Entfernen von Nazi-Namen ausgesprochen, welches er und seine Freunde »Bilderstürmerei« nennen: »Generaloberst Dietl war und ist für mich auch heute noch ein Vorbild in menschlichem und soldatischem Handeln.«

Gepflogenheit der Tradition von Otto Köhler
Die Überraschung ist perfekt: Es gibt keinen Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Zu diesem Ergebnis kam der Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestags unter Leitung des CSU-Abgeordneten und notorischen Nazi-Fans Kurt Rossmanith

Strafe muß sein von Oliver Tolmein
Die gegenwärtige Rechtsprechung über jugendliche Kriminelle ist nicht halb so liberal wie ihr Ruf

Flüchtlinge und Agenten von Wolfgang Pohrt
Pohrt antwortet

Generalisierte Impulse von Horst Pankow
Herausgeber und Lobredner des »Schwarzbuchs des Kommunismus« auf Deutschland-Tournee: Soviel Aufrechnung wer nie

Die Schuld bleibt deutsch von Rolf Surmann
Eine Zeitlang sah es gut aus für die deutschen Banken: Die Empörung der Welt konzentrierte sich auf die Nazigeldwäsche in der Schweiz. Mit der Ruhe ist es nun vorbei: 18 Milliarden Dollar Schadensersatz fordern Auschwitz-Überlebende von den Geschäftsnachfolgern der deutschen Raubgoldhändler

Proarabisch, antisraelisch von Kurt Pätzold
Eine Studie erhellt die Grundlagen der problematischen Beziehungen der DDR zu Israel

»Denen geht es nur ums Geld. von Jürgen Elsässer
Dolgenbrodt, Teltow-Seehof, Schulzendorf: Wenn Arisierungsopfer ihr Eigentum zurückfordern, wird die PDS zur Partei der deutschen Hausund Grundbesitzer

Wege zum Glücklichsein von Peter Kratz
Die Sekten-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages dokumentiert in ihrem Abschlußbericht das neue totalitäre Weltbild einer ganz großen Koalition

Befreiung in Zeiten des Postfordismus I von gruppe demontage
Viele halten das Multilaterale Investitionsschutzabkommen (MAI) für eine neue Gemeinheit des Kapitals. Es ist aber nur die Fortschreibung des fünfzig Jahre alten General Agreement an Tarifs und Trade (Gott) unter den Bedingungen des Postfordismus. Teil 1 einer 5-teiligen Serie über nationale Befreiungsbewegungen in der One World

Die Feuerwehr als Brandstifter von Robert Kurz
Die Krise in Asien ist mittlerweile auch zu einer des Internationalen Währungsfonds geworden. Und es sieht nicht so aus, als käme er heil aus seiner Misere heraus

In diesem Sinne - Gut gerüstet von Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Es geht voran von Samuel Salzborn

In diesem Sinne - Deutscher Schleier von Oliver Tolmein

Kunst & Gewerbe von Joachim Rohloff

Von Eschede nach Lyon von Gerhard Henschel

Mama und Papa von Gerhard Scheit
Anläßlich der nunmehr vollständig edierten Briefe Bertolt Brechts stellt sich die Frage. War der Mann dümmer als der Dichter?

Jetztzeit von Peter Hacks

Die Macht der Lüge II von Kay Sokolowsky
Weil es keine »Protokolle der Weisen von Zion« gab, mußten sie einfach erfunden werden. Schluß eines Zweiteilers über Geschichte und Gegenwart einer mörderischen Fälschung

Buch & Deckel von Oliver Geden

Personalpolitik von Mark-Stefan Tietze
Deutschland ist in der »Vorbildkrise«. Und kreiert eine Unzahl von Prominenten, an denen jetzt auch das Verlagswesen nicht mehr vorbeikommt

Was sagt der Todes-TED? von Alexander Bogner
Euthanasie als Volksquiz Norbert Hoerster läßt »jedermann« über das Schicksal von Behinderten und Wachkoma-Patienten abstimmen

Kampf um die Köpfe von Bernhard Schmid, Gunnar Ulbrich
Die Linke in Frankreich hat eine neue Galionsfigur: den Soziologen Pierre Bourdieu. Eine Revolution freilich ist mit ihm nicht zu machen

Älteste Kamellen von Carsten Otte

Warum die Studenten 1968 ff. seine Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft so begeistert aufnahmen und warum sie heute davon nichts wissen wollen. Zum 100. Geburtstag von Herbert Marcuse

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Verwesende Aura von Holm Friebe

Das Sofa im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Über die unaufhaltsame Integration von Kunst in Werbung

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/98, S. 3

Kay Sokolowsky

hier Konkret

Die radikalislamische Taliban-Regierung in Afghanistan hat Anfang Juli angeordnet, daß alle Fernsehgeräte, Videorecorder, Satellitenempfangsanlagen nicht mehr verwendet werden dürfen, d. h. binnen zwei Wochen abgeliefert und ins Ausland verkauft oder vernichtet werden müssen. KONKRET fragte Kay Sokolowsky, der seit Jahren für das baldige Verschwinden des Fernsehens plädiert und fast genauso lange an einem Buchessay zur Sache arbeitet (»Sendestörung«), nach seiner Sympathie für das Dekret

konkret: Afghanistan ist in diesen Tagen ein Land ohne Fernsehen. Konvertieren Sie jetzt? Werden Sie übersiedeln?

Sokolowsky: Das kann ich meinem Verleger nicht antun. Ich hab' ihn schon so lange warten lassen - da unten, am äußersten Rand der Welt, werd' ich mit dem Zeug erst recht nicht fertig. Außerdem ist es mir in dubio lieber, den ganzen Tag Birgit Schrowange zu ertragen, als eine Gegend zu bewohnen, in der das Tragen von Kopfwindeln und Gesichtspelzen Vorschrift ist. Und schließlich: Ein Verbot des Fernsehens scheint mir rundweg falsch - das Medium arbeitet ja wie rasend an seiner Selbstvernichtung. Wer es tabuisiert, verleiht ihm eine Bedeutung, die es längst nicht mehr besitzt. Schafft achtzig, neunzig, tausend neue Sender!

konkret: Nimmt sich im Vergleich zur Radikalität des Taliban-Erlasses nicht jede Kulturkritik an den modernen Medien, die zu diesen Medien gehört wie der Feldkaplan zum Heer, etwas treuherzig aus?

Sokolowsky: Kulturkritik kann man nur da üben, wo wenigstens Reste einer Kultur vorhanden sind, die zu bewahren sich lohnt. Also: gegen Willemsen wettern, um z. B. bestimmte Filmstars, die mir lieb sind und teuer, vor seinem schleimigen Zugriff zu retten. Die afghanische Kultur aber? Was ist denn da schützenswert? Daß Frauen, die gegen das Verbot der Taliban einer Lohnarbeit nachgehen, kurzerhand erschossen werden? 85 Kugeln pumpten, laut »Brigitte« (14/98), diese Schlächter einer Chirurgin, die ihren OP nicht verlassen wollte, in den Leib und brüllten dabei: »Jetzt kannst du dich selbst operieren!« In einer Kabuler Schule verbrannten Mudschahedin 300 Schülerinnen und Schüler wie altes Stroh, just for fun. Was Sie »Radikalität« nennen, heißt in meinem Diktionär »Gemeingefährlicher Fanatismus«. Wenn diese analphabetischen Irren das Fernsehen verbieten, hat das nichts mit Kritik am Medium zu tun, sondern mehr mit dem notorischen Buschmann, der sich nicht fotografieren lassen mag, weil er Angst hat, die Kamera könnte ihm die Seele rauben. - Übrigens ist es schon lange vorbei damit, daß die Kulturkritik den Feldkaplan des Fernsehens macht: Heutzutage hofft doch jeder, der über das Medium schreibt, darauf, irgendwann eine eigene Talkshow zu bekommen. Ich für meinen Teil hätte übrigens schon einen Titel parat: »O-Kay-TV«.

konkret: Die Taliban begründen ihre Anordnung damit, daß Fernsehen und Videofilme die Moral verletzen und Geisteskrankheiten hervorrufen würden. Sprechen sie Ihnen damit nicht aus dem Herzen?

Sokolowsky: In meinem Herzen ist nur Platz für meine Frau und die Équipe tricolore. Das Fernsehen kann »die Moral« - welche auch immer - gar nicht verletzen, weil es, als ein völlig anonymer, amorpher Moloch, Moral so wenig wie Unmoral kennt. Es steht immer und genau auf dem sittlichen Niveau der Gesellschaft, in der es sich versendet. Es will nichts ändern oder gar umwälzen, es will nur da sein, bewußtlos in sich selber ruhend. Wenn die Machthaber in Kabul nicht so flachköpfig und regressiv wären, hätten sie bald schon ein Lokalfernsehen, das dem Propheten selbst in seinen grimmigsten Stunden ein Wohlgefallen sein könnte. Daß aber ausgerechnet die Taliban dem TV die Verbreitung von Geisteskrankheiten vorwerfen, klingt für mich wie ein Fall aus der geschlossenen Abteilung. By the way: Wissen Sie vielleicht, was der Todenhöfer gerade macht?

konkret: Die Taliban-Milizen wurden im Kampf gegen das »Najibullah-Regime« vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt, der sich des öfteren für seine Desinformationskampagnen des Fernsehens bediente. Haben die Taliban vom Geheimdienst gelernt?

Sokolowsky: Ich bezweifle, daß Killer und Sadisten vom Schlage dieser Leute überhaupt lernfähig sind. Sonst hätten sie das Fernsehen ja nicht abgeschafft, vielmehr zum Zentralmedium ihres Hirnmülls gemacht. Ich glaube allerdings, daß eine tiefe Verwandtschaft zwischen Milizen und CIA existiert. Beide haben sich bereits am Tag ihrer Gründung von der Realität isoliert, und beide bauen nichts als Mist, siehe Iran-Contra-Aftäre, siehe das TV-Verbot. Die einzigen Dinge, die sie wirklich draufhaben, sind Mord und Terror. Ein CIA-Ressortleiter, verantwortlich für politische Attentate im Ausland, dekorierte sein Büro mit dem Spruch: »Der Baum der Freiheit wird mit dem Blut der Patrioten bewässert.« Setzen Sie »Islam« für »Freiheit« und »Frauen und Kinder« für »Patrioten«, und Sie haben das Credo der Taliban.

konkret: Müssen jetzt auch in Deutschland lebende Mullahs wie z. B. Hadayatullah Hübsch ihren Turban aus der Röhre nehmen?

Sokolowsky: Ach was. Für Figuren wie ihn, die nur dummes Zeug reden und vor Nichtigkeit fast platzen, ist das Fernsehen doch erfunden worden. Er weiß das, im Gegensatz zu den Taliban. Ob's da noch weitere Gegensätze gibt, weiß

wiederum ich nicht. Da müßten Sie den Hübsch-Spezialisten Horst Tomayer fragen.

Konkret 08/98, S. 4

von Konkret

Für die Rubrik »hier konkret« hat sich die Redaktion vier Fragen an die Juso-Vorsitzende Andrea Nahles überlegt und an ihr Büro gefaxt:

Als Vorsitzende der Jungsozialisten sind Sie von Gerhard Schröder. einem Ihrer Vorgänger in diesem Amt, einiges gewöhnt. Waren Sie sehr überrascht, als Sie hörten, daß der Kanzlerkandidat Schröder den parteilosen Mittelständler Jost Stollmann zu seinem künftigen Wirtschaftsminister ernannt hat?

Stollmann selbst hat seine Aufgabe so umrissen: »Erstens Stimmung, Mut im Land. ... Ich bin Kandidat für die Stimmung.« Macht Ihnen das Mut, im Wahlkampf für den Kanzlerkandidaten Ihrer Partei zu werben?

Schröders designierter Wirtschaftsminister lehnt ein »Bündnis für Arbeit« ab, die Vermögenssteuer nennt er Quatsch, das Programm der SPD hat er nach eigenem Bekunden noch nicht einmal gelesen. Kann es da nicht genausogut bei Rexrodt bleiben?

Einige in der SPD haben zwar gemurrt, aber die Partei als ganze hat die Nominierung dieses seltsamen Kandidaten klaglos hingenommen. Ist das nicht ein Indiz dafür daß nicht einmal die Mitglieder der SPD von einem Wechsel der Regierung ernsthaft einen Wechsel der Politik erwarten?

Statt einer Antwort kam dieses:

Über Ihre Interviewanfrage habe ich mich gefreut, weil KONKRET die amtierende Juso-Bundesvorsitzende wahrnimmt, was ja in der Vergangenheit nicht häufig der Fall gewesen ist. Nun sollte ich vielleicht vorsichtig sein, was Interviews amtierender Juso-Vorsitzender mit KONKRET angeht. Immerhin wurde einem meiner Vorgänger ein solches Interview zum Anlaß für einen Karriereknick - wenn auch nur für kurze Zeit. Der besagte Vorgänger ist heute sogar eng mit Gerhard Schröder befreundet. So kann es gehen.

Im Ernst: Aus den Fragen und auch den Kommentaren der letzten Monate lese ich heraus, daß KONKRET keinen Politikwechsel nach einer Regierungsübernahme von SPD und Grünen erwartet. Das sehe ich - noch - anders. Gleichwohl fehlt es mir auch bei den Parteien der Linken am Mut zur Auseinandersetzung. Da wäre das Profil der SPD zu schärfen, wesentliche Reformschritte hin zu mehr Umverteilung von Reichtum und für eine öffentliche Flankierung radikaler Arbeitszeitverkürzung fehlen. Dennoch wird die potentielle Basis für eine alternative Politik auch mit diesem Regierungswechsel gelegt.

Es erscheint mir wenig sinnvoll, jetzt ein Interview über diesen Unternehmer zu machen. Interessant wäre es doch, 3-4 Wochen nach der Wahl über die neue SPD-geführte Regierung und die Aussichten für eine linke Reformpolitik zu sprechen. Dazu wäre ich dann gerne bereit.

Mit rotem Gruß

Andrea Nahles

Genau: »Reformschritte hin zu mehr Umverteilung von Reichtum« versprechen und Wahlkampf für einen rechten Unternehmer machen, »Mut zur Auseinandersetzung« einfordern und im gleichen Atemzug kneifen - so geht Sozialdemokratie. Wird das Ganze dann noch mit einem »roten Gruß« garniert, handelt es sich um ihre systemüberwindende Variante.

Die »Gorbatschow-Stiftung Deutschland«, mit Sitz in Düsseldorf, lädt ein:

Sehr geehrter Herr Gremliza, im Rahmen seines Deutschland-Besuches wird Michail Gorbatschow am 7. August d. J. auch unsere Stiftung besuchen. Aus diesem Anlaß findet an diesem Tag ab 17. 00 Uhr in den Räumlichkeiten unserer Stiftung ein Cocktailempfang statt. Wir erlauben uns, Sie dazu recht herzlich einzuladen. Übrigens haben Persönlichkeiten wie André Glucksman und Wolf Biermann ihre Teilnahme bereits zugesagt.

Vielleicht trifft man auch noch die weiteren Persönlichkeiten Karsten D. (für: Deutschland) Voigt, Vera Wollenberger, Arnold Vaatz und, wer weiß, den Klaus Bölling. Ja, da muß man sich doch einfach hinbegeben, ja, da darf man nicht kalt und herzlos sein. Oder?

Das »Braunbuch DVU«, das um 24.8. als Band 17 in der konkret-texte-Reihe erscheint, wird der Öffentlichkeit dort vorgestellt, wo die Nazis gute Aussichten auf ihren nächsten Wahlerfolg haben: In Mecklenburg-Vorpommern könnte die DVU bei den Landtagswahlen am 27. September laut Umfragen ähnliche Prozentzahlen erreichen wie im April in Sachsen-

Anhalt. *Braunbuch-Autor Jürgen* Elsässer wird die Kernthesen des Buches - zum »Antikapitalismus« der dummen Kerls der DVU und zur »Massenpsychologie des Faschismus« bei ihren Anhängern - vortragen. Angela Marquardt (PDS/AG Junge GenossInnen) wird darüber informieren, wie sich in Mecklenburg-Vorpommern eine rechte Subkultur in der Jugendszene und damit ein idealer Nährboden für die Nazi-Parteien herausgebildet hat. Anschließend ist Zeit für eine Diskussion.

In bester KONKRET-Tradition soll die politische Intervention bei aller Radikalität auch den klassischen Formen verpflichtet sein: Die Premiere des *Braunbuchs DVU* findet am Sonnabend, den 22.8., um 20 Uhr auf Schloß Marxhagen statt (Dorfstr. 12, 17194 Marxhagen, bei Waren/Müritz). Das Schloß bietet preisgünstige Übernachtungsmöglichkeiten; um Reservierung wird gebeten (Tel./Fax: 039933/71072). Die Unkostengebühr für die Veranstaltung beträgt 6 (ermäßigt 4) Mark.

Das *Braunbuch DVU* kostet - wie auch die anderen Bände der konkret-texte-Reihe - im Abo 15,80 DM, ist aber für 19,80 auch einzeln im Buchhandel oder beim Verlag zu bekommen.

Am 28.7. findet um 19.30 Uhr im Adolf-Hoelzel-Haus in Dachau-Ost (Ernst-Reuter-Platz) eine Veranstaltung mit KONKRET-Autor Otto Köhler statt. Thema: »Ludwig Erhard - ein Mythos von Markt und Mark«. Eintritt 6 (ermäßigt 3) Mark.

Nach wie vor steht das sehr gemischte Doppel Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer zu Lesungen bereit. Interessenten wenden sich an den Verlag.

Konkret 08/98, S. 6

an Konkret

Verschroben

KONKRET 7/98: »hier konkret« mit Thomas Ebermann und Rainer Trampert

Ebermann/Trampert behaupten, »ein Teil der Grünen ist mit Biedenkopf für eine Hunger-Rente von 800 Mark, der andere Teil findet mit dem BDI diesen Betrag zu hoch«. Ich habe im Programm der Grünen zur Bundestagswahl nachgeschaut, ob dies zutrifft. Ich lese da, daß die Grünen eine Grundsicherung mit einer allgemeinen Pauschale von 800 Mark, zusätzlich eine Pauschale für die Wohnkosten und Zuschläge für Ältere und Behinderte fordern. Nach diesem Modell würde ich monatlich etwa 1.500 Mark Grundsicherung erhalten. Gegenwärtig bekomme ich eine »Hunger-Rente« von 950 Mark Sozialhilfe.

Ich lese im Programm weiter, daß die Grünen die Mehrausgaben für ihr Modell der Grundsicherung (12 Milliarden Mark) durch höhere Erbschaftssteuern und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer finanzieren wollen. Das ist eine linke Position, die sich wohltuend von der Schröder-SPD abhebt. Ich habe kein Verständnis dafür, daß Ebermann/Trampert eine linke Position in einer geradezu grotesken Weise verzerrt darstellen. Der deutsche Linksradikalismus wird immer verschrobener!

Anne Matthews

Köln

Sie zitieren Ebermann & Trampert: »Die PDS hält im Land die glühendsten (!) Schutzreden für brandschatzende und mordende Nazis.« Frage: Wieviele Sankt-Pauli-Biere haben E&T während des Gesprächs in sich hineingeschüttet?

Michael Klein

München

Wo du redest, da will auch ich reden? Warum antworten Ebermann und Trampert immer gemeinsam? Sind sie unzertrennlich wie zwei Mormonen-Missionare? Gibt es da ein gemeinsames Pressebüro, das Statements nur im Bündel verschleudert? Haben Ebermann/Trampert die These Heitmeyers verinnerlicht, daß Individualisierung zu Rechtsextremismus, Sekten, Drogen, Islamismus führe, und beugen dem vor, indem sie einzeln nicht mehr sprechen? Bitte in Zukunft: Was sagt der eine? Was sagt der andere?

Burkhard Schröder

Berlin

Reisetip

KONKRET 7/98: »Schwarzbuch ist die Haselnuß« von Hermann L. Gremliza

Als Beitrag zur österreichischen Touristikwerbung in Deutschland - und weil Michael Scharang derzeit mit Fußball beschäftigt ist -stelle ich einen Kommentar des Autors Wolf Martin zum *Schwarzbuch des Kommunismus* aus der »Neuen Kronenzeitung«, der meistgelesenen österreichischen Tageszeitung, vom 11.6.98 vor. Titel: »In den Wind gereimt«:

Des Ostens Wende machte klar

Und allgemein nun offenbar.

daß Hitlers Drittem Reich im Bösen

das rote mindest gleich gewesen.

Nur weil sich dieses siegreich sah

(mit Hilfe von Amerika),

konnt' es diktieren die Geschichte

der braunen Super-Bösewichte

und sich mit frechen Lügen schminken

vom edlen »Antifa« der Linken.

Daß Klassenhaß gleich Rassenhaß –

Für die Erkenntnis möge das

»Schwarzbuch des Kommunismus« dienen.

Es ist jetzt auch auf Deutsch erschienen.

An dritter Stelle liegt das *Schwarzbuch* unter der Rubrik »Sachbuch« in der Bestseller-Hitliste der Zeitschrift »News«, noch abgeschlagen von *Die roten Bosse* (über den Einfluß der roten Mafia auf europäische Unternehmen) und *Das Buch Groer* (über den pädophilen Ex-Kardinal, der zur Zeit im Dresdner Exil weilt). Wen Osterreich bislang als Ausflugsziel nicht interessiert hat, der sollte diese Hitliste zum Anlaß nehmen, Versäumtes unter dem Motto »Urlaub bei Freunden« nachzuholen.

Stefan Schnegg

Innsbruck

Unter Kollegen

KONKRET 5/98: »Magdeburger Verhältnisse« von Titus Simon

Lieber Titus Simon, ich vermute, Dir hat die ganze Studie nicht gepaßt, weil nicht sein durfte, was nicht sein kann. Also was tun?: verunglimpfen, unterstellen, daß Zahlen nicht stimmen, und Deinen Unglauben darüber ausdrücken, daß 400 jugendliche Skinheads des Lesens mächtig und gar imstande wären, einen Fragebogen auszufüllen. Hättest Du doch bloß mal Bescheid gesagt. Du hättest gerne in die Fragebögen schauen können. Auch die Magdeburger Skins, die für die PDS votiert haben, hätten wir Dir gezeigt. Übrigens: Wirf doch mal einen Blick auf die Zweitstimmen der Wahlen in Sachsen-Anhalt. Rund drei Viertel der DVU-Wähler haben mit ihrer Zweitstimme Kandidaten der PDS (23 Prozent), SPD (22) und CDU (20) gewählt. Die Welt ist doch ein wenig komplexer, als es Deine Deutung nahelegt.

Nett wäre es im übrigen auch gewesen, wenn Du bei unserer Studie nicht so einfach die mit weitem Abstand größte »Partei«, die der Nichtwähler, einfach unter den Tisch gekehrt hättest. Immerhin waren es bald die Hälfte aller Befragten, die sich als Nicht-Wähler eingeordnet haben. Also die, von denen sich vermutlich ein erklecklicher Teil in Sachsen-Anhalt gewissermaßen wieder zu Wort gemeldet hat.

Helmut Heitmann

Co-Autor des Buches »Die Skins« Berlin

Zwei Fragen

KONKRET 6 und 7/98: »Jetztzeit« von Peter Hecks

KONKRET zeichnete sich bislang durch ein nüchternes Verhältnis zum Stalinismus aus. Haßerfüllte Verteufelungen blieben dem Leser ebenso erspart wie naive Verklärungen. Und nun so etwas: Stalin als Symbolfigur der Macht der Arbeiterräte, »väterlich« und mit »mildem Blick«. Das ist Kitsch, ohne eine Spur von Subtilität oder Ironie. Wer wird als nächster in KONKRET Stalins Speichel lecken?

Kai Ruhsert

Kronberg

Worin grundsätzlich noch unterscheiden sich eigentlich nicht wenige Gedichte des Peter Hacks von den Gedichten, die in der Hamburger Anthologie auftauchen, abgesehen davon, daß letztere stets unaufgefordert eingesandt bzw. irgendwo aufgelesen werden und daß deren Urheber in den Genuß einer mehr oder weniger lustigen Kommentierung kommen?

Uwe Struppek

Berlin

Der Zeit voraus

KONKRET 5/98: »... **wir kriegen euch!« von Oliver Tolmein**

In seinem Bericht schreibt Herr Tolmein: »Mit dem >sechsten Gesetz zur Reform des Strafrechts(wurde ... der sexuelle Mißbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses unter Strafe gestellt ... « Da ist Herr Tolmein seiner Zeit voraus, so weit ging die Reform leider nicht. Im Paragraph 177 StGB (Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung) ist lediglich vom »Ausnutzen einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters schutzlos ausgeliefert ist«, die Rede. Damit sollen solche Übergriffe unter Strafe gestellt werden, denen sich das Opfer nicht z. B. durch Ortsveränderung entziehen kann (aus unserer Korrespondenz mit einem Referenten des Bundesministeriums der Justiz).

Justizminister Schmidt-Jortzig (FDP) beabsichtigt allerdings, in einem neuen Paragraphen 174c StGB den sexuellen Mißbrauch in psychotherapeutischer Behandlung zu einem neuen strafrechtlich relevanten Tatbestand zu machen, mit einem vorgesehenen Höchststrafmaß von fünf Jahren und einem evtl. Berufsverbot (»Süddeutsche Zeitung«, 23.4.97). Wieviele Jahre ins Land gehen müssen, um dieses neuerliche Reförmchen durchzusetzen, lassen wir einmal dahingestellt.

Susanne Lorenz

Frauenhorizonte e. V Gegen sexuelle Gewalt

Freiburg

Berichtigung

KONKRET 7/98: An diesem Sinne« (»Esoterische Auschwitzrelativierung« von Andreas Speit)

Der Artikel von Andreas Speit enthält zwei unrichtige Behauptungen.

1. Das Buch ... *und die Wölfe heulten* (nicht »heulen«) ist nicht unter dem »Pseudonym« Sara Carpenter, sondern unter dem wahren Namen der schwedischen Verfasserin Barbro Karlén erschienen. Sara Carpenter ist lediglich der Name der Ich-Erzählerin im Buch.

2. Es ist unwahr, daß »Passagen des Buches Gegenstand gerichtlicher Untersuchungen in Schweden« sind. Das Buch ist bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in Schweden erschienen.

Thomas Meyer

Geschäftsführer Perseus Verlag

Basel

Konkret 08/98, S. 8

Hermann L. Gremliza

O wie schön ist Kosovo

»Frankfurter Allgemeine«: Als Bundesminister trugen Sie entscheidend dazu bei, daß Kroatien Anfang 1992 von den EU-Ländern anerkannt wurde. Bereuen Sie das jetzt ein wenig?

Hans-Dietrich Genscher: Bestünde Jugoslawien in der alten Form noch, dann hätten diese vorzüglichen kroatischen Spieler in der jugoslawischen Mannschaft mitgespielt. Und dann wären wir bei dieser Weltmeisterschaft schon früher ausgeschieden.

Der Krieg gegen Jugoslawien, in den das Blatt damals seinen Außenminister getrieben hatte, endete für Deutschlands Politik mit einem ganzen Sieg und sogar für Deutschlands Fußball noch mit einem halben. Zum Weltmeister hat's nicht gereicht, aber zur Weltmacht, immerhin. Es war allen Schweiß der Deutschen und alles Blut der Jugoslawen wert. Wie denn sah unsere Welt bis dahin aus? Es herrschte jene elende Nachkriegsordnung, die den deutschen ganz undeutsche Grenzen, geographische wie politische, setzte. Nie wieder sollten sie marschieren, bis alles in Scherben fällt, nie wieder wollten sie, ihren Tugenden entfremdet durch alliierte Umerziehung, es tun. Bis zur großen Wende.

»In Frankreich und Großbritannien hängt ein Teil der Intelligenz noch an der 1919/1920 für Ostmitteleuropa festgelegten Neuordnung«, klagte damals der zuständige Herausgeber Johann Georg Reißmüller, »die vor allem dazu gedacht war, Deutschland, Österreich und Ungarn zu bestrafen und am Boden zu halten; der großserbische Belgrader Staat war ein Eckpfeiler dieses Systems.« Wer das System, das 1945 noch einmal erneuerte, beseitigen wollte, mußte den Eckpfeiler stürzen: »Jugo-Serbien ist eine gänzlich uneuropäische Macht. In der heutigen Staatenwelt ähnelt ihm am ehesten der Irak, die serbischen ... Führer haben zur Wahrheit ein orientalisches Verhältnis. Deshalb darf für Serbien auf alle absehbare Zeit kein Platz in der Europäischen Gemeinschaft sein.«

Gesagt in Frankfurt, getan in Bonn: Mit der diplomatischen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens erklärte die deutsche Regierung Jugoslawien im Dezember 1991 den Krieg. In ihm, der auseinanderschlug, was nicht zusammengehören sollte, wurde Deutschland ein einig Vaterland, das über alle Parteigrenzen hinweg die eigene Geschichte in die fremde Gegenwart entsorgte: In der liberalen »Zeit« fühlte sich Dr. Sommer angesichts »ethnischer Säuberungen« an »Hitlers Versuch (!), Europa judenfrei zu machen«, erinnert, in der alternativen »Taz« sah der Kriegsberichterstatter Rathfelder, daß »heute und jetzt ein neues Auschwitz« beginnt, und Reißmüller erkannte, daß die Serben auf »Endlösung« aus seien.

So schnell wie die Intelligenz des eigenen Landes war die des Auslands, die noch an der alten Ordnung hing, nicht in Reih und Glied zu bringen, und so geschah es, daß Europa, statt sich unter Deutschlands Führung zu stellen, »versagte«, indem es den USA erlaubte, sich zur Schutzmacht einer neuen Ordnung auf dem Balkan aufzuwerfen. Aber das Friedensabkommen von Dayton war kaum unterschrieben, da stürmerte Reißmüller zur nächsten Front, mit Julius-Streicher-Streichen wie diesem:

Im März 1990 erkrankten auf dem Amselfeld plötzlich mehr als tausend albanische Kinder. vor allem Schulkinder an schwerer Vergiftung. Die von der serbischen Obrigkeit mit der Untersuchung der Ursache beauftragten serbischen Ärzte behaupteten, sie könnten nichts feststellen. Der Verdacht besteht, daß die serbische Geheimpolizei die Kinder mit Gift umzubringen versuchte. Das würde sich in die serbischen Bestrebungen einfügen, die albanische Bevölkerungsgruppe auf dem Amselfeld zu reduzieren.

Muß erwähnt werden, daß nicht eines der mehr als tausend Kinder gestorben ist, weil keines vergiftet worden war? Genschers Nachfolger Kinkel, der schon 1992 geschworen hatte, »die Serben in die Knie zu zwingen«, wußte jedenfalls, was zu tun war. Mitten in die von landesüblichem Raufhändel kaum gestörte Ruhe der südjugoslawischen Provinz hinein rief er: »Jetzt müssen wir das internationale Scheinwerferlicht auf das Kosovo richten und alles tun, um den Menschen dort zu helfen.«

»Die Menschen« waren nicht die Bewohner des Kosovo, sondern das Volk der alsbald überall so genannten »ethnischen Albaner«, die in Jugoslawien lebten wie einst die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei und nun von ihrem Bonner Paten animiert wurden, wie diese sich auch aufzuführen. Ihren Führern stellten die Deutschen die politische und publizistische Logistik, eine Art Exilregierung erhielt eine Art diplomatischer Anerkennung, die Terroristen wurden mit Waffen versorgt - natürlich aus Deutschland, wie der US-Sonderbeauftragte Richard Holbrooke jüngst bemerkte. Der Krieg konnte beginnen.

Als die Regierung Jugoslawiens nach den ersten Anschlägen der Ethnoalbaner die Verfolgung der Terroristen aufnahm, stellte Klaus Kinkel im Namen der »Weltgemeinschaft« ein Ultimatum: Sie habe sofort und bedingungslos Verhandlungen mit den Separatisten aufzunehmen. Doch wie schon in Bosnien kamen die USA den Deutschen auch hier in die Quere:

Einen selbständigen Staat Kosovo, dekretierten sie, werde es nicht geben. Milosevic lud zu Verhandlungen ein, die Separatisten blieben, ermuntert von ihren Bonner Förderern, fern. Bald meldeten sie, daß ihre bewaffneten Banden, in den deutschen Medien »albanische Befreiungsarmee« genannt, dreißig oder vierzig Prozent der Provinz kontrollierten. Um was für eine Sorte Befreier es sich da handelt, geht aus einem Gespräch hervor, das der »Spiegel« mit ihrem Häuptling Jakup Krasniqi, dem Chef der UCK, führte:

Krasniqi: Die Freiheit hat die Würze des Blutes... Wer mit seinem Blut das Land verteidigt, darf über dessen Schicksal bestimmen ... Wir sprechen die einzige Sprache, die die serbische Führung versteht: Gewalt.

»Spiegel«: Warum ermordet sie (die UCK) friedfertige Albaner?

Krasniqi.» Kollaborateure werden gewarnt, daß wir sie töten werden, wenn sie den falschen Weg weitergehen ... Wir wollen mehr als die Unabhängigkeit. Unser Ziel ist die Vereinigung aller Albaner auf dem Balkan. In Mazedonien ist die UCK bereits aktiv ... Wir bekommen mittlerweile genug Waffen, und wir besitzen auch Flugabwehrraketen.

Im Kosovo fliehen die Serben vor den völkischen Horden der UCK, in den deutschen Medien fliehen allein die Albaner vor so völkerrechtswidrigen Greueltaten des jugoslawischen Militärs wie der Befreiung einer von der UCK belagerten Ortschaft oder der Räumung eines von der UCK eroberten Bergwerks. Springers »Hamburger Abendblatt« faßte die Meldungen der Agenturen DPA, AP und SAD in einer zusammen. In der Aufmachung: »70.000 Albaner sind im Kosovo auf der Flucht. Immer mehr von ihnen fliehen nach Bosnien-Herzegowina.« Im Kleingedruckten: »Die genaue Zahl der Kosovo-Flüchtlinge in Bosnien-Herzegowina ist nicht bekannt. Beim Bosnien-Büro des Uno-Hochkommissars für Flüchtlinge meldeten sich in den vergangenen vier Wochen 170 Kosovo-Albaner und baten um Hilfe.« Immer mehr sind in vier Wochen: einhundertsiebzig von siebzigtausend.

Was tun? Das Völkerrecht bietet in dieser Lage keine Gelegenheit zur Intervention? Die Uno verweigert sich? Volker Rühe braucht sie nicht, Karsten Voigt von der SPD ist ganz Rühes Meinung. Die Linken halten es mit Kinkel, sie wollen erst die Uno durch Erpressung gleichschalten, wie der grüne Europa-Abgeordnete Cohn-Bendit, der auf die Frage, ob man militärisch intervenieren solle, einen Vorschlag zur Güte macht: »Ja, aber nur mit Uno-Mandat. Im Moment würden Russen und Chinesen einer solchen Lösung nicht zustimmen. Da muß man Druck machen. Und wir haben eine Waffe: die Not. Rußland und China brauchen ökonomische Unterstützung.«

Warum müssen ausgerechnet die Deutschen Serben sterbien lassen? Es gibt viele Gründe, ein Grund besser als der andere:

· Weltmacht ist, wem von den engen und weiteren Nachbarn der entsprechende Respekt erwiesen wird. An dem läßt Milosevic es fehlen - im Gegensatz Horn und Kwasnieski, die wie er Mitglieder einer kommunistischen Partei waren und heute wie er mit dem Kapital auf gutem Zinsfuß stehen. Es ist sein Trotz, der, Nachahmern zum Exempel, gebrochen werden muß.

· Die Deutschen haben mit den Serben eine alte Rechnung offen. Der Leitartikler der »Zeit« präsentiert sie: »Gegen ein Protektorat wird Milosevic zwar zum Kleinkrieg aufrufen. Ihm werden aber viel weniger Freiwillige folgen als einst Tito« (in dessen Kampf mit den damaligen Invasoren, den Nazis).

· Je mehr Völkermorde die Deutschen beenden oder verhindern, desto eher verschwinden die ihren im braunen Loch der Geschichte. Groß war der Jubel, als die Agenturen im Juli melden konnten: »Seit den Nürnberger Prozessen ist Milan Kovacevic der erste, der in Europa wegen Völkermordes von einem internationalen Gericht zur Rechenschaft gezogen wird.« Klaus Kinkel kündigte gleich den nächsten Coup an: »Ich prophezeie, daß Karadzic freiwillig oder unfreiwillig dort (vor dem Tribunal) landen wird. Dafür werden wir sorgen.«

· Im Kalten Krieg mit der anderen Weltmacht USA muß Euro-Deutschland um jeden Vasallen kämpfen. Albanien hatten sich die USA gesichert, es sei, schrieb die »FAZ«, »dollarisiert«, (»alles ist dort auf Dollars ausgerichtet«), »im Kosovo und in Mazedonien dagegen ist die D-Mark die bestimmende Währung«. Sie soll es bleiben.

· Die Serben sind ein Erzfeind der islamischen Welt, jeder Schlag, der ihnen zugefügt wird, festigt das »traditionell gute deutsch-islamische Verhältnis«.

Und dann ist da noch eine Sache, über die ein italienischer Außenminister und ein deutscher Volkskundler gleiche Auskunft geben: »Wir müssen mit vielen hunderttausend Flüchtlingen rechnen. Der Löwenanteil wird wieder nach Deutschland kommen. Wenn man jetzt nicht interveniert, wird es einen neuen großen Krieg geben«, droht der Tilman Zülch von der Gesellschaft für das bedrohte deutsche Volk, und der Giorgio Napoletano weiß es nicht besser: »Wir haben allen Grund, nach den Immigranten aus Albanien die massive Ankunft von Flüchtlingen aus dem Kosovo zu erwarten.« Damit uns nicht noch mehr dieser albanischen Gauner heimsuchen, werden wir ihre Untermenschenrechte vor Ort verteidigen, mit Bomben und Granaten.

Konkret 08/98, S. 10

Herrschaftszeiten

Deutsch-Südost

Mitte Juni ist in Bosnien-Herzegowina die »Konvertierbare Mark« in Umlauf gebracht worden. Die direkt an die Deutsche Mark gekoppelte Währung löst die drei Währungen der Serben, der Kroaten und der Bosniaken ab. Die kleinste Münze der neuen Währung heißt »pfenig«. (Der höchste Politiker des Landes heißt »folkerühe«.)

Apartheid

Der stellvertretende Geschäftsführer der CSU hat die Ausländerbehörden in Bayern aufgefordert, zwischen »hochwillkommenen« und »eher unerwünschten Leuten« zu unterscheiden. Ein japanischer Ingenieur oder ein brasilianischer Kaufmann sollten beim Ausländeramt nicht in derselben Schlange stehen wie kriminelle Ausländer, die zur Abschiebung anstünden.

Very british

Die 79jährige Dowager Marchioness of Reading hat anläßlich der Kritik am Auftreten englischer Fußballfans bei der Weltmeisterschaft in einem Brief an den »Spectator« gefragt:

Was ist heute, wo wir keinen Krieg haben, so falsch an einer anständigen Schlägerei? Ich liebe England sehr. und mir scheint, die sogenannten Hooligans sind nur ein bißchen über-enthusiastisch. Warum haben wir die Welt erobert? Warum waren unsere Soldaten die besten? Warum kommen die erfinderischsten Leute der Welt aus England? Weil wir eine Nation von Kämpfern sind. Bei so vielen Milchbubis, Linksliberalen und Waschlappen um uns her bin ich froh, daß es da noch Leute gibt, die unseren historischen Kampfgeist hochhalten. Ich bin nur eine schwache, alte Frau, aber ich werde mir nicht den Mund verbieten lassen von einem Haufen Linksliberaler, die zu Hause sitzen und ihre Nase rümpfen.

In einem Brief an den »Guardian« hat eine Emilie Cope aus London gefragt:

Was soll uns überraschen an der Aussicht, daß Deutsche und Engländer auf französischem Boden kämpfen?

Living history.

Very german

Als ihre Gurkentruppe endlich nach Hause geschickt worden war, hatte ihr Trainer Hans-Hubert Vogts den Pokal natürlich nicht selber fallenlassen:

Unser Ausscheiden haben andere Leute zu verantworten.

Und sein Lieblingsspieler Jürgen Kohler weinte:

Wieso werden wir Deutsche immer bestraft? Das ist irgendwo nicht gerecht.

Ist es doch: Die Deutschen hätten von Kroatien nicht eliminiert werden können, wenn sie diesen Staat nicht eigenhändig gegründet hätten.

Perestroika 1

In der nordböhmischen Bezirksstadt Usti gibt es eine Gasse, in der eine Gruppe von Sinti und Roma in her-untergekommenen Wohnungen von Sozialhilfe lebt. Um »die Asozialen von den anständigen Leuten zu trennen«, beschloß die Stadtverwaltung unter Führung des Bürgermeisters Hruska den Bau einer vier Meter hohen »Lärm- und Schutzwand«. Der Plan dieser »unkonventionellen technischen Maßnahme« (Hruska) kommt nicht von ungefähr. Im Land des dichtenden Präsidenten Havel sind nach Angaben des Helsinki-Komitees seit 1991 mindestens 19 Menschen aus rassistischen Motiven getötet worden.

Perestroika 2

Die Festrede hielt Horst Übelacker, Vorsitzender des braunen Witikobundes, in seiner Grußrede verurteilte der Oberbürgermeister die »fadenscheinigen Argumente« einiger Kritiker, bekannte sich zu seinem Stolz auf Deutschland und erntete damit, wie die Lokalpresse meldete, »viel Sympathie« bei seinen Gästen, den 800 kostümierten Studenten, die

meisten mit zerhackter Visage, die zum »Deutschen Burschentag« in die deutsche Provinz gekommen waren, aber nicht mehr ins fränkische Coburg oder eines der anderen geistverlassenen Kaffs, in denen diese negative Auslese der Gattung Mensch sich bisher ungestraft sehen lassen konnte, sondern in Eisenach, vormals DDR. Die Gäste, vom Oberbürgermeister auch für das nächste Jahr wieder eingeladen, bedankten sich durch ihren Pressesprecher mit der Versicherung, sie hätten in ihren Reihen »kein Problem mit Mitgliedern, die in der DDR mit der FDJ oder SED aufgewachsen sind«.

Just in time

Nach 1945 sind ungezählte Nazi-Verbrecher, darunter der Auschwitz-Arzt Josef Mengele, mit Unterstützung des Vatikans über die sogenannte »Rattenlinie« nach Argentinien entkommen. Einen von ihnen, Adolf Eichmann, hatten israelische Geheimagenten von dort entführen müssen, um ihn vor Gericht stellen zu können, die meisten lebten als angesehene Geschäftsleute, häufig als Vertreter deutscher Firmen, unbehelligt bis zu ihrem Tod. Jetzt, da fast keiner mehr lebt, war die Bundesregierung endlich bereit, mit Argentinien, Israel und den USA den Aufbau eines Informationsnetzes über gesuchte NS-Verbrecher zu vereinbaren.

Totaler Sieg

Auf dem Landesparteitag der hessischen CDU ist Manfred Kanther mit demselben Stimmenanteil zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt worden wie Erich Honecker zum Ersten Sekretär des ZK der SED: 99,7 Prozent. Ein Fall für Totalitarismus-Forscher?

Meet the press

Der US-Sender CNN und das Nachrichtenmagazin »Time« hatten Anfang Juni über eine Episode des Vietnamkriegs aus dem September 1970 berichtet. Damals habe die US-Aufklärung desertierte GIs in einem feindlichen Basislager in Laos entdeckt. Weil die Gefahr des Geheimnisverrats für sehr groß gehalten worden sei, habe »etwas gegen diese Leute unternommen« werden müssen. Die Lösung des Problems sei die von der CIA gesteuerte »Operation Tailwind« gewesen: Die Air Force habe über dem Lager Bomben mit dem Nervengift Sarin abgeworfen, in dem alle Deserteure erstickt seien. Präsident Nixons Nationaler Sicherheitsrat habe die Aktion abgesegnet. Autor des Berichts war die Nummer eins unter den Kriegsberichterstattern, Peter Arnett, dessen Motto lautet: »Für eine gute Geschichte war ich immer bereit, jedes Risiko auf mich zu nehmen.« Sein langjähriges Glück: Saddam Hussein schickt keine Gegendarstellung. Sein jüngstes Pech: Die CIA aber schon. Anfang Juli zog CCN den Giftgas-Bericht zurück, entschuldigte sich, feuerte zwei seiner Produzenten und schickte Arnett eine Abmahnung.

Schröder, Deutschland

Aus der Rede des Kanzlerkandidaten der SPD auf dem Kongreß des DGB:

Ein Export, der Gott sei Dank die Position der Deutschen auf den internationalen Märkten behauptet und verbessert hat ... Die Menschen in Deutschland ... mit der Situation in Deutschland -Die wirklichen Leistungsträger der Nation ... die wirklichen Leistungsträger der Nation ... dieses Volk ins nächste Jahrhundert zuführen ... diese Regierung ist führungsunfähig ... Standort Deutschland ... Handlungsmöglichkeiten nationaler Politik gegenüber den Aktionen international operierender Konzerne nicht weiter eingeengt ... Handlungsmöglichkeiten nationaler Politik erweitern ... in Deutschland_ Meine Mutter als Putzfrau... Standort ... 70 Prozent des Volkes ... Spaltung in unserem Volk ... Deutschland ... die Stärke dieses Landes ... Wir schaffen das moderne Deutschland ...

Das Tagungsprotokoll vermerkt: »Starker Beifall, der in rhythmisches Klatschen übergeht.« Ein Volk, ein Standort, eine Führung.

Schröder, Volkswagen

Aus der Rede des Kanzlerkandidaten der SPD auf dem Kongreß des DGB:

Ich glaube also, daß das deutsche Konsensmodell, wenn man so will: der rheinische Kapitalismus nicht am Ende ist, nein, er beginnt erst.

Schlesien unser

In einem Polenstädtchen (Warschau) hat das Abgeordnetenhaus ohne Gegenstimme und bei zwei Enthaltungen die Entschließung des Deutschen Bundestags vom Mai dieses Jahres zurückgewiesen, die mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP die »Vertreibung« von Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei nach 1945 als völkerrechtswidrig

bezeichnet und beide Staaten aufgefordert hatte, nach ihrem EU-Beitritt den deutschen Heimatvertriebenen ein Niederlassungsrecht in ihrer alten Heimat einzuräumen. In der Resolution des Sejm heißt es: »Unsere Teilnahme an der EU muß auch die Unantastbarkeit der polnischen Grenzen bedeuten ... sowie die Unantastbarkeit der polnischen Eigentumsrechte an Immobilien.« Erika Steinbach, Präsidentin des »Bundesverbands der Vertriebenen«, die den Beschluß des Bundestags »maßvoll« findet, versteht die polnische Zurückweisung als Kriegserklärung: »Der polnische Sejm hat mit seiner Entscheidung de facto den Ausschluß der Vertriebenen ... aus dem Versöhnungsprozeß erklärt.« Polen fehle offenbar Unrechtsbewußtsein, das Land sei deshalb, so Steinbach, noch nicht reif für eine EU-Mitgliedschaft. Friedbert Pflüger (CDU), der Vorsitzende der deutsch-polnischen Gesellschaft, versuchte in einem Satz die Vertriebenen von gestern und die Vertriebenen von morgen zu beruhigen: Nach dem EU-Beitritt Polens sollten auch Ausländer, nämlich deutsche Schlesier, in Polen Besitz erwerben können, aber zum Verkauf gezwungen dürften die Polen nicht werden.

Ein Volk

Im Juni 1996 wurde im Bundestag über einen Antrag gegen »die planmäßige Ansiedlung von Ausländern in großer Zahl« diskutiert, welche dazu führe, daß die einheimische Bevölkerung ihrer »ethnischen Selbstbestimmung«, ihrer »kulturellen und religiösen Identität« beraubt werde. Weil die DVU damals im Bundestag noch nicht vertreten war, blieb die Aufgabe, diesen Antrag zu stellen, an der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hängen, weshalb die Ausländer in dem Antrag »Chinesen« hießen und die bedrohte Ethnie nicht die Deutschen waren, sondern die Tibeter. Jetzt hat der Ausländer-raus-Spezialist der CSU, Peter Gauweiler, den Antrag der Grünen zitiert und beklagt, daß »von der - um die Vokabel der Grünen einmal zu gebrauchen -ethnischen Selbstbestimmung der Deutschen, also dem Recht, einer sprachlich und kulturell einheitlichen Volksgruppe anzugehören und der Souveränität der Mitglieder der Kultur- und Lebensgemeinschaft einer Volksgruppe über sich selbst gar nichts zu hören« sei. Soviel vom Weilen in grünen Gauen.

Reeducation

Eine Umfrage der Demoskopen von Forsa hat ergeben, daß 65 Prozent der deutschen Jugendlichen nicht wissen, wann der Zweite Weltkrieg begonnen, 35 Prozent nicht, wann er geendet hat, und 31 Prozent ist Auschwitz unbekannt.

Stamokap

Das »Hamburger Abendblatt« aus dem Springer-Verlag berichtet über eine Podiumsdiskussion mit den konservativen Politologen Hermann Lübbe (Zürich), Alfred Grosser (Paris) und David Marsh (London) unter Leitung von Gertrud Höhler (Hoppegarten):

Daran, daß die Wirtschaftskonzerne direkt oder indirekt die Richtlinien der Politik bestimmen, ließ die hochkarätig besetzte Gesprächsrunde jedenfalls keinen Zweifel. Auch nicht an der grundsätzlichen Erkenntnis, daß der klassische (National-)Staat den Primat der Politik unter den gegebenen Bedingungen wohl nicht mehr herstellen kann.

Tempora mutantur (Hob Dylan): Vor zwanzig Jahren wurde man für solche Sätze noch vom Verfassungsschutz beobachtet und aus dem Schuldienst entlassen.

Mit donnerndem Motor so schnell wie der Blitz dem Feinde entgegen / im Panzer geschützt

---

In der Bundeswehr gesungenes »Panzerlied« der Wehrmacht von 1934

Voraus den Kameraden im Kampfe ganz allein / so stoßen wir tief / in die feindlichen Reihn

---

In der Bundeswehr gesungenes »Panzerlied« der Wehrmacht von 1934

Kämpfend wirft der Alligator / seine Truppen an den Strand / kämpfend stehn die Landungsboote, mit der Truppe Hand in Hand

---

In der Bundeswehr gesungenes »Landungsboote«-Lied

Konkret 08/98, S. 12

Joachim Rohloff

Der Wunderheiler

Er hat die FDP auf marktradikalen Kurs gebracht und die Sozialliberalen kaltgestellt: Ein Porträt des FDP-Generalsekretärs Guido Westerwelle

Manche sind zuviel. Wenn sie fort sind, ist es besser. Doch wenn er nicht da ist, fehlt er. Wo immer geschwiegen wird von unerträglicher Steuerlast, dort wird er sprechen. Wo er sich zu Tisch setzt, setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch. Wohin es ihn jagt, ob in Pressekonferenzen, Talkshows oder Parteitage, dorthin geht der Aufruhr. Und wo er gesprochen hat, bleibt die Unruhe. Seine Arbeit ist groß. Er ist nicht allein, wo immer er kämpft. Wie er kämpfen zäh, zuverlässig und listig in Redaktionen, Parlamenten, Vorstandsbüros, Parteizentralen und Gewerkschaftshäusern alle Westerwelles aller Länder. Gute Maulwürfe, unentbehrlich.

Guido Westerwelle, der »pfiffige Kopf«, das »absolut leidenschaftliche Tier« (»Tagesspiegel«), der »Wunderheiler« (»Playboy«), lobt Leistung und Mobilität. Dabei hat er das von Bonn, Köln und Düsseldorf markierte Dreieck nie verlassen und selbst seinen Doktor noch, um es nicht verlassen zu müssen, an der Fernuniversität Hagen gebaut. An seiner »mentalen Standortfähigkeit« ist nicht zu zweifeln: »Denn Bonn ist schließlich meine Heimatstadt. Hier bin ich zur Schule gegangen, habe ich studiert und als Rechtsanwalt in der Bonner Altstadt gearbeitet, wo ich auch heute noch wohne.« Seine Karriere begann wie die eines jeden mediokren Politikers: Jurastudium, nicht unter 15 Semestern, währenddessen Engagement in der Studentenorganisation der bevorzugten politischen Partei, Gründung einer Anwaltsexistenz und, sei es aus Berufung, aus Verantwortungsbewußtsein oder zur individuellen Mittelstandsförderung, rasche Beschlagnahme eines politischen Mandats. Ein dauerhaftes Amt allerdings konnte Westerwelle erst im dritten Anlauf erobern. Zwar hatte er mit marktwirtschaftlich denkenden Kommilitonen in Konkurrenz zu den linken Jungdemokraten die »Jungen Liberalen« ausgerufen und war fünfmal zu deren Vorsitzendem gewählt worden, der ob seiner Verdienste fällige Listenplatz wurde ihm 1994 aber noch verweigert. Erst als im selben Jahr die FDP nach mehreren Wahlniederlagen vollends außerparlamentarisch zu werden drohte, durfte Westerwelle helfen.

Inzwischen hat er als Generalsekretär und Vorsitzender der Programmkommission die FDP auf marktradikalen Kurs gebracht und die Sozialliberalen kaltgestellt. Nähme man seine Wahlkampfrhetorik ernst, so wäre es ein großer Irrtum der Geschichte, daß die FDP seit dreißig Jahren wie festgenagelt in sämtlichen Bundesregierungen sitzt. Denn eigentlich ist sie eine wild entschlossene Oppositionspartei, die rastlos gegen den Staat und für die Emanzipation des Bürgers kämpft. Wenn Westerwelle neuerdings die Distanz zu den - in seinem Verständnis - sozialdemokratischen Parteien inklusive der CDU betont, dann streiten sich die Bonner Korrespondenten, ob dahinter bloß die berühmte Profilneurose stecke oder eine geniale strategische Überlegung: Weil die Wahl ohnehin nicht mehr zu gewinnen sei, solle sich die FDP, nach dem Vorbild der niederländischen Liberalen, in der Opposition regenerieren, um spätestens in vier Jahren, wenn die rot-grüne Regierung zerbrochen sein werde, eine Koalition mit der SPD zu bilden. Vorerst aber heißt es: »Deutschland braucht einen Politikwechsel, keinen Regierungswechsel.« Damit alles anders wird, muß es bleiben, wie es ist. Die Herrschenden werden die Revolution schon machen.

Anfang Juni sprach Westerwelle aus, was alle wissen, und erzeugte ein mittelschweres Beben: Dem »Stern« verriet er, Kohl müsse im Fall einer gewonnenen Bundestagswahl alsbald zurücktreten. Sein Nachfolger solle - wer hätte das gedacht? -Schäuble werden. In Westerwelles erstem selbstgeschriebenen Buch namens *Neuland* sei dieser erregende Gedanke nachzulesen. Das nennt man einen Mediencoup. Die Gazetten wollten sich tagelang nicht erholen.

»Wenn es in Deutschland so weitergeht wie jetzt«, redet Guido, ein mäßig begabter Demagoge, der zu anspruchslosen Wortspielen neigt, »geht es nicht mehr weiter«. Und »wer Diskussionen anstoßen will, muß gelegentlich auch anstößig sein«. In seinem Buch veranschaulicht Westerwelle die deutsche Misere mit der Parabel vom Gaul und den Spatzen. Ein aufgeblähter Staat, der alle Interessengruppen gefälligst bediene, neige zur Vergeudung seiner Mittel: »Dann bekommt der Gaul den Hafer, um die Spatzen zu füttern.« Das klingt von ferne nach alttestamentarischer Weisheit, der Sinn indes wird um so dunkler, je gründlicher man ihn bedenkt. Der parabolische Gaul, so viel versteht man wohl, muß den mittelständischen Unternehmer meinen, denn dieser zahlt die Steuern, schafft die Arbeits- und Ausbildungsplätze und wird doch vom Staat nicht mit unverdienten Subventionen gemästet. Wieso aber bekommt er den Hafer, wer sind die Spatzen, und warum sollte er sie füttern? Nun spricht das ganze Buch, mehr als von allem anderen, von seines Autors Schwierigkeiten mit der Syntax. Also könnte der Hafer, wenn man den Satz repariert, infolge verfehlter Sozialpolitik für die Vögel bestimmt sein, die nicht säen und nicht ernten, der Staat aber fütterte mit ihm den Gaul, der da drischt. Was wäre daran so falsch? Malt Westerwelle nicht ein treffliches Sinnbild dessen, was man in anderem Zusammenhang die »trickle-down-economy« nennt? Der Gaul frißt den Hafer, die Spatzen picken sich unverdaute Körner aus den Pferdeäpfeln?

Als hätte nicht die FDP jeder Steuererhöhung der vergangenen dreißig Jahre in Koalitionsverhandlungen zugestimmt, beklagt Westerwelle eben mit der großen Steuerlast und der ungesunden Staatsquote die Ursachen allen Übels. »Der fette

Staat ist kein fitter Staat«, deshalb verkünde die FDP »die unbequemste Botschaft aller Parteien«, nämlich die »marktwirtschaftliche Erneuerung«. Neben einer Steuersenkung von 30 Milliarden Mark »netto für alle« enthält dieses Programm einige ausgereifte soziale Sadismen: Ein »freiheitliches Gesundheitswesen«, also eine »Stärkung der Eigenverantwortung statt kollektiver Rundumversorgung«, »Wettbewerb statt Reglementierung, Wahlmöglichkeiten statt Einheitstarifen, Verhandlungslösungen statt Budgetierung« und eine »Senkung der Lohnzusatzkosten in der gesetzlichen Krankenversicherung«. Das bisherige System betreibe die »Rationierung von Gesundheitsleistungen«, die FDP betreibt seine Zerstörung.

»Wir müssen die Schwachen vor den Faulen schützen«, denn diese sind es, die jenen die Sozialhilfe rauben. Den Beweis liefert eine überzeugende Kriminalstatistik: »Etwa 71% aller Bundesbürger meinen, daß der Sozialmißbrauch sehr groß ist, und fast 80% wünschen sich ein energischeres Vorgehen mit mehr Kontrollen gegen den Betrug.«Addiert man dazu noch die obligate Dunkelziffer, so kommt man leicht auf 120 Prozent oder mehr. Deshalb will, ja muß Westerwelle die Betrüger zur Arbeit zwingen oder wenigstens zu einer Gegenleistung, die auch aus einer Umschulung oder einer Therapie bestehen kann. Befreit ist nur, wer eine stichhaltige Entschuldigung vorbringt. Wenn einer die Zwangsarbeit schwänzt, »muß ihm die Hilfeleistung gekürzt oder notfalls auch gestrichen werden«. Das nennt man aber nicht Sozialneid, sondern »Hilfe zur Selbsthilfe«.

Margaret Thatcher lehrte bekanntlich, es gebe keine Gesellschaft, nur Individuen. Deshalb ist der Westerwelle ein natürlicher Feind der Gewerkschaft, einer Ausgeburt des Kollektivismus. Die Marktwirtschaft nämlich ist keine gesellschaftliche Konvention, sondern »das einzige Wirtschaftssystem, das mit der menschlichen Natur kompatibel ist. Marktwirtschaft ist menschlich. Mehr Marktwirtschaft wäre menschlicher.« Westerwelle weist jeden gewerkschaftlichen Anspruch, mitunter auch ohne Begründung, entschieden zurück. »Flächentarifverträge, die Arbeitsverhältnisse bis ins Detail regeln, haben ausgedient.« Im Wahlprogramm empfiehlt er den Tarifparteien, sich fortan, um der Flexibilität und der Individualität willen, auf bloße Rahmenvereinbarungen zu beschränken, deren konkrete Gestaltung im einzelnen Betrieb auszuhandeln sei. Diese »neue Form der Tarifverträge« müsse durch entsprechende Änderungen des Tarifvertragsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes garantiert werden. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sei endlich abzuschaffen. Und um, selbstredend, Arbeitslosen eine Chance zu geben, verlangt die FDP »eine Phase maßvoller Tarifabschlüsse bei Löhnen und Gehältern«, in der »Lohnzuwächse unterhalb der Produktivität langfristig vereinbart werden. In schweren Zeiten ist Lohnzurückhaltung eine Investition in die Zukunft.« Arbeitszeitverkürzungen oder gar die generelle 30-Stunden-Woche lehnt die FDP ab, denn »wir sind auch eine Arbeitnehmerpartei, meine Damen und Herren! «

Eine besondere soziale Errungenschaft will deshalb von allen Parteien einzig die FDP bewahren: die 620-Mark-Jobs, sind sie doch die »Steueroase des kleinen Mannes«. Minderbeschäftigte und -bezahlte Aushilfskräfte dürfen sich wie Tennisprofis in Monaco fühlen; daß durch Teilzeitarbeit und Scheinselbständigkeit die Sozialsysteme zerstört werden, ist nicht Westerwelles Problem.

»Wer nicht mit der Zeit geht, der wird mit der Zeit gehen.« Es gebe keinen Grund, die Globalisierung zu fürchten, bedeute sie doch nichts anderes als grenzenlose Marktwirtschaft. Und auch wenn sie »von Menschenhand gemacht ist, so kommt sie doch so sicher wie Ebbe und Flut«. Diese hinkende Metapher will uns sagen, es sei hoffnungslos, die Folgen der Globalisierung etwa mit Hilfe internationaler Vereinbarungen über soziale Mindeststandards zu bekämpfen. Die Russen, schmunzelt Westerwelle, werden das deutsche Tarifsystem nicht übernehmen, also müssen wir es abschaffen und unseren Standort durch Deregulierung und Privatisierung investitionsfit machen. Wer sich dagegen wehrt, denkt verkehrt. »Das ist das Denken, das die Erfindung des Autos abgelehnt hätte, weil man Kutscher und Pferde nicht in der Autoindustrie anstellen konnte.« Westerwelles monokausales Denken aber macht einzig überhöhte Löhne und Staatsabgaben für die Arbeitslosigkeit verantwortlich und übersieht, daß die gegenwärtige Modernisierung im Gegensatz zu allen früheren nicht mehr Arbeit verlangt, sondern Arbeit einspart. Der Förderer des Mittelstands bedient beiläufig auch die Interessen großer Kapitalien, obwohl es ihm mit der Forderung nach radikalem Abbau aller Subventionen ernst ist. Da aber die FDP eine absolute Mehrheit wohl verfehlen wird, kann sie mit marktwirtschaftlichen Maßnahmen neue Arbeitsplätze schaffen, während der Koalitionspartner bestehende Arbeitsplätze mit Subventionen sichert. So bekommt jeder, was er verdient.

Daß die Welt mehr ist als ein Wirtschaftsstandort, scheint Westerwelle wenig zu berühren. Sein außenpolitisches Programm besteht nur aus einem Wort: Kinkel. Im Wahlprogramm der FDP allerdings, das vom Generalsekretär inspiriert wurde, findet sich ein interessanter Satz: Es könne »nicht richtig sein, daß Entwicklungsländer, die völkerrechtlich verpflichtet sind, ihre in Deutschland straffällig gewordenen Staatsbürger wieder aufzunehmen, sich permanent dieser Verantwortung entziehen, gleichzeitig aber deutsche Entwicklungshilfe erwarten«.

Aber es gibt auch einen netten Westerwelle, mit dem die Gräfin Dönhoff rundum zufrieden sein kann. So fordern er und seine Partei die Einrichtung von Fixerräumen sowie die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige. Für die Gleichberechtigung homosexueller Liebe kämpft er seit je. Über die doppelte Staatsbürgerschaft läßt er mit sich reden. Obwohl die Zuwanderung generell begrenzt werden müsse, soll das Recht auf einen deutschen Paß für alle »in der

Bundesrepublik geborenen Ausländer der zweiten und nachfolgender Generationen gesetzlich verankert werden« (Wahlprogramm der FDP). Und wenn die CSU ausländerfeindliche Töne spuckt, schimpft Westerwelle, sie mache rechtsextreme Parteien »salonfähig«.

Um so ungnädiger ist der böse Guido: »Nachgiebigkeit gegenüber Straftätern zählt zu den uralten Verleumdungen gegen den Liberalismus.« Wer aber, der unsere Geschichte einigermaßen intus hat, könnte ihn auf solch absurde Weise mißverstehen? Denn nie war der geringste Zweifel am Leitgedanken liberaler Staatstheorie erlaubt: »Für den Schutz ihrer Freiheit haben die Bürger dem Staat das Gewaltmonopol übertragen.« Und für den Schutz ihres Eigentums, müßten die Liberalen hinzufügen, wären Freiheit und Eigentum nicht identisch. Deshalb ist »die Entkriminalisierung von sogenannter >Bagatellkriminalität< wie etwa des Schwarzfahrens und kleiner Ladendiebstähle ... kein Zeichen liberaler Fortschrittlichkeit, sondern die Verabschiedung von tragenden Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit«. Daß manche Leute in manchen Städten sich nicht mehr in gewisse verrufene Viertel trauen, nennt Dr. jur. Westerwelle nicht etwa Kidnapping oder Apartheid, sondern bloß »eine Form von Freiheitsberaubung«. Hausbesetzungen, als wären sie noch ein Problem, müssen umgehend durch Räumung beendet werden, und Castor-Transporte werden einfach zu teuer, wenn aufgeregte Umweltspinner, »darunter auch zahlreiche Gewalttäter«, gegen sie demonstrieren. Natürlich verabscheut der Liberale auch »Gewalt gegen Sachen«, obwohl es so etwas vielleicht gar nicht gibt. Und mit dem Großen Lauschangriff war der Staatsfeind Westerwelle - im Unterschied selbst zum Grafen Lambsdorff - bedenkenlos einverstanden.

Da beide großen Parteien an der Staatskrankheit leiden, kann Westerwelles Neigung zur CDU nicht recht überzeugen. Trotzdem verspottet er die »Robin-Hood-Parolen« der SPD und widerspricht allen Spekulationen über ein neues sozialliberales Bündnis: »Die Koalitionsdiskussionen des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder sind taktisch motiviert. Die Grünen ziehen ihn herunter. Sie (und seine Partei) sind seine Achillesferse. Er will die grünen Mühlsteine um seinen Hals loswerden, wenn er der F.D.P. schöne Augen macht und machen läßt.« Die Nachrichtenagentur »Reuters« nennt ihn wegen solcher Leistungen »die schärfste Zunge der FDP«.

Vor zwanzig Jahren soll sich ein langhaariger junger Westerwelle in einem Parka aufgehalten haben. Beinahe wäre aus ihm ein verspäteter 68er geworden, und die Grünen hätten heute eine Achillesferse mehr am Hals. Inzwischen aber zählt er zur »programmatischen Avantgarde« einer Generation, die er »die 98er« nennt. Auch sie rebelliert »gegen konservative Spießer«, nämlich die »Apo-Opas und Apo-Omas«, die sich zwar ihre historischen Verdienste erwarben, indem sie die Adenauer-Republik modernisierten, nunmehr aber selbst ein konservatives Establishment bilden. Ihr Lebensgefühl und ihr Konsumverhalten kann Guido partout nicht mehr ab, er möchte sie im Namen von »Leistung, Karriere, Bessersein, Weiterkommen ... für immer und ewig aus der Teestube ekeln«. Ihr »Lebensideal lautet immer noch: Nach dem 20semestrigen Soziologiestudium wird man Fahrradbeauftragter bei der Stadt Freiburg.« Ihre »Diskussionstechniken beherrschen, besser gesagt lähmen das politische Klima in ihren Parteien und Fraktionen«. Diese Gutmenschen sind schon zu lange an der Macht, sie nehmen den Bürgern das Geld, um es nach veralteten sozialstaatlichen Prinzipien zu verteilen, dabei steht es rechtmäßig der jungen Generation zu: den leistungsbereiten 98ern.

»In den 70er Jahren ging die junge Generation in ferne Länder, um auszusteigen. In den 90er Jahren geht sie ins Ausland, um einzusteigen. Die 98er Studenten demonstrieren nicht für irgendeine Kaffeeplantage in Nicaragua, sondern für bessere Leistungschancen.« Nun brauchte Westerwelle zwar, um einzusteigen, seine Heimatstadt nicht zu verlassen, daß er jemals für irgend etwas demonstriert hätte, ist nicht überliefert, und auch auf der »Love Parade« wurde er selten gesichtet. Trotzdem macht er sich zum Ideologen dieser Generation, die offenbar nichts auszeichnet als ihr Wille zur Leistung. »Heute sagen zeitgeistige Magazine wie >Fit for fun< den Leuten, was angesagt ist.« Man müßte mal nachlesen.

Was aber hält Westerwelle vom Generalsekretär der FDP? »Ich bemühe mich, authentisch zu sein.« Er ist, in seinen eigenen Worten, »fleißig, streng gegen sich selbst, ein Rheinländer mit preußischen Tugenden, ... ziemlich dominant und temperamentvoll, sehr quirlig und furchtbar ungeduldig« und, nicht zu knapp, »von der Politik beseelt«.

Manche sind zuviel. Wenn sie fort sind, ist es besser.

Konkret 08/98, S. 15

Zu Protokoll

Welche Aufgabe hatte der Untersuchungsausschuß zu rechtsradikalen Bestrebungen in der Bundeswehr? Antwort auf diese Frage geben die folgenden Auszüge aus dem Protokoll der Debatte des Deutschen Bundestags vom 20. Juni 98 über den Bericht des Verteidigungsausschusses, der sich noch Bekanntwerden der Nazi-Umtriebe in der Bundeswehr auf Antrag der Opposition als »Untersuchungsausschuß« konstituiert hat. Der Vorsitzende des Ausschusses, Kurt J. Rossmanith, ist ein ausgewiesener Experte in Nazi-Umtrieben. Er hatte sich 1993, als es darum ging, ob eine Kaserne den Namen von Hitlers Lieblingsgeneral Dietl behalten solle, gegen das Entfernen von Nazi-Namen ausgesprochen, welches er und seine Freunde »Bilderstürmerei« nennen: »Generaloberst Dietl war und ist für mich auch heute noch ein Vorbild in menschlichem und soldatischem Handeln.«

Kurt J Rossmanith (CDU/CSU): Das erfreuliche und für mich wichtigste Ergebnis des Untersuchungsausschusses lautet, daß es in der Bundeswehr keine rechtsextremistischen Strukturen, Netzwerke oder ähnliches gibt. Das Untersuchungsverfahren hat ergeben, daß die Bundeswehr bereits frühzeitig Maßnahmen gegen rechtsextremistische Vorkommnisse in der Truppe ergriffen hat ...

(Wir sollten) den Soldaten folgendes vermitteln: Erstens: Die Bundeswehr verdient unser vollstes Vertrauen. Zweitens: Es lastet kein Verdacht von rechtsextremistischem Gedankengut auf ihr. Drittens: Ihr wird auch kein Mißtrauen des Parlaments entgegengebracht.

Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD

Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders an den Einsatz der Bundeswehr bei der Hochwasserkatastrophe an der Oder erinnern ...

Bilderstürmerei ist sicher ein Indiz für geschichtliche Orientierungslosigkeit und eine Flucht vor der Verantwortung aus der Geschichte. Ich glaube, dagegen sollten wir uns alle wehren.

Bei allem politischen Dissens hat sich auch in diesem Untersuchungsausschuß des Verteidigungsausschusses gezeigt, daß alle Mitglieder ihre Verantwortung für die Bundeswehr zu tragen bereit sind.

Peter Zumkley (SPD): Nach unserer Überzeugung konnte das Parlament die in unserer Öffentlichkeit mehrfach erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe betreffend rechtsextremistische, ausländerfeindliche und menschenunwürdige Verhaltensformen in der Bundeswehr ... auch diesmal nicht ignorieren ... Die sensible Thematik erfordert eine sorgfältige parlamentarische Untersuchung, Herr Kollege Rossmanith, die das hohe Maß an Transparenz bei der Aufklärung von Mißständen erreicht, das von einer breiten Öffentlichkeit erwartet werden darf. Umgekehrt kann die Bundeswehr insgesamt nur durch eine derart sorgfältige Überprüfung wirksam und nachhaltig entlastet werden ...

Der Ausschuß hat jedoch den Eindruck gewonnen, daß die weit überwiegende Zahl der Kompanieangehörigen mit den zu beklagenden Vorfällen nichts zu tun hat...

Bei dem Traditionsverständnis und der Traditionspflege, die am Beispiel der Fallschirmjägertruppe eine besondere Betrachtung im Ausschuß erfuhren, wurde deutlich, daß überholte Formen und Gewohnheiten, wie zum Beispiel der sogenannte Kreta-Tag, in einem anerkennenswerten Prozeß durch zeitgemäßere Veranstaltungen ersetzt wurden.

Für die SPD-Fraktion besteht nach Abschluß des Untersuchungsausschusses kein Zweifel daran, daß die Bundeswehr kein Hort des Rechtsextremismus in unserem Staat ist, die Bundeswehr auch nicht rechtsextremistisch unterwandert ist und es keine rechtsextremen Strukturen in der Bundeswehr gibt, sich jedoch vereinzelt braune Nischen bilden konnten ...

Wir unterstützen den oft nicht leichten Dienst in der Bundeswehr und fühlen uns mit ihr bei der Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Auftrages verbunden. Die aus dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses gezogenen oder noch zu ziehenden Schlußfolgerungen und Konsequenzen werden die Bundeswehr, aber auch ihr gesellschaftliches Umfeld nicht schwächen, sondern stärken.

Anglika Beer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Minister, die Einsetzung des Untersuchungsausschusses war vor allem auch die notwendige Folge Ihrer Weigerung, sich mit den tatsächlichen Problemen auseinanderzusetzen und die Verantwortung zu übernehmen. Ihre Versuche, die parlamentarische Arbeit zu diskreditieren, sind nicht gelungen. Das zeigt das umfassende Dokument des Untersuchungsausschusses. Das zeigt die positive Rede des Ausschußvorsitzenden Kurt Rossmanith heute ...

Die Schieflage der Bundeswehr konnte aber nur entstehen, weil die militärische und die politische Führung zum Teil wissentlich, zum Teil fahrlässig zugelassen haben, daß die klare Orientierung am Leitbild des Bürgers in Uniform und am Reformkonzept der inneren Führung vernachlässigt wurde bzw. teilweise abhanden gekommen ist ...

Der eigentlichen Aufgabe eines Verteidigungsministers, die Binnenstruktur und die geistige Orientierung der Bundeswehr angesichts der gewaltigen sicherheitspolitischen Umgestaltung zu kontrollieren und zu erneuern, sind Sie nicht oder nur rudimentär nachgekommen ... Aber wenn wir morgen im »Stern« lesen, daß Sie durchaus geneigt sind, das Kanzleramt zu übernehmen, dann muß ich Ihnen als Parlamentarierin kritisch entgegenhalten, daß ich Zweifel habe, ob jemand, der den jetzigen Zustand der Bundeswehr mitzuverantworten hat und der sie nicht im Griff hat, der ihr vor allem nicht hilft, wieder in den Tritt zu kommen, geeignet ist, die Verantwortung für dieses Land zu übernehmen.

Günther Friedrich Nolting (F.D.P): Der Bericht macht deutlich, daß die Pflicht zum treuen Dienen nach wie vor hervorragend erfüllt wird. Der vorbildliche Einsatz der rund 30.000 Soldaten bei der Eindämmung des Hochwassers im Oderbruch ist hier ebenso hervorzuheben wie das ungebrochen hohe Engagement unserer Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der Sfor-Friedensmission. Nicht vergessen sollten wir auch den besonnenen und mutigen Einsatz in Tirana, bei dem Soldaten der Bundeswehr zum erstenmal in ihrer Geschichte in einem bewaffneten Einsatz Menschenleben gerettet haben.

Beifall bei der F.D.P, der CDU/ CSU und der SPD

Die ganz überwältigende Mehrheit der Soldaten hat auch im letzten Jahr in treuer Pflichterfüllung ihren Dienst geleistet. Ich bedanke mich für die F.D.P.-Fraktion dafür ausdrücklich bei unseren Staatsbürgern in Uniform ...

Die Grünen wollen die Bundeswehr abschaffen. Die Grünen sind gegen die Öffnung der Nato und wollen sie ablösen ... Die Bundeswehr benötigt genau das Gegenteil davon: Berechenbarkeit, Rückhalt und Vertrauen. Nur so wird sie auch zukünftig in der Lage sein, ihre vielfältigen Aufträge erfüllen zu können ... Die Bundeswehr hat sich in den über 40 Jahren ihres Bestehens als absolut verfassungstreu und als Stütze der staatlichen Ordnung erwiesen ... Den Soldaten der Bundeswehr gebührt Dank für Ihre vorbildlichen Leistungen im In- und Ausland. Ich bedanke mich im Namen der F.D.P.-Bundestagsfraktion.

Gerhard Zwerenz (PDS): Ich habe eigentlich vorgehabt, der Wehrbeauftragten, Frau Marienfeld, für ihre kritische Arbeit zu danken. Ich zögere aber dies zu tun, weil ich befürchten muß, daß es ihr nicht unbedingt nützt, wenn von mir und der PDS ein solches Dankeswort kommt ...

Diesem Hause liegt ein Gesetzentwurf der PDS zur Änderung des Soldatengesetzes vor. Das heißt entstauben, auf Uberforderungen verzichten, Anleihen bei früheren Armeen aufgeben und nur noch ein Versprechen abgeben lassen. Natürlich weiß ich, daß dies im Haus nicht durchkommt. Aber man wird ab und zu doch einen guten Vorschlag machen können. In 100 Jahren wird er vielleicht akzeptiert, dann sind Sie soweit ...

Die notwendige Erneuerung der Bundeswehr hat immerhin begonnen. Dies kann man insbesondere nach den Ergebnissen dieses Ausschusses konzedieren ...

Thomas Kossendey (CDUICSU): »Die Bundeswehr erfüllt verfassungsfest ihren Auftrag für unser Land. Dazu gehört die allgemeine Wehrpflicht. Sie hat sich in unserem Land über 40 Jahre bewährt.« Mit diesen Worten wandte sich der Fraktionsvorsitzende der SPD, Rudolf Scharping, anläßlich eines feierlichen Gelöbnisses in Holzminden am 5. Juni 1998 an Grundwehrdienstleistende ...

Die Bundeswehr - die Zeitsoldaten, die Wehrpflichtigen, die Berufssoldaten und die Zivilbediensteten - verdient unser vollstes Vertrauen. Keiner der schwerwiegenden Vorwürfe konnte über das Maß hinaus erhärtet oder bewiesen werden, zu dem die Bundeswehr selbst an Klärung beigetragen hat. Der braune Schleier, mit dem unsere Soldaten bei dieser Diskussion überzogen werden sollten, ist zerrissen worden.

Uta Zapf (SPD): Herr Kollege Kossendey, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß es nicht die Absicht derer, die den Untersuchungsausschuß beantragt haben, war, Schmutz auf irgend jemanden zu werfen?

Kossendey (CDU/CSU): Das erste wichtige Ergebnis aus meiner Sicht ist, daß die SPD in diesem Untersuchungsausschuß ihre Vorurteile und vorher vorgenommenen Wertungen gegenüber der Bundeswehr auf einen Prüfstand stellen konnte und mußte. Heute besteht für die SPD-Fraktion kein Zweifel daran, daß die Bundeswehr kein Hort des Rechtsextremismus in unserem Staate ist, daß es keine rechtsextremen Strukturen in ihr gibt und daß sie auch nicht rechtsextremistisch unterwandert ist ...

Unsere Streitkräfte haben durch diese Diskussion zumindest vorübergehend Schaden genommen. Blinder Aktionismus und Verdächtigungen von seiten der Opposition haben vor allem im Heer ein Klima von Unsicherheit und Mißtrauen erzeugt ... Da haben Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ob Sie es nun wollen oder nicht, mancher Soldatenfrau das Gefühl vermittelt, daß ihr Mann in einer rechtsradikalen Einheit diene...

Der Alltag in der Bundeswehr wird eben nicht von Skandalen bestimmt, sondern von dem engagierten täglichen Einsatz unserer Soldaten und der zivilen Mitarbeiter, die mit ihren Leistungen an der Oder, für den Frieden in Bosnien und beim Aufbau der Armee der Einheit höchste Anerkennung und im übrigen auch großes Vertrauen in der Bevölkerung und bei

unseren Freunden und Partnern erworben haben ... Die Soldaten hatten und haben es nicht verdient, mit einem solchen Untersuchungsausschuß überzogen zu werden.

Volker Kröning (SPD): Es kommt darauf an, daß junge Menschen die Bundeswehr nicht weniger, sondern mehr gefestigt verlassen ... Wir haben erhebliche Verbesserungen bei der Zusammenarbeit von MAD und der Truppe aus der unmittelbar zurückliegenden Zeit zur Kenntnis genommen ...

Christian Schmidt (SPD): Es geht um die Frage: Habe ich gegenüber einer wesentlichen staatlichen Institution dieser Demokratie ein Grundvertrauen oder ein Grundmißtrauen? ... Ich meine, diese hervorragenden Repräsentanten unseres Volkes werden manchmal eben auch zu Unrecht für etwas in Anspruch genommen, was sie dann nicht getan haben ...

Dieter Heistermann (SPD): Nirgendwo darf jemals der Eindruck aufkommen, die Bundeswehr toleriere Fremdenhaß oder nationalistische Einstellungen ...

Ein Wort zum Haushalt. wo immer man hinschaut, die finanziellen Mittel stimmen nicht mehr mit Auftrag, Struktur, Umfang und Ausrüstung überein ... Diese besorgniserregende Entwicklung wird durch die schlechte Materiallage und die Mängel im Betrieb der Bundeswehr noch verstärkt. Es gibt zunehmend Engpässe bei wesentlichen Ersatzteilen ... Das Wort des Kanzlers, wonach die Armee bekommt, was sie benötigt, war lediglich eine Worthülse. Die Realität ist eine andere ... Um es deutlich zu sagen: Wer den Auftrag der Bundeswehr erweitert, muß auch die Mittel bereitstellen. Viele Waffensysteme sind über die geplante Lebensdauer in Betrieb gehalten und nicht zeitgerecht ersetzt worden.

Meine Damen und Herren, mit Ablauf der 13. Wahlperiode endet meine parlamentarische Arbeit hier in Bonn. Mein persönlicher Dank gilt dem Verteidigungsausschuß und an dessen Spitze dem Kollegen Rossmanith ... Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der F.D.P

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Lieber Herr Kollege Heistermann, Sie gehören dem Deutschen Bundestag seit 1980 an. Dies wird sicherlich Ihre letzte Rede hier gewesen sein. Sie waren der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses für Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern. Von Anfang an haben Sie sich hier im Parlament für die Belange der Soldaten eingesetzt und waren stets Berichterstatter für das Amt der Wehrbeauftragten. Sie haben immer ein besonderes Herz für den einzelnen Soldaten, für die Mannschaften, für die Wehrpflichtigen bewiesen. Sie haben sich über das normale Maß hinaus sehr stark eingesetzt. Das Parlament dankt Ihnen von ganzem Herzen.

Beifall im ganzen Haus

Volker Rühe, Bundesminister der Verteidigung: Als ich ... beim Traditionsverständnis darauf hingewiesen habe, warum ich ein Geschwader und eine Kaserne in Berlin nach dem General Steinhoff benannt habe, schallte mir ungefähr aus der dritten Reihe - es war kein Verteidigungspolitiker -»Nazigeneral« entgegen. Dabei war er einfach ein tapferer Flieger im Zweiten Weltkrieg, dem wir auch beim Aufbau der Bundeswehr viel zu verdanken haben.

Das war erschreckend zu sehen. Diese Leute sind heute alle nicht mehr da. Das zeigt, warum der Ausschuß für die Bundeswehr nützlich gewesen ist. In diesem Punkt können wir alle übereinstimmen. Die Bundeswehr ist der eigentliche Gewinner.

Sie brauchten eben den Umweg über den Ausschuß, um ihre eigene Partei davon zu überzeugen, daß sie ein falsches Bild von der Bundeswehr hatte. Ich möchte auch gleich beim Thema »Traditionsverständnis« bleiben. In diesem Zusammenhang kam nämlich auch die Forderung, Rommel-Kasernen umzubenennen ... Auch davon habe ich nichts mehr gehört.

Letztlich hat es noch nie einen Untersuchungsausschuß gegeben, der sich immer mehr darauf verlegt hat, das Objekt der Untersuchung zu unterstützen. Ich habe es doch immer wieder erlebt: Es ist ein wirklicher »Unterstützungsausschuß« für die Bundeswehr geworden ... Die Bundeswehr hat -auch wenn das von Ihnen nicht beabsichtigt war - ein Gütesiegel bekommen. Es wird in Zukunft sehr viel schwerer sein, sie so zu diffamieren, wie es einige Wochen lang im Dezember und Januar der Fall war.

Auch wenn es nicht beabsichtigt gewesen war, war es in dieser Weise doch letztlich nützlich. Wenn wir die Soldaten in Einsätze schicken, dann ist es ganz wichtig, daß die Debatten zu Hause zu einem Ende gebracht werden. Mit diesem Gütesiegel ist das auch geschehen. Am Ende steht die Bundeswehr gestärkt da. Das ist auch ganz wichtig in einer Zeit, in der die Politik möglicherweise schwierige Einsätze von ihr verlangt. Wir haben das letzte Woche in Bosnien gesehen. Dort sind die Probleme nicht gelöst. Wir haben die ungelösten Probleme im Kosovo. Deswegen möchte ich herzlich darum bitten: Diejenigen, die von Anfang an gesagt haben, daß sie Vertrauen in unsere Streitkräfte hätten, können stolz darauf sein, daß sie den Untersuchungsausschuß nicht brauchten, um dieses Vertrauen zur Bundeswehr zu haben. Die anderen mußten einen Umweg gehen. Einige, Frau Beer, sind überhaupt noch nicht angekommen, werden wahrscheinlich auch nie ankommen ...

Walter Kolbow (SPD): Ich habe es auch als wohltuend vermerkt, daß der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, unser Kollege Kurt Rossmanith, im Gegensatz zu Herrn Kossendey und zu Herrn Nolting allen im Untersuchungsausschuß bestätigt hat, daß sie von dem Willen getragen waren ' der Bundeswehr zu helfen. »Alle« hat der Kollege Rossmanith gesagt ...

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind nach dem Beschluß, einen Untersuchungsausschuß einzurichten, mit dem Anspruch ihres Grundvertrauens zur institutionellen Einrichtung Bundeswehr an die Arbeit gegangen ...

Sie haben gesagt, ich persönlich sei gegen den Untersuchungsausschuß gewesen. Ich sage in diesem Plenum frank und frei: Ich habe in der entscheidenden Abstimmung in unserer Arbeitsgruppe dafür gestimmt, was nicht alle getan haben, weil die Resonanz insbesondere im Ausland eine ganz schwierige war ... Nur das Parlament, nur wir konnten den Streitkräften ihren guten Ruf wiedergeben, ihn erhalten helfen. Heute stellen wir fest: Diese Bundeswehr hat unser Vertrauen, und sie wird es weiterhin haben.

Jürgen Augustinowitz (CDU/CSU): Ich erinnere daran, daß jetzt, wo wir miteinander debattieren, knapp 3.000 Soldaten der Bundeswehr fern von Deutschland mithelfen, den Frieden in Bosnien zu sichern. Ich erinnere daran, daß über 30.000 Soldaten geholfen haben, der Unwetterkatastrophe an der Oder beizukommen. Ich erinnere aktuell an die Hilfe bei dem Bahnunglück in Eschede. Ich erinnere daran, daß Soldaten der Bundeswehr an der Festnahme von Kriegsverbrechern beteiligt gewesen sind ...

Wir wollen beim Thema Tradition keine Bilderstürmerei in der Truppe. Mit diesem Thema muß sachlich und vernünftig umgegangen werden. Wir müssen berücksichtigen, daß es auch Soldaten der Wehrmacht waren, die unsere demokratischen Streitkräfte aufgebaut haben.

Konkret 08/98, S. 18

Otto Köhler

Gepflogenheit der Tradition

Die Überraschung ist perfekt: Es gibt keinen Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Zu diesem Ergebnis kam der Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestags unter Leitung des CSU-Abgeordneten und notorischen Nazi-Fans Kurt Rossmanith

Sie hatten Kurt J. Rossmanith zum Gärtner gemacht. Der Mann, einerseits Oberst der Reserve, andererseits Mitglied des Kinderschutzbundes, arbeitete schnell und entschlossen. Alle halfen mit. Und siehe!, der Bundestagsuntersuchungsausschuß über rechtsextremistische Vorfälle in der Bundeswehr kam in Windeseile zu dem Ergebnis, daß es einen Rechtsextremismus in der Bundeswehr nicht gibt. Und eine Nazi-Tradition schon gar nicht. Auch darf man die Bundeswehr nicht mit der Wehrmacht vergleichen. Traditionsbildend sei vielmehr, sprach Rossmanith in seinem Abschlußbericht im Bundestag, der Einsatz der Bundeswehr bei der Hochwasserkatastrophe an der Oder.

»Sehr geehrter Herr Bundesminister, lieber Volker«, schrieb Rossmanith im Januar 1993 dem Parteifreund auf der Hardthöhe: »Zu meinem großen Bedauern und für mich völlig unverständlich, hat der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eine Beschlußempfehlung gefaßt, dem Bundesminister für Verteidigung die Umbenennung der Generaloberst-Dietl-Kaserne in Füssen zur Erwägung zu stellen.« Das sei »absolut unverständlich«, schrieb Rossmanith. Denn: »Generaloberst Dietl war und ist für mich auch heute noch Vorbild in menschlichem und soldatischem Handeln.« Er erinnerte den lieben Volker: »Du hast selbst beim feierlichen Gelöbnis am 17.11.1992 in Füssen miterlebt, daß die Bevölkerung hinter ihren Soldaten steht und für eine sinnvolle Traditionspflege eintritt. Der Name des Generalobersten Dietl ist damit untrennbar verbunden.«

Richtig. Das menschliche und soldatische Vorbild des parlamentarischen Untersuchungsführers und Reserveobersten der Bundeswehr war für Adolf Hitler »der eigentliche Geburtshelfer des Dritten Reiches«. Eduard Dietl gehörte schon 1918 der terroristischen Vereinigung »Freikorps Epp« an und wurde bald darauf in die Reichswehr übernommen, wo er Adolf Hitler kennen und lieben lernte. Als Kompanieführer kommandierte er seine Soldaten zum Saalschutz für die NSDAP ab und führte dann im Krieg als General der Gebirgstruppen mit durchschlagendem Erfolg friedenschaffende Maßnahmen in Norwegen und der Sowjetunion durch.

Dietls Pech war, daß Rühe neun Tage nach dem Gelöbnis von Füssen, am 26. November 1992, die »Verteidigungspolitischen Richtlinien« ausgegeben hatte, in denen der neue Sinn der Bundeswehr nach dem Ende des Kalten Krieges bestimmt wurde, nämlich: »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«. Der antikommunistische Bündnispartner BRD hatte sich bislang Nazihelden wie Dietl als Kasernenpatrone durchaus leisten können, jetzt aber, da das Große Deutschland wieder erwacht war und auch weltpolitisch neu ausgreifen wollte, galt es vorerst Rücksichten auf fremdländische Empfindlichkeiten zu nehmen: Dieser eine allzu offenkundig gewordene Fall mußte entsorgt werden - Rühe machte im November 1995 aus der Generaloberst-Dietl- eine Karwendel-Kaserne. Es war allerdings nur eine Frontbegradigung, die an dem ehrlichen Willen nicht zweifeln läßt, die Überzahl der Bundeswehrkasernen im Sinne einer sinnvollen Traditionspflege weiterhin mit den Namen von Nazihelden und Kriegsverbrechern zu schmücken.

Für den enttäuschten Dietl-Anhänger und CSU-Bundestagsabgeordneten Rossmanith blieb zunächst nur eine Gerichtsentscheidung, die es erlaubt, ihn einen »Nazi-Fan« zu nennen. Die aber war schließlich für die unabhängigen Abgeordneten des Deutschen Bundestags die beste Voraussetzung dafür, den Vorsitz für den Untersuchungsausschuß über rechtsextremistische Umtriebe in der Bundeswehr vertrauensvoll in seine Hände zu legen.

Jetzt ist der Persilschein da. Rühes braune Armee der Einzelfälle ist in Rossmaniths Schnellwaschgang schneeweiß geworden. Doch fünf Tage bevor die Abgeordneten das Ergebnis des Untersuchungsausschusses berochen, mußten sie erst einmal zum nationalen Appell für die Bundeswehr antreten. Denn Volker Rühe, der »Hoffnungsträger« des »Stern«, hatte vorgesorgt. Zum 10. Juni, einem dem Verteidigungsministerium wohlbekannten Gedenktag der Massenmorde deutscher Soldaten in Lidice, Oradour und Distomon, war alles vorgeplant. Ausgerechnet vor dem Roten Rathaus in Ostberlin, dort, wo 1848 Berliner Bürger ihre Barrikaden gegen den preußischen Militärstaat errichteten, ließ Rühe seine Soldaten zum Gelöbnis neuer Taten aufmarschieren.

Es war sein Geßler-Hut, den er dort aufstellte. Und wer da nicht die Kopfbedeckung zog, den ernannte der Landvogt von der Hardthöhe zum Staatsfeind. Rühe vor dem Bundestag: »Das, was Herr Trittin in Berlin gemacht hat - das waren nicht nur Demonstrationen, sondern es waren Pöbeleien und der Versuch, in einer Stunde zu stören, in der den Rekruten die Ehre erwiesen werden sollte ... Das war dumm und würdelos und eine Schande für die deutsche Politik.«

Die Rühe-Falle funktionierte, die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten wetteiferte, wer sich schneller hinter »unsere Soldatinnen und Soldaten« stellen durfte -so mit liberalem Gleichberechtigungsakzent der FDP-Abgeordnete Günther Friedrich Nolting. Korrekt eingestimmt, konnten die Bundestagsabgeordneten gar nicht anders, sie mußten einer

Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im zerstückelten Jugoslawien zustimmen. »Die Bundeswehr hat sich im Rahmen dieses Auftrages hervorragend bewährt«, freute sich der sozialdemokratische Außenpolitiker Günter Verbeugen. »Ich hatte mit anderen Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion häufig Gelegenheit, die Arbeit der Bundeswehr in Sarajevo und Umgebung zu beobachten: Es ist schön zu erleben, mit welchem Einfühlungsvermögen, mit welcher Sensibilität und auch mit welcher Kenntnis der Probleme die Offiziere und Soldaten ihre Aufgabe dort erfüllen.« Besonders dann, wenn sie von den Veteranen der SS-Division Handschar mit einem herzlichen »Heil Hitler« begrüßt werden.

Und als der Bundestag dann fünf Tage später den Bericht aus Rossmaniths Vertuschungsausschuß verhandelte, da sprach der CSU-Bundestagsabgeordnete Christian Schmidt die bedingungslose Kapitulation des Parlaments vor der Bundeswehr aus. »Diese hervorragenden Repräsentanten unseres Volkes« nannte er, der eigentlich mit seinen Bundestagskollegen zum Repräsentanten des Volkes gewählt worden ist, die von niemandem gewählten Soldaten der Bundeswehr. Genau wie Rühe lehnte er eine wissenschaftliche Untersuchung der Bundeswehr ab, weil »man dann das, was Herr Trittin - jetzt totgeschwiegen von den Grünen - gesagt hat, zu einem Konglomerat von inneren Verdächtigungen zusammenstrickt«. Trittin aber hatte gar nichts mehr gegen die Bundeswehr gesagt. Er unterschrieb eine gemeinsame Erklärung von Fraktionsspitze und Bundesvorstand: »Wir halten fest: Jürgen Trittin hat nicht die Bundeswehr in die Tradition der Wehrmacht gestellt.« Volker Rühe, so petzten sie, seis gewesen.

Na klar. Man darf Wehrmacht und Bundeswehr nicht vergleichen, letztere hat eine ganz andere Tradition, die Oderbruchtradition. Aber dann ist sie plötzlich doch wieder da, Hitlers Wehrmacht, wenn Rühe gleichzeitig im Bundestag General Steinhoff beschwört, den »tapferen Flieger im Zweiten Weltkrieg«, nach dem Rühe selbst eine Kaserne in Berlin-Wedding benannt hat. Und ein Geschwader. Warum? Tradition: Adolf Hitler hat Steinhoff noch im Frühjahr 1945 zum Kommodore des weltweit ersten Düsenjagdgeschwaders gemacht, etwas später wurde er Inspekteur der Bundesluftwaffe. Und der Führer war ebenfalls schon der Meinung gewesen, daß Steinhoff ein tapferer Flieger war. Er verlieh ihm seinen höchsten Orden - das Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern - für die 167 »Abschüsse«, die er getätigt hatte. Mörder darf man Steinhoff deshalb nicht nennen, weil er ja anschließend für die Bundeswehr arbeitete, die Immunität gegen solche Vorwürfe genießt.

Bundeswehrsoldaten darf man grundsätzlich nicht verunglimpfen, auch wenn sie, wie auf dem Übungsvideo aus Hammelburg, für den Einsatz im wiederum ehemaligen Jugoslawien Vergewaltigung und Mord proben. Das war zwar, wie der Unionsabgeordnete Thomas Kossendey im Bundestag behauptete, ein wenig »menschenverachtend und geschmacklos«. Aber ohne das kommt man da unten eben nun mal nicht weiter. Entscheidend war, wie der Abgeordnete in der Debatte zum Bericht des Untersuchungsausschusses unterstrich, die Begründung, mit der die gesetzestreue Staatsanwaltschaft in Schweinfurt das Verfahren gegen die Videokünstler in Uniform eingestellt hat: »Die Beschuldigten haben insbesondere die Tatbestände der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie der Gewaltdarstellung nicht verwirklicht. Auch rechtsextremistische Tendenzen sind nicht erkennbar.«

Schon im Bundestagstribunal über Jürgen Trittin fünf Tage zuvor, als die Entscheidung der Schweinfurter Staatsanwaltschaft längst bekannt war, hatte der grüne Abgeordnete Werner Schulz befunden: »Die Bundeswehr mit >Mörder<-Rufen zu diffamieren ist unsäglich und übel.« Und dann apportierte Joseph Parzival Fischer - wie er mit korrektem Namen heißt - schwanzwedelnd die Ansicht, daß »die Bundeswehr als Institution und ihre Soldaten nicht in der Kontinuität einer vordemokratischen Tradition stehen« - sie ist durch Jungfernzeugung entstanden.

Die Geburtsurkunde der Bundeswehr stammt von Zwangsdemokraten, die aus ihren hohen Naziorden das Hakenkreuz weggekratzt hatten. Es ist die noch in der Illegalität verfaßte Himmeroder Denkschrift, in der Nazi-Generäle im heimlichen Auftrag des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer ihre Bedingungen für die Remilitarisierung Westdeutschlands formulierten. Der Untergrund, in dem sie arbeiteten, war angenehm: das säkularisierte Zisterzienserkloster Himmerod in der Eifel. Die Forderungen der Generäle waren nicht unwillkommen: »Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland«. Als Dreingabe: »Ehrenerklärung für den deutschen Soldaten von seiten der Bundesregierung und der Volksvertretung.« Das alles wurde einschließlich der Umstellung der öffentlichen Meinung schnell erfüllt. Auch die »Freilassung der als >Kriegsverbrecher(verurteilten Deutschen«. Kriegsverbrecher ohne Gänsefüßchen gab es nicht - sie waren im Rahmen des Aufbaus der Armee der Demokratie sehr unwirklich, weil unentbehrlich geworden.

Neben der Ehre hatten die Himmeroder die Löhnung für die Mordarbeit nicht vergessen: »Gerechte Regelung der Versorgung der früheren und zukünftigen Soldaten und ihrer Hinterbliebenen.« Die Regelung wurde so gerecht, daß noch heute lettischen SS-Leuten eine Rente nachgetragen wird, während ihre wenigen überlebenden jüdischen Opfer nichts bekommen. Tradition. Das wollte man jetzt ändern, weil ein weltweiter Skandal mitunter etwas lästig ist. Aber leider: Die Computer versagen ihren Dienst, wenn sie Massenmörder aus der Lohndatei herausnehmen sollen.

Schließlich darf man in der Bundeswehr dank einer Anordnung des Bundesinnenministers von 1958 auch wieder das gewöhnlich für Verdienste beim Massenmord gewährte »Bandenkampfabzeichen« in Bronze, Silber und Gold tragen.

Allerdings in demokratisierter Form: Das Hakenkreuz wurde entfernt, die Bandenbekämpfung - ein Dolch fährt in ein Schlangengezücht - blieb. »Richtlinien für die Bandenbekämpfung« hatte der Generalinspekteur der Bundeswehr (1957-1961) Adolf Heusinger verfaßt - im Führerhauptquartier, wo er als Chef der Operationsabteilung des Heeres Hitlers Wünsche in Befehle umsetzte. Anschließend war er in Himmerod dabei. Und heute nennt sich in Hammelburg, wo man so tatkräftig wie legal wieder die Bandenbekämpfung probt, die Kaserne nach Adolf Heusinger.

Die Bundeswehr steht nicht in einer vordemokratischen Tradition? Seltsamer Parzival Fischer - lesen Sie nach bei General Rhonhof Der 1939 geborene und 1996 nach drei Jahrzehnten Militärdienst in Pension gegangene Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof - ein Mann also, der nichts anderes kennengelernt hat als die Bundeswehr -zeigt sich in seinem 1997 erschienenen, jetzt bereits in dritter Auflage vorliegenden Buch *Wozu noch tapfer sein?* geradezu süchtig nach der Wehrmachtstradition seiner Truppe, bis hin zu den Killersymbolen Hitlers für die Wehrmacht: »Ich sehe in der Einstellung der Öffentlichkeit, der Politik und der Medien zu den Ritterkreuzträgem einen Indikator für deren Verhältnis zu den Frontsoldaten des Zweiten Weltkrieges. In den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland fanden die erfolgreichen« - ja, erfolgreichen -»Frontsoldaten die Anerkennung namhafter Demokraten von Rang. Theodor Heuss, unser erster Bundespräsident, erließ nicht nur die >Trageerlaubnis< für die Kriegsauszeichnungen des vergangenen Krieges, er ermunterte bisweilen auch Kriegsteilnehmer, bei Empfängen ihr Ritterkreuz zu tragen. Als 1967 unser erster Bundeskanzler Konrad Adenauer verstarb, standen sechs Ritterkreuzträger der Bundeswehr die Ehrenwache am Sarg des Toten. Doch schon in der Mitte der 60er Jahre begannen Zeitungen die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger zu prügeln.«

Damals konnten sich die Hitlerkreuzträger noch wehren. Bundeswehrgeneral Schultze-Rhonhof. »Ich erinnere mich, daß eine große westdeutsche Zeitung aus Anlaß eines Jahrestreffens der Ordensgemeinschaft einen ausgesprochen unfairen Artikel über die Ritterkreuzträger schrieb. Die waren damals in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft noch gut vertreten und stornierten daraufhin die Anzeigen ihrer Firmen bei dieser Zeitung. Das journalistische Gewissen des verantwortlichen Chefredakteurs brach unter der Last der ausbleibenden Einnahmen schnell zusammen, und er entschuldigte sich. Heute sind die Ritterkreuzträger alte Herren um die 80, und sie verfügen nicht mehr über die Mittel, sich ihrer Haut selbst zu wehren.«

Vom Bundesverfassungsgericht hält der in der Bundeswehr sozialisierte General genausoviel wie von der Pressefreiheit. Als Leiter des Wehrbereichs II und Kommandeur der 1. Panzerdivision in Hannover hatte er bei seinem Neujahrsempfang 1995 erklärt: »Der Vergleich von Soldaten mit Mördern ist so absurd und zutiefst ehrabschneidend, wie es ein Vergleich des Bundesverfassungsgerichts mit dem Volksgerichtshof der NS-Zeit sein würde.«

Soziale und freie Demokraten dankten dem General: »Ihr öffentliches Nachdenken, Herr General, ist verständlich«, erklärte der ehemalige SDS-Funktionär und Bremer Bürgerschaftspräsident Dieter Klink- Und der damalige Wirtschaftssenator Claus Jäger (FDP) lobte den Ausfall des Generals gegen die Verfassungsrichter: »Er verdient Respekt!« Doch diese Sozialliberalen bildeten die Nachhut in Rühes Tross, der im Zeichen des weltweiten Einsatzes deutscher Soldaten längst weitergezogen ist und offizielle Distanz zur heute doch nicht mehr so recht präsentablen Wehrmacht zu gewinnen versucht.

Generalmajor Rhonhof hat das voll Bitterkeit bemerkt. Im Oktober 1996 beim Jahrestreffen der Ritterkreuzträger in Dresden habe es der CDU-Oberbürgermeister abgelehnt, die alten Herren zu empfangen, das militärische Zeremoniell zur Totenehrung sei vom Ordnungsamt untersagt und eine Teilnahme von Bundeswehrangehörigen vom Verteidigungsministerium verboten worden. Der Bundeswehrgeneral gallig: »Keine Bemerkungen über die Leistungen und Verdienste der Veteranen, keine Hinweise darauf, daß fast 700 Ritterkreuzträger in maßgeblichen Funktionen die Bundeswehr mit aufgebaut und damit die Zukunft der damals noch jungen Demokratie abgesichert haben.«

Abgesichert. Jawoll, General, das ist der Weltenlauf, die Bundeswehrsoldaten, die im humanitären Einsatz für die Sicherung der deutschen Rohstoffquellen in alle Welt ausschwärmen sollen, können sich darauf verlassen, daß man auch sie gegebenenfalls eines Tages - und das ist ein kleiner Trost - als lästige Mörderbande fallenlassen wird.

Die Wehrmacht ist als Bekenntnisobjekt im Rahmen des weltweiten Auftrags ein wenig aus der Mode gekommen. Aber Klaus Naumann, der langjährige Generalinspekteux der Bundeswehr, hat für ihren weltweiten Einsatz ein gleichwertiges Vorbild gefunden, als er die kommenden deutschen Auslandseinsätze mit denen von 1900 in China und von 1904 im damaligen Deutsch-Südwestaffika verglich (KONKRET 1/97). Das war auch Bandenbekämpfung im großen Maßstab und - friedenschaffend.

Ach ja, der gute Bundestag und sein Ausschuß. Natürlich bedankte sich Rühe beim Unionsfreund Rossmanith »für die hervorragende Arbeit« und kündigte an, daß er sich dessen Gegner sowohl wie dessen SPD-Freunde vorgemerkt habe: »Ich habe nicht vergessen, in welcher Weise er angegriffen worden ist, aber auch in Schutz genommen worden ist.«

Am Schluß umarmten sie sich fast alle, die getreuesten Söhne des Vaterlandes, die Sozialdemokraten, vorneweg. Dem Nazi-Fan rief sein Stellvertreter, der Sozialdemokrat Dieter Heistermann, zu: »Mein persönlicher Dank gilt dem

Verteidigungsausschuß und an dessen Spitze dem Kollegen Rossmanith.« Der war ihm schon zu Beginn der Debatte zuvorgekommen: »Mein Dank gilt auch meinem Stellvertreter, dem Kollegen Dieter Heisterkamp.«

Angelika Beer von den Bündnisgrünen wollte da nicht fehlen und lobte die »positive Rede des Ausschußvorsitzenden Kurt Rossmanith«. Und zum guten Ende -sie lieben sich doch alle - rief der christliche Rüstungslobbyist im Verteidigungsausschuß, Jürgen Augustinowitz, dem Sozialdemokraten Heistermann zu: »Wir werden dich vermissen und wünschen dir für die Zukunft alles Gute.« Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD - deren einer, Wilhelm Schmidt, erläuterte, warum: »Ich klatsche wegen der Heistermann-Äußerung.«

Augustinowitz, ein Militärfanatiker, der sich 1996 dafür ausgesprochen hatte, die Bundeswehr auch zu Polizeiaufgaben im Inland heranzuziehen, frönt merkwürdigen Vorlieben - er fordert seit Jahren mehr Fernsehansprachen von Helmut Kohl. Und ist der Rüstungsindustrie nützlich, als Vizepräsident des 1995 gegründeten »Förderkreises Deutsches Heer e.V.«, der von 44 Firmen aus dem Bereich der Heeresausrüstung gesponsert wird. In dem Förderkreis kommen zehn »Verteidigungspolitiker« aus den Unions-, SPD- und FDP-Fraktionen sowie Heeresoffiziere »in verantwortlichen Stellungen« des Verteidigungsministeriums, darunter zehn Generäle, zum ungezwungenen und vertraulichen Gespräch mit den Sponsoren zusammen - spätere Karriere in den Spender-Firmen nicht ausgeschlossen.

Literatur:

Jakob Knab: *Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr.* Ch. Links Verlag, Berlin 1995, 190 S., 29,80 Mark

Gerd Schultze-Rhonhof. Wozu *noch tapfer sein?* Resch Verlag, Gräfelfing 1997, 302 S., 3 8 Mark

Ulrich Sander: *Szenen einer Nähe. Vom großen Rechtsum bei der Bundeswehr.* Pahl-Rugenstein

Konkret 08/98, S. 21

Oliver Tolmein

Strafe muß sein

Die gegenwärtige Rechtsprechung über jugendliche Kriminelle ist nicht halb so liberal wie ihr Ruf

Knappe fünf Jahre ist es her, da wußten viele Medien das deutsche Jugendstrafrecht noch zu schätzen. Erziehung vor Strafe - dieser Grundsatz bescherte den Steinewerfern und Molotow-Cocktail-Mixern, die in Rostock-Lichtenhagen dabei gewesen waren und die zumeist die 21 noch nicht überschritten hatten, milde Urteilssprüche gleich reihenweise. Die Jugendlichen auszugrenzen, mußten sich Kritiker der verständnisvollen Richter in Blättern wie dem »Spiegel« vorhalten lassen, bringe doch nichts.

Seit einigen Monaten sind derlei einfühlsame Töne kaum noch zu vernehmen. Das Jugendstrafrecht ist nun als zu lasch verschrien. Keine Boulevardzeitung, die nicht jede Chance nutzt, mit Stories Über das lockere Leben jugendlicher Straftäter Stimmung zu machen: Von Sozialarbeitern bequem bedient, leben sie in prachtvollen Villen und begehen unbehelligt einen Diebstahl nach dem andern, weil Polizei und Jugendrichter sie immer wieder laufen lassen. Als Ende Juni in Hamburg der Inhaber eines kleinen Ladens von zwei Teenagern erstochen wurde, kochte die Volksseele über: »Mord muß auch wie Mord bestraft werden«, forderte die »Hamburger Morgenpost«, die Springer-Medien öffneten ihre Leserbriefspalten den Law-and-order-Phantasien ihrer Leser, und auch in betulicheren Blättern wird seither über eine Verschärfung des Jugendstrafrechts nachgedacht. Selbst Politiker der einstmals linksalternativen, mittlerweile aber regierungsfähigen GAL erwägen nun die Wiedereinführung geschlossener Heime, in denen Erziehung wieder Erziehung sein und der Orientierungslosigkeit konsumgeiler kleiner Monster ein abruptes Ende gesetzt werden soll.

Tatsächlich gibt es gute Gründe, das gegenwärtig geltende bundesdeutsche Jugendstrafrecht zu kritisieren. Der Ansatz der veröffentlichten Meinung greift das System allerdings aus einer falschen Richtung an. Denn ausweislich empirischer Untersuchungen ist die Lage für jugendliche Straftäter längst nicht so rosig, wie die Öffentlichkeit glauben will: Tatsache ist, daß immer mehr Jugendliche und Heranwachsende kurz nach ihrer Verhaftung in Untersuchungshaft wandern, die für sie den Charakter einer der Verurteilung vorgelagerten Strafe bekommt. Während von drei verurteilten erwachsenen Strafgefangenen lediglich einer in Untersuchungshaft gesessen hat, wird von zwei in Untersuchungshaft genommenen Jugendlichen nur einer zu Strafhaft verurteilt.

Seit den achtziger Jahren hat auch die Höhe der Verurteilungen beständig zugenommen: Der Anteil der Jugendlichen, die Strafen zwischen zwei und zehn Jahren verbüßen, an der Gesamtzahl der Inhaftierten hat sich seit 1960 verdreifacht, und auch die absolute Zahl jugendlicher Strafgefangener ist deutlich gestiegen. Dem entspricht die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, der im Mai 1996 seine Linie korrigiert hat: Galten mit Blick auf den »Erziehungsgedanken« bis dahin fünf Jahre Jugendstrafe als Maximum und die nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) möglichen höheren Strafen als Ausnahmen, die bei besonders brutalen und grausamen Taten der Schwere der Schuld Rechnung tragen sollten, können künftig auch zu Erziehungszwecken Strafen bis zu zehn Jahren verhängt werden. Daß diese Form der »Erziehung« wenig effizient ist, weil die Rückfallquoten bei längerer Haftzeit steigen, störte die Bundesrichter nicht. Ihr Erziehungsideal dürfte an den traditionsreichen Vorstellungen des Jugendstrafrechts orientiert sein: »Auch die Strafe, auf die als äußerstes Mittel zur Wiederherstellung von Zucht und Ordnung nicht verzichtet werden kann, soll einem Jugendlichen gegenüber solange wie möglich Mittel der Erziehung bleiben und nicht zu blinder Vergeltung eines Unrechts absinken. Fehl angewendet kann die Strafe bei einem Jugendlichen mehr schaden als nützen. Jugend durch Strafe zu erziehen, ist eine der schwierigsten Aufgaben, die nur der befriedigend lösen kann, der selbst aus tiefstem Herzen mit der Jugend fühlt. Der Jugendrichter muß immer daran denken, daß er nicht in erster Linie Strafrichter ist, sondern Erziehen«

Überschrieben ist dieser Richterbrief des Reichsjustizministers aus dem Jahre 1943, mit dem das neue Jugendgerichtsgesetz eingeführt wurde, mit der Parole »Jugend führen heißt Jugend erziehen«. Der nationalsozialistischen Reform des JGG attestiert auch heute noch ein juristisches Standardlehrbuch (Schaffstein/Beulke: *Jugendstrafrecht)* in seiner neuesten, 1995 gedruckten Auflage: »Auf dem Gebiet des Jugendstrafrechts ist auch in den Jahren 1933 bis 1945 die kontinuierliche Entwicklung nicht unterbrochen worden. Vielmehr gelang es sogar während des Krieges, wesentliche Mängel des bisherigen Rechts zu beseitigen ... Die innere Eigenständigkeit der Jugendstrafe kam in der Beseitigung der für das allgemeine Strafrecht geltenden Strafrahmen sowie in der Zulässigkeit der unbestimmten Strafdauer zum Ausdruck. Auch die weiter erzieherische Ausgestaltung der Jugendstrafe ist als wesentlicher Fortschritt zu nennen.«

Das Jugendstrafrecht wurde in der NS-Zeit konsequent zum Täterstrafrecht entwickelt: Statt der Tat rückte die Person des Täters in den Mittelpunkt. Die »innere Haltung« wurde zum Angelpunkt für Art und Ausmaß der Strafe. Der Erziehungsgedanke war durch und durch autoritär geprägt und zielte auf Disziplinierung. Konsequenterweise wurde im Jugendstrafrecht auch die Polizei zum Justizorgan bestellt: Schwer erziehbare, »gemeinschaftsfremde« Jugendliche wurden in polizeiliche Jugendschutzlager gesperrt. Daß das Jugendstrafrecht von 1943 zudem ausdrücklich nur für deutsche Jugendliche galt, Jugendliche »anderen Volkstums« dagegen einem »Fremdvolkstrafrecht« unterlagen, dokumentiert

ebenfalls, wie eng Erziehung und Aussonderung zusammenhängen können. Das Jugendstrafrecht hatte damit eine Vorreiterfunktion für das gesamte Strafrecht.

Diese Vorreiterfunktion könnte das Jugendstrafrecht aufgrund seiner durch den Erziehungsgedanken ideologisch aufgeladenen, täterorientierten Struktur auch heute wieder bekommen: Hier kann leichter als in anderen Rechtsgebieten den Bedürfnissen und Stimmungen der Volksgemeinschaft angepaßt auf Straftäter reagiert werden, die Sanktionsmöglichkeiten sind flexibler, willkürlicher zu handhaben, der Gedanke, daß nicht einfach Straffreiheit, sondern »Besserung« das Ziel von Sanktionen sein soll, liegt besonders nahe. Und auch das Deutschenrecht wird im Jugendstrafrecht zunehmend verwirklicht: Nichtdeutsche Jugendliche werden zwar weitaus schneller und in größerem Umfang in Haft genommen, ihnen drohen aber oft genug Abschiebung und andere spezielle Sanktionen aus dem Ausländerrecht; sie werden, wenn sie hierbleiben, deutlich schärfer bestraft und erhalten während der Haftzeit signifikant seltener Hafterleichterungen wie z. B. Ausgang oder Urlaub.

Angesichts dieser Praxis erscheint eine bloße Verteidigung des geltenden Jugendstrafrechts gegen geplante Verschärfungen nicht akzeptabel. Statt dessen wäre zu fragen, wieso gerade ein »fortschrittliches« Recht, als das das JGG zu betrachten man sich angewöhnt hat, immer noch so stark in nationalsozialistischer Kontinuität verhaftet ist und wieso eine Abkehr vom Täterstrafrecht und der Maßgabe, daß der Staat durch Strafgewalt erziehen könne und solle, sich hierzulande so schwer durchsetzen läßt.

Konkret 08/98, S. 22

Wolfgang Pohrt

Flüchtlinge und Agenten

Pohrt antwortet

Seit man zurückdenken kann, wird das Asylrecht eingeschränkt; seit man zurückdenken kann, prangern wir dies an. Ihr Vorschlag war nun, daß wir uns darüber nochmal unterhalten. Warum?

Grund Nr. 1: Unsereiner neigt dazu, die völkische Propaganda für bare Münze zu nehmen. Man vergißt dabei, daß es am Ende die machtpolitischen Interessen und jene der Kapitalverwertung sind, die sich gegen alles Wortgetöse durchsetzen. Schon die Nazis holten mehr Ausländer, damals »Fremdarbeiter«, ins Land als jedes andere Regime davor. Die Einschränkungen des Asylrechts hinderten die Bundesregierung nicht daran, Hunderttausende von Bürgerkriegsflüchtlingen aufzunehmen. Und Bauarbeiter werden nicht nach dem Ariernachweis gefragt, sondern nach dem Lohn, den sie haben wollen.

Grund Nr. 2: Die Verhältnisse haben sich geändert, Deutschland will heute Interventionsmacht sein. Und so kommt es dann, daß die Regierung mitunter auf Positionen zurückgreift, wie wir sie vertreten hatten.

Welche zum Beispiel?

Keiner, der um Asyl bittet, dürfe abgewiesen werden, hatten wir gefordert. Die Regierung erkennt diese Forderung nun bei Bedarf stillschweigend an. Man hat den schönen Grundsatz ins Propagandarepertoire aufgenommen, weil er in eine Argumentationskette paßt, mit der sich Bundeswehreinsätze fernab deutscher Grenzen als Selbstverteidigungs- oder Notwehrmaßnahmen deklarieren lassen. Zum Beispiel behauptet man, daß die serbische Politik im Kosovo zu einer Überschwemmung Deutschlands mit Bürgerkriegsflüchtlingen führen werde. In ihre Bestandteile zerlegt, sieht die Propagandaformel so aus: Wenn die Flüchtlingsmassen an der Grenze stehen, bin ich machtlos. Abweisen kann ich sie nicht, das verbietet mir die Humanität. Alle aufnehmen kann ich aber auch nicht, das verbietet mir mein Interesse an der Selbsterhaltung. Folglich muß ich die Verursacher des Flüchtlingsstroms bekämpfen. Die Propagandaformel funktioniert, weil die Logik dahinter Plausibilität besitzt.

Nicht die Entrechteten, sondern das Unrecht bekämpfen, nicht die Armen, sondern die Armut - was ist falsch daran?

Falsch war zu vergessen, daß Verantwortung übernehmen immer zugleich Machtansprüche stellen heißt. Wenn ich für die Menschen, die aus fremden Ländern fliehen, verantwortlich bin, habe ich das Recht, auf die in diesen Ländern herrschenden Verhältnisse Einfluß zu nehmen, denn schließlich betreffen sie auch mich.

Hätten wir uns von den Verhältnissen in Francos Spanien oder Pinochets Chile nicht betroffen fühlen sollen? Hatten die internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg nicht recht?

Jedenfalls hatten sie damals keinen Erfolg. Den hatte vielmehr die Legion Condor. Und später wurde der spanische Faschismus nicht etwa vom Antifaschismus, sondern von der Natur besiegt. Franco starb an Altersschwäche. Pinochet lebt immer noch.

Was heißt das?

Internationalismus im Sinne weltumspannender Verantwortung für alle Menschen gab uns das moralische Recht, uns anderswo einzumischen. Aber die Macht dazu hatten wir leider nicht. Und nicht erst heute dürfen wir miterleben, wie ein Abkömmling unseres Internationalismus, nämlich die sogenannte Menschenrechtspolitik, dazu dient, genau jene Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu festigen, die wir hatten brechen wollen.

Und welche Rolle sollen die Asylbewerber dabei spielen?

Der politische Flüchtling, besonders der Bürgerkriegsflüchtling, ist heute ein vielfältig nutzbarer Massenartikel geworden. Die Regierungen der Aufnahmeländer lassen davon so viel herstellen, wie sie brauchen. Wir Alten kennen das ja aus den Tagen um den Bau der Berliner Mauer. Hier lockte das Begrüßungsgeld, und täglich konnten die Zeitungen neue Flüchtlingsrekorde melden.

Man kann es den Opfern von Massenvertreibungen schlecht zum Vorwurf machen, daß sie so viele sind.

Ihnen nicht, aber denen, die sie produzieren. Das Spiel geht so: Wenn ich einen Interventionsgrund haben will, gebe ich Personen aus bestimmten Herkunftsländern den Status von Vertriebenen und Verfolgten. Je mehr ich reinlasse, je mehr Wirtschaftsflüchtlinge ich als politische Flüchtlinge anerkenne, als desto grausiger stellt sich das Regime im Herkunftsland der Zuzügler für die hiesige Öffentlichkeit dar. Und irgendwann kann der Verteidigungsminister unter dem Beifall der Presse sagen, dergleichen sei in Europa »nicht hinnehmbar«. Es liegt also ganz in meiner Hand, ob ich irgendein Land, das ärmer ist als meins, destabilisieren will. Ich brauche den armen Teufeln nur klarmachen, welche Schauergeschichte sie hier

an der Grenze erzählen müssen, damit sie rein dürfen. Dann kriege ich genau die Nachrichten, die ich haben will, um meine Luftwaffe schicken zu dürfen.

Am CSU-Stammtisch erzählt man sich die Geschichte von den Wirtschaftsflüchtlingen und ihren Schauergeschichten auch.

Dort sitzen die Experten. Die Kalten Krieger kennen doch ihre Brüder und Schwestern aus der Zone, sie kennen doch diese Abstimmungen mit den Füßen für die Freiheit und gegen die Tyrannei.

Sie werden die Verhältnisse in der früheren DDR kaum mit den heutigen Verhältnissen im Kosovo vergleichen wollen.

Keine Frage, daß es den Leute in der DDR unvergleichlich viel besser ging. Aber der Hauptunterschied ist ein anderer. Zum einen hatte die DDR die Mauer, zum anderen hatte sie die Sowjetunion. Die nukleare Schutzmacht im Hintergrund sorgte dafür, daß Destabilisierungsversuche gegen die DDR sich im Rahmen hielten. Die Leute dort zum militanten Protest zu ermuntern und sie gar mit Waffen zu beliefern, verbot sich von selbst, weil größere Unruhen am Ende den Westen blamiert hätten. In einer Situation, wo die Propaganda nach Militärinterventionen schreit, hätte der Verteidigungsminister damals seine Ohnmacht vorführen müssen. Heute nützt ihm diese Situation, weil er seine Macht zeigen kann.

Die Unruhen im Kosovo also vom Ausland angezettelt, die UCK eine Agententruppe des BND?

In der »FAZ« wurden britische Militärberater in Nord-Albanien erwähnt. Mag sein, daß wieder eine amerikanische oder britische Söldnerfirma den Warlords von der UCK behilflich ist. Mag sein, daß, wie im Falle Sarajevos, die Hilfskonvois statt Milchpulver Schießpulver liefern. Mag sein, daß die Kosovo-Albaner soviele Dollars bekommen, wie sie brauchen, um die jugoslawischen Sicherheitskräfte auf friedlichem Wege zu entwaffnen, indem sie dem korrupten Gegner das Gerät einfach abkaufen. Vielleicht hilft die UCK beim Abfackeln der Dörfer mit, es wäre eine plausible und keineswegs ungewöhnliche Taktik. Wenn Rühe sagt, »das Morden« müsse aufhören, sonst komme die Nato den Kosovo-Albanern zu Hilfe, dann muß die UCK, wenn sie siegen, d. h. ihre patriotische Pflicht erfüllen will, eben dafür sorgen, daß »das Morden« weitergeht.

Wir wissen es aber nicht. Wir wissen nur, so gut wie jeder andere, wie man Menschen dazu bringt, bestimmte Sachen zu machen oder zu unterlassen. Im Kosovo geht es den Leuten dreckig, nicht weil sie ihre nationale Souveränität entbehren müssen, sondern weil dort materielles Elend herrscht. Wer konnte, ging weg von dort, weg von den Landsleuten. Er ging als Gastarbeiter in die Bundesrepublik. Es gibt keinen klareren Beweis dafür, welchen Rang die Sehnsucht nach der Befriedigung des ethnischen Zusammengehörigkeitsgefühls im wirklichen Leben der Menschen faktisch einnimmt.

Halte ich Leuten in dieser Lage die Rübe hin: »Je größer das Chaos, desto besser für euch, denn dann müssen wir euch retten«, so erzeuge ich Desperados. Ein friedlicher Kosovo-Bewohner kann, wie die friedlichen Bewohner vieler Gegenden, hungern müssen. Keiner kümmert sich darum. Ein Bürgerkriegsflüchtling hungert in der Regel nicht, weil für diese Sorte Hunger vom UNHCR gesorgt wird. Und wenn die Hilfsorganisationen mit ihrer aufwendigen Logistik kommen, gibt es auch für die Einheimischen gut bezahlte Jobs. Ganze Regionen in Bosnien leben davon und vom Verscherbeln der Hilfslieferungen auf den Schwarzmärkten. Man braucht also gar keine aufwendigen konspirativen Unternehmungen, wenn man ein Regime destabilisieren will. Man muß nur mit der Rübe winken.

Kein freundliches Bild, das Sie da von den Asylbewerbern zeichnen.

Der jüngst verstorbene kroatische Verteidigungsminister war kein freundlicher Mann. Und all die anderen, die einst in den USA oder Kanada Asyl gefunden hatten und nach 1989 als Politiker oder Geschäftsleute in ihre osteuropäischen Herkunftsländer zurückgekehrt sind, um dort den amerikanischen Kapitalismus einzuführen, waren es wohl auch nicht.

Die Zeiten, wo unter politischen Flüchtlingen verfolgte Sozialisten waren, sind eigentlich schon lange vorbei. Der politische Flüchtling heute ist einer, der in seinem Herkunftsland ein Regime errichten möchte, wie es das in seinem Aufnahmeland schon gibt. Politische Flüchtlinge sind potentielle Agenten, Kollaborateure, Geschäftspartner, Stoßtrupp, Brückenkopf Die Amis wissen, warum sie nach dem Arche-Noah-Prinzip verfahren und überall, von Kurdengebieten bis Bosnien, die Kontingente einsammeln und ihnen Einreiseerlaubnis geben. Man hat dann die Bosse der künftigen Führung in der Hand, man kann sie schulen und Akten über sie anlegen. Es ist doch praktisch, wenn der neue Präsident ein Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung war.

Die Leute, die Sie da im Blick haben, stellen doch nur eine ganz kleine Fraktion der Flüchtlinge und Asylbewerber dar. Die allermeisten sind arme Teufel - und bleiben es.

So empfindet man. Möglich allerdings, daß unser mitleidiges Herabschauen auf die armen Teufel daher kommt, daß uns vor soviel Einfallsreichtum, Findigkeit, Vitalität und Tatkraft, wie sie zeigen, bange wird, etwa so, wie kleine Kinder große Tiere streicheln, die ihnen nicht ganz geheuer sind. Wir ahnen vielleicht, daß das Häufchen Elend, das an der Grenze um Einlaß wimmert, nur die halbe Wahrheit ist. Es steckt mehr Energie darin, als unsereiner sich vorstellen könnte, daß er sie jemals aufbringen wird. Nichts als bloß armer Teufel ist keiner, der es über alle geographischen Entfernungen und administrativen Hürden bis zur deutschen Grenze schafft. Er hat Strapazen ausgehalten, unter denen wir zusammenbrechen

würden, er hat sich durchgeschlagen, wo unsereiner resignieren und kapitulieren würde. Er hat erfolgreich ein Überlebenstraing absolviert, wie es bei manchen Firmen heute zum Selektionsverfahren für Führungskräfte zählt.

Daß trotzdem nur ganz wenige kriegen, was alle wollen, versteht sich. Hieße freie Marktwirtschaft, daß jeder, der ein Rockefeller werden möchte, es auch wird, so könnte man die Sache mit dem Sozialismus nochmal überdenken. Hunderttausend Kosovo-Albaner hier heißt natürlich nicht hunderttausend zusätzliche Minister und Millionäre. Es bedeutet: Hunderttausend arme Schlucker mehr, die auf die freie Marktwirtschaft schwören, weil sie gern sehr reich wären und weil man das nur in der freien Marktwirtschaft werden kann.

Ist Ihre Forderung also: Grenzen dicht?

Lächerlich. Von uns wird die hiesige Öffentlichkeit sich weder ihre bosnischen noch ihre kosovo-albanischen Bürgerkriegsflüchtlinge vermiesen lassen, auch wenn die sich manchmal so aufführen, daß man die Verhältnisse in ihrem Herkunftsland ohne jede politische Analyse zu verstehen glaubt. Das Publikum braucht seine Elendsgeschichten, erinnern wir uns doch nur an die Spendenaktion Rußlandhilfe. Außerdem ist es nur gerecht, wenn die BRD die Suppe, die sie sich einbrockt, auch auslöffeln muß. Die Rübe bloß hinhalten geht nicht, sie wird dann halt auch gefressen.

Und schließlich hat jede politische Analyse nur einen Sinn, solange man sich an die Maxime aus der *Dialektik der Aufklärung* erinnert: »Der Logik spotten, wo sie gegen die Menschheit ist.« Wo die Logik uns sagt, daß arme Teufel abgewiesen werden sollen, sagen wir Nein.

Dümmer, als man ist, muß man sich aber deshalb nicht stellen. Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kosovo können uns Kapitalismus pur beibringen. Sie haben das Survival of the fittest im tiefsten Elend gelernt. Es sind die Fittesten, die sich durchgeschlagen haben bis hierher. Und sie werden Karriere machen, solange die Gesellschaft hier bleibt, wie sie ist. Um an die Spitze von Daimler-Benz zu kommen, braucht man das Naturell eines Rausschmeißers im Rotlichtmilieu. Inzwischen braucht man auch keine anderen Manieren. Von Albanern und Kosovo-Albanern liest man bisweilen im Zusammenhang mit Berichten über Schießereien in jenem Milieu, wo die freie Marktwirtschaft ihren Ursprung hat. Dort zieht das im Entstehen begriffene neue weltweite Herrschaftssystem sich seine Führungskräfte heran. Soll es. Aber warum soll unsereiner diesen Prozeß mit rührseligen Kommentaren begleiten?

Konkret 08/98, S. 24

Horst Pankow

Generalisierte Impulse

Herausgeber und Lobredner des »Schwarzbuchs des Kommunismus« auf Deutschland-Tournee: Soviel Aufrechnung wer nie

Manchmal gelingt sogar einem deutschen Historiker die zutreffende Beschreibung einer historischen Tatsache. Jürgen Kocka, qua Profession und Loyalität zu einem der Laudatoren auf der Deutschland-Tournee des *Schwarzbuch-Her*ausgebers Stéphane Courtois bestellt, monierte in Berlin, alle im *Schwarzbuch* dargestellten Greuel seien bereits in seinem 50er-Jahre-Schulunterricht thematisiert worden. Damit wollte er keineswegs dem reuigen Ex-Maoisten Ramschhandel mit ideologischen Ladenhütern vorwerfen. Kockas historisch korrekter Hinweis richtete sich an »intolerante Jugendliche in schlechtester K-Gruppen-Manier« (»Tagesspiegel«).

Solche waren nämlich zu mehreren Dutzend »mit ihrem demonstrativen Gesinnungsterror« auf der Berliner Veranstaltung erschienen, hatten den Kommunismus hochleben lassen und gefragt, wer denn »die Opfer des Kapitalismus« zähle, bevor die Solidarität der Demokraten in Form von keifenden Frontstadtveteranen, »bekehrten Alt-Linken« (alle Zitate »Tagesspiegel«) und Polizisten in Aktion trat und die Störer gewaltsam aus dem Saal entfernte. Zuvor hatte ein Flugblatt von Antifa-Gruppen »alle, denen der Sinn nicht nach einer Prise tabulosein Geschichtsrevisionismus steht«, dazu aufgerufen, »ihre Meinung über die Einladung Courtois' kundzutun«. Denn: »Im Land der Täter von Auschwitz darf die Relativierung dieses Menscheitsverbrechens nicht als akzeptabler Diskussionsbeitrag hingenommen werden.«

Wenn Linke den Rummel um das *Schwarzbuch* ausschließlich unter dem Aspekt Gulag versus Auschwitz rezipieren, laufen sie Gefahr, zu Statisten einer medialen Farce degradiert zu werden und andere Aspekte zu ignorieren. Doch zunächst einmal haben sie selbstverständlich recht: Die deutsche *Schwarzbuch-Hype dient* der »Normalisierung« staatsbürgerlichen Geschichtsbewußtseins. Dabei spielen »bekehrte Alt-Linke« eine wichtige Rolle. Bereits im vergangenen Dezember hatte Ulrike Ackermann vom Hamburger Institut für Sozialforschung, die auch als Moderatorin bei Courtois' Hamburger Auftritt in Erscheinung trat, in der »Taz« einen bedauerlichen Befund konstatiert: »Für eine auf die Singularität nationalsozialistischer Verbrechen mühsam aufgebaute Identität hat das >absolut Böse< nur einen ausschließlichen Ort: Auschwitz. Eine Identität, die ihre eigene Brüchigkeit ahnt und deshalb diese um so vehementer verteidigt.« Als Therapeutikum empfahl Ackermann »einen generalisierten antitotalitären Impuls«.

Das Mittel hat bekanntlich angeschlagen, aber nicht so, daß es die Patienten umstandslos in Anhänger Ernst Noltes verwandelte, wie manche Antifas vermuten. Unter einem »generalisierten Impuls« hat man sich in postmodernen Zeiten offenbar so etwas wie ein Mittel »diskursiver Verschiebung« vorzustellen. Es sind nicht die Fakten, die verändert, ignoriert oder abgestritten werden sollen, sondern der Blick auf sie wird von seiner »doktrinären Verhärtung« befreit. So der »Taz«-Redakteur Stefan Reinecke. Nicht Gleichsetzung ist nun angesagt, sondern Gleichbewertung: »Denn bei allen fundamentalen Unterschieden im Modernitätsniveau und den Zielen - moralisch existiert kein Unterschied zwischen den stalinistischen und nationalsozialistischen Ausrottungsverbrechen.«

Der solcherart moralisch geschärfte Blick - es macht wohl das »Generalisierte« des »antitotalitären Impulses« aus, daß die Moral sich nicht auszuweisen geschweige denn zu begründen braucht - könnte sich bald auch anderen historischen Untaten zuwenden. Wenn kein moralischer Unterschied zwischen den Verbrechen des NS und des Stalinismus besteht, dann wird eine solche Differenzierung auch hinsichtlich der Kolonial- und Kriegsmassaker anderer Staaten hinfällig. Die generalisierende Gleichbewertung könnte allerdings auch auf den ersten staatlich organisierten Massenmord dieses Jahrhunderts, die Ausrottung der Hereros in Deutsch-Südwest-Afrika durch deutsche Kolonialtruppen stoßen, oder auf die Mithilfe des deutschen Generalstabs bei der Vernichtung der Armenier in der Türkei oder auf das von der SPD organisierte Massaker an aufständischen Arbeitern in der ersten Jahreshälfte 1919. Doch so weit dürfte der moralisch entfesselte Blick nicht schweifen, er bekäme sonst Ärger mit Heinrich August Winkler.

Der SPD-Haus-und-Hof-Historiker hat sich nicht nur Verdienste bei der demokratischen Säuberung Berliner Straßenschilder von totalitären Namen und dem Hinauswurf von »SED-nahen« Kollegen aus der Humboldt-Universität erworben; kürzlich wäre er beinahe selbst ein Opfer des Stalinismus geworden, denn auch er war als Laudator zur Berliner Courtois-Session geladen. Winklers in der »FAZ« publizierte »Rede, die geschrieben, aber fast nicht gehalten werden konnte«, dokumentiert, daß Geschichtsrevisionismus hierzulande nicht nur die Relativierung des deutschen Judenmordes in Sinn hat. Winkler schreibt auch SPD-Parteigeschichte um. Nicht die Sozialdemokraten Ebert und Noske sind nun für die Massaker von 1919 verantwortlich, sondern die damals in Deutschland noch nicht existenten Bolschewiken: »Die unterschiedliche Haltung zum Bürgerkrieg steht am Beginn des historischen Konflikts zwischen der demokratischen und der totalitären Linken. Lenin und die Bolschewiken propagierten den Bürgerkrieg, die sozialdemokratischen Parteien aller Schattierungen lehnten ihn ab.«

Winkler wäre aber kein Sozialdemokrat, hätte er nicht primär das Ansehen der Nation im Sinn. Den Deutschen könne durch das *Schwarzbuch* keine Entlastung erwachsen, wohl aber Trost aus ihrer Vor-Auschwitz-Vergangenheit: »Das

deutsche Menschheitsverbrechen wurde durch ein Land begangen, das stolz war auf seine lange rechtsstaatliche Tradition und seinen Anteil an der europäischen Aufklärung - ein von der Kultur des Westens geprägtes Land.« Man sage nicht, dies sei absurd, man widerstehe auch der Versuchung, durch Verweis auf die konstitutionelle antiwestliche und antidemokratische Haltung des Deutschen Reiches in einen grotesken Historikerstreit mit dem national-sozialen Parteisoldaten einzutreten. Für Winkler liegt der Beginn allen Übels selbstverständlich in der Französischen Revolution und ihrer Rezeption durch deutsch-jüdische Radikale. In diesem Punkt widerspricht er sogar entschieden seinem französischen Stichwortgeber, der Marx immerhin noch Unaufmerksamkeit gegenüber dem Terreur der Jakobinerherrschaft zugute hält: »Courtois irrt. Die Grundannahme von Marx und Engels war, daß die >bürgerliche< Revolution von 1789 sich auf höherer Ebene wiederholen mußte ... Den Terror der Jakobiner hielt Marx geradezu für beispielhaft ... « Und da muß auch ein deutscher Historiker mal »radikal« werden: »Die Kritik des Kommunismus darf nicht bei Lenin stehenbleiben und vor Marx haltmachen.«

Was das in der Konsequenz bedeutet, formuliert in der deutschen Ausgabe des *Schwarzbuchs* Erhart Neubert, Pfarrer und verbeamteter Stasi-Jäger: »Die kommunistische Idee war und ist tödlich, sie war ein Liquidationsprogramm von Anfang an. Sie war die Entscheidung für den kommunistischen Homunkulus und gegen den wirklichen und unvollkommenen Menschen.« Die menschelnde Anschleimerei ans ach so Wirkliche und Unvollkommene ist nur abgeschmackte Reklame für die staatlich-gewaltsame Ergänzung der ontologischen Unzulänglichkeit menschlichen Strebens: »Der Mensch ist gar nicht gut, drum hau' ihn auf den Hut« (Brecht). Wenn der Pfarrer allerdings die »Idee« - wohlgemerkt: nicht die Praxis - als eigentlich »kriminogenen« Faktor denunziert, dann offenbart sich die deutsche *Schwarzbuch-Ausgabe nicht* nur als Aufrechnung, Relativierung und dergleichen, sondern auch als nachgeschobene Kriegserklärung, nicht nur als Rehabilitierung Eberts, Noskes und ihrer Nachfolger, sondern auch als Freibrief in Form eines »Handbuchs der Inquisitoren« für künftige Noskes, Pinochets, Suhartos etc.

Konkret 08/98, S. 26

Rolf Surmann

Die Schuld bleibt deutsch

Eine Zeitlang sah es gut aus für die deutschen Banken: Die Empörung der Welt konzentrierte sich auf die Nazigeldwäsche in der Schweiz. Mit der Ruhe ist es nun vorbei: 18 Milliarden Dollar Schadensersatz fordern Auschwitz-Überlebende von den Geschäftsnachfolgern der deutschen Raubgoldhändler

»Schweizer Banken bereicherten sich an Totengold« - so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen, wenn deutsche Zeitungen über die Beteiligung eidgenössischer Banken am Goldraub berichteten, den die Deutschen bis 1945 systematisch betrieben hatten. In der Schweiz »wuschen« sie dieses Gold, um Devisen zum Kauf für kriegswichtige Rohstoffe auf dem Weltmarkt zu gewinnen. Die besondere Betonung der Tatsache, daß es sich dabei nicht nur um die Goldbestände der Notenbanken in den von Deutschland überfallenen Ländern handelte, sondern auch um Zahngold, das den Opfern in den Vernichtungslagern aus dem Mund gebrochen worden war, sollte die Ruchlosigkeit der schweizerischen Bankiers hervorheben.

Schuldteilung

In Deutschland wurden diese Entdeckungen von vielen mit mehr als nur klammheimlicher Freude aufgenommen. Die »FAZ« etwa war erleichtert: »Raubgold. Die Schuld wird europäisch.« Dabei hätte es nicht einmal besonderer Geschichtskenntnisse bedurft, um zu erkennen, daß die Schuld der Schweizer Banken eine andere ist als die deutsche. Im Juni dieses Jahres hat das neue Lied vom (Schuld-)Teilen dann jedoch ein abruptes Ende gefunden.

Im Namen von drei Auschwitz-Überlebenden hat der New Yorker Anwalt Edward Fagan zusammen mit weiteren Kollegen die Deutsche Bank, die Dresdner Bank sowie andere Banken auf 18 Milliarden Dollar Schadensersatz verklagt. Die Rechtsanwälte vertreten zwei Auschwitz-Überlebende, deren Familienangehörigen im KZ Ringe und andere Wertgegenstände geraubt worden waren. In einem Fall geht es um das Konto eines Ermordeten bei der Dresdner Bank, dessen Guthaben die Tochter jetzt einfordert. Diese Fälle werden nach US-amerikanischem Recht beispielhaft als Class Action für alle übrigen Ansprüche verhandelt, die dann auf der Grundlage der Musterprozesse schnell entschieden werden. Damit sind die Banken jetzt mit einer Rückblende in ihre Vergangenheit konfrontiert, die die Versicherungen, unter ihnen die Allianz, schon vor Monaten in Schrecken versetzt hat.

In der Klageschrift wird den Banken vorgeworfen, »persönlichen Besitz, den die Nazis geraubt haben, akzeptiert, verborgen, transferiert und gewaschen zu haben«. Ausgerechnet die Debatte über das schweizerische Raubgold, die hierzulande zunächst als Chance einer Entlastung angesehen worden ist, hat zu der Enthüllung geführt, daß es vor allem deutsche, nicht schweizerische Banken waren, die mit Totengold handelten. Denn der Zeitpunkt der Klageeinreichung fällt mit der Veröffentlichung des zweiten Berichts zusammen, den die US-Regierung zum Raubgold erstellt hat und in dem diese Beschuldigung jetzt vor der Weltöffentlichkeit erhoben wird.

Der Sachverhalt selbst überrascht nicht. Bereits im Vorfeld der Londoner Raubgold-Konferenz Ende letzten Jahres hat der Soziologe und Privatforscher Hersch Fischler aufgedeckt, daß vor allem die Dresdner und die Deutsche Bank die Barren übernommen hatten, zu denen das Totengold zusammengeschmolzen worden war. Denn mit den Goldbüchern der Deutschen Reichsbank läßt sich nachweisen, daß zum Beispiel am 28. Dezember 1942 die Deutsche Bank aus dem Bestand »Melmer« zehn Barren Gold übernommen hatte. Am 6. Januar erhielt die Dresdner Bank drei Barren, kurz darauf am 25. Februar noch einmal vier von derselben Herkunft. Insgesamt waren es wohl 78 Barren.

Raub

Melmer, nach dem dieses Gold benannt ist, war Leiter der Amtskasse des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes (WVHA), an das nach einem Himmler-Befehl aus dem Jahr 1942 sämtliche von der SS geraubten Edelmetalle abzuliefern waren. Als Diebes- und Hehlergut deklariert, war deutsches Bargeld direkt auf das WVHA-Konto bei der Reichsbank einzuzahlen. Devisen, seltene Metalle, Juwelen, Edel- und Halbedelsteine, Perlen, Zahngold und Goldabfall sollten zunächst aus den Vernichtungslagern an das WVHA geschickt und von hier an die Reichsbank überstellt werden. Es handelte sich dabei um den restlichen Besitz, der den deportierten Juden, die Gegenstände des persönlichen Gebrauchs in die Vernichtungslager mitnehmen durften, nach verschiedenen Verordnungen zur Entziehung ihres Eigentums noch verblieben war.

Raul Hilberg schildert in seinem Standardwerk *Die Vernichtung der europäischen Juden,* wie dieser letzte Raub - Ausfluß eines außerordentlichen Verwertungsfleißes - nach dem »Fließbandprinzip« organisiert war: Einsammeln des zurückgelassenen Gepäcks in den Güterwaggons und auf der Rampe - Einsammeln der Kleider und Wertsachen in den Entkleidungsräumen - Abscheren der Frauenhaare in den Räumen neben der Gaskammer - Ziehen der Goldzähne nach der Vergasung - Stichprobenhaftes Untersuchen der Körperöffnungen auf Wertgegenstände - Zurückgießen des menschlichen

Fetts, das den brennenden Körpern entwich, in die Flammen, um die Verbrennung zu beschleunigen. »Die beiden organischen Prozesse des Todeslagers, Beschlagnahmungen und Vernichtungen, wurden also zu einem einzigen Verfahren verschmolzen und synchronisiert, was das völlige Gelingen beider Operationen garantierte« - so sein Fazit.

Ein Teil dieses Raubguts ging an SS-Männer (verwundete oder »dekorierte« Soldaten) und an ihre Familien, an unterstützungsbedürftige »Volksdeutsche« und an staatliche Stellen, auf deren Wohlwollen die SS setzte. Auch wurde Angehörigen der Polizei die Möglichkeit eingeräumt, auf Antrag Wertsachen »zum Schnäppchenpreis« zu kaufen. Damit sollten der Unterschied in der Entlohnung zwischen dem direkt an der Vernichtung beteiligten Personal und den zuarbeitenden Dienststellen ausgeglichen und Diebstähle in Grenzen gehalten werden. Den größten Teil jedoch transportierte Melmer -absprachegemäß in Zivilkleidung, aber von uniformierten SS-Wachleuten begleitet - in Lastwagen zur Reichsbank.

Hier nahm Reichsbankrat Albert Thoms das Totengold entgegen. In Lagerräumen wurden die Gegenstände dann auf Tische geschüttet, sortiert und schließlich weiterverteilt: Hartgeld behielt die Edelmetallabteilung ein, Aktien und Bankbücher gingen an die Effektenabteilung, Schmuck in die Berliner Pfandleihanstalt, Zahngold wurde nach bisherigem Kenntnisstand an die Preußische Staatsmünze und »was sich sonst nicht verkaufen ließ« an die Degussa zum Einschmelzen weitergeleitet. Nach neuesten Angaben von Hersch Fischler wurde jedoch das Melmer-Gold vor allem von der Degussa umgeschmolzen.

In Barrenform ging das Edelmetall dann von der Reichsbank an die Deutsche und an die Dresdner Bank. Diese Lieferungen beschränkten sich jedoch nicht auf das Melmer-Gold, sondern umfaßten auch Gold, das die Reichsbank durch Plünderung der Staatsbanken der überfallenen europäischen Länder erhalten hatte. Denn die Privatbanken konnten einen höheren Gegenwert an Devisen erzielen als die Reichsbank. Die Dresdner Bank, die in Istanbul eine Filiale hatte, transferierte diese Barren vorzugsweise in die Türkei, weil von dort der kriegswichtige Rohstoff Chrom importiert wurde.

Die Vermarktung des Goldes war aber nur ein Teil der Leistungen, die die Banken im Zuge der Verfolgung und Vernichtung erbrachten. Zuvor hatten sie schon an der Beschlagnahme jüdischen Besitzes, der sogenannten Arisierung, verdient. Sei es, daß sie als Mittlerinnen tätig waren und Provisionen kassierten; sei es, daß sie die »Arisierung« aktiv betrieben. So entwickelte der Fachmann der Dresdner Bank für diese Fragen, Dr. Rasche, einen Plan zur »Mobilisierung des beschlagnahmten jüdischen Grundbesitzes«, um dem Finanzministerium behilflich zu sein, die jüdischen Grundstücke schnell zu veräußern, die mit dem Beginn der Deportationen beschlagnahmt worden waren.

1941 mußten die Juden auch ihre Konten offenlegen. Ihre Angaben wurden seit Beginn der Deportationen von der Gestapo an die Finanzämter weitergeleitet, die sich dann von den Banken die Guthaben auszahlen ließen. Doch gingen die Bankiers noch einen Schritt weiter. Von einer Filiale der Deutschen Bank in Hamburg ist zum Beispiel bekannt, daß sie die Deportationslisten mit ihrem Kundenregister abglich und die Kundennamen übermittelte, »für die uns bislang eine Vermögensbeschlagnahme von Ihnen nicht zugestellt worden ist«.

Ähnlich verhielten sich die Finanzinstitute bei der Einstellung von Pensions- und Versicherungszahlungen, wenn ein jüdischer Pensionsempfänger oder Bezieher von Versicherungsleistungen deportiert wurde. Juristisch geschah dies in Form staatlicher Beschlagnahme, weil man so dem Allgemeinwohl am besten zu dienen glaubte. Doch hatten die Zahlungspflichtigen die Möglichkeit, Pauschalregelungen zu treffen und damit wenigstens teilweise von der Ermordung ihrer ehemaligen Arbeiter und Angestellten zu profitieren. Diese Regelung reichte der Deutschen Bank jedoch nicht. Sie verweigerte die Zahlung an den Staat vollständig. Die Rolle der Dresdner Bank, Hausbank der SS, bei der Finanzierung der KZ sei in diesem Zusammenhang nur erwähnt.

Reaktionen

»Das, was Dresdner Bank heute ausmacht, hat eben seine Geschichte. Ein ganz herzlicher Glückwunsch an Aufsichtsrat, an Vorstand und an die Mitarbeiter. Und ich finde überhaupt, daß dem Zeitgeist der Deutschen es nicht gut tut, daß wir fast immer von der Gegenwart reden und Geschichte und Tradition so oft vergessen, gar bewußt verdrängen.« Diese Worte entstammen der Laudatio des Bundeskanzlers Kohl zum 125jährigen Geschäftsjubiläum im letzten Jahr. Selbstverständlich war damit nicht die Nazi-Zeit gemeint. Über sie wurde weiterhin geschwiegen. Lediglich über den damaligen Direktor behauptete der jetzige Vorstandssprecher in schroffem Kontrast zur historischen Wirklichkeit, dieser habe die Bank trotz der in allen Bereichen zunehmenden politischen Einflußnahme durch das NS-Regime »mit diplomatischem Geschick um die Klippen der Zeit gesteuert«. Offiziell gilt das Thema als erledigt.

Dementsprechend trat auch die deutsche Delegation bei der Londoner Raubgold-Konferenz im Dezember 1997 auf Während von anderen Staaten u. a. Vertreter mit Ministerrang teilnahmen, präsentierte sie als Leiter einen pensionierten Diplomaten, der aus dem Ruhestand reaktiviert worden war. Seine wissenschaftliche Begleitung »verlautbarte«, in Deutschland sei alles bestens untersucht und geregelt worden.

Ganz ähnlich reagieren jetzt die von den Überlebenden verklagten Banken. Die Deutsche Bank weist die Vorwürfe zurück, die Dresdner hält die Ansprüche für unberechtigt. In einem weiteren Punkt stimmen sie ebenfalls überein: »Indizien dafür, daß dem damaligen Vorstand der Bank die Herkunft der Melmer-Barren bekannt war, liegen nicht vom, zitiert die Dresdner aus der Stellungnahme eines von ihr beauftragten Forschungsinstituts, Noch klarer äußert sich der Leiter der von der Deutschen Bank berufenen Historikerkommission: »Der Punkt ist, daß (weder) die Deutsche Bank, und tatsächlich keine der Geschäftsbanken, (die Herkunft des Goldes) kennen konnte.« Die Historiker gaben diese Statements zu einem Zeitpunkt ab, an dem bereits bekannt war, daß die Barren aus Totengold bei der Reichsbank gesondert als »Verschiedene« ausgewiesen waren. Das soll Fachleuten verborgen geblieben sein? Dies soll kein »Indiz« für die Kenntnis über die Herkunft des Goldes sein?

Die »FAZ« äußert in einem hervorgehobenen Kommentar denn auch ihre Sorge über diese Haltung. Zwar baut sie zunächst vor, indem sie darauf verweist, die jetzigen Banken seien nicht identisch mit ihren Vorgängerinstituten und hätten zudem aufgrund alliierter und deutscher Rückerstattungsgesetzgebung alle damals bekannten Vermögenswerte von Verfolgten zurückgeben müssen. Doch dann rät sie entschieden zur Offenheit und erklärt mit Verweis auf den Verlauf der Schweizer Debatte ein anderes Vorgehen für »fatal«.

Doch die Absicherungen nutzen nicht viel. Sicher gibt es heute keinen Abs mehr bei der Deutschen Bank. Bekanntlich ist dies aber nicht Ausdruck einer Distanzierung von der Geschäftspolitik in der Nazi-Zeit. In dieser Hinsicht haben die Jubelredner der Dresdner Bank klar erkennen lassen, daß sie hierzu selbst heute weder bereit noch fähig sind. Das ist den Herren vermutlich auch ziemlich egal. Denn über ihre Unfähigkeit, einen klaren Trennungsstrich zur verbrecherischen Firmengeschichte zu ziehen, müssen sie in der Regel keine Rechenschaft ablegen, und dafür - so glauben sie bislang - müssen sie auch nicht zahlen. Allerdings sollten die Probleme, die Schweizer Banken mittlerweile in den USA haben, da eine Warnung sein. Schwieriger wird es für sie beim Thema Rückerstattung. Da hatten sich beim Festakt der Bank mit dem »grünen Band der Sympathie« tatsächlich die Richtigen getroffen: der Kanzler als Vertreter des Staates und der Vorstandssprecher als Repräsentant der Bankenpolitik.

Wie beides zusammenhängt, wird an einer Begebenheit erkennbar, die sich 1955 in Spanien zutrug. Im Auftrag der Bundesregierung führte ein Gottfried von Waldheim als Angehöriger des Auswärtigen Amtes Verhandlungen mit der Franco-Administration u. a. über die Herausgabe von zwei Tonnen Gold, die bei Kriegsende in der deutschen Botschaft lagerten. Ein von Waldheim wurde nach 1945 auch von den Alliierten auf einer Liste »als deutscher Botschaftsrat und höchstwahrscheinlich einer der Köpfe der Nazi-Organisation in Spanien« geführt Die Liste enthielt die Namen führender Nazi-Funktionäre in Spanien, deren Auslieferung nach Deutschland von den Westmächten gefordert wurde, um die Weiterexistenz effizienter Nazi-Organisationen im neutralen Ausland zu verhindern. Darüber hinaus gibt es einen Hinweis, daß von Waldheim an der Verschiebung von NS-Vermögen beteiligt gewesen sein könnte. 1948/49 forderte nämlich die Commission Mixte bei der schweizerischen Verrechnungsstelle die Freigabe von Guthaben, über die ein Herr von Waldheim in der Schweiz verfügte. Der Schieber von NS-Vermögen wäre somit als Anwalt bundesdeutscher Rückforderungsansprüche aufgetreten. Wie auch immer: Die zwei Tonnen Gold konnte dieser Herr nicht loseisen. Seinem weiteren Aufstieg im Auswärtigen Amt schadete jedoch weder die Verstrickung in die Nazi-Politik, noch das Scheitern der Gold-Mission. An ihr wird aber beispielhaft deutlich, daß die Bundesregierung nicht davor zurückschreckte, Raubgold als rechtmäßigen Besitz von den neutralen Staaten zurückzufordern.

So agierte sie auch gegenüber der Schweiz, die selbst ein offenes Ohr für deutsche Forderungen hatte. Entgegen der ursprünglichen alliierten Richtlinie, deutsche Guthaben im Ausland zu beschlagnahmen, verfocht die eidgenössische Regierung den heute noch im Hinblick auf Mafia-Guthaben und Diktatoren-Millionen berüchtigten Standpunkt, der Schutz des Eigentums sei oberstes Gebot. So gelang es der Bundesregierung, deutsche Guthaben frei zu bekommen. Die Schweiz wiederum war insofern zufrieden, als die Bundesrepublik sich verpflichtete, Nazi-Schulden gegenüber der Schweiz größtenteils auszugleichen. So gab es in diesem Geschäft auch nach 1945 nur Gewinner.

Allerdings nahmen die Gewinne ein solches Ausmaß an, daß sie angesichts der heutigen Diskussion gefährlich werden. Die Deutsche Bank mußte nämlich feststellen, daß im Zuge dieser Rückerstattung an die Täter ihrer schweizerischen Tochter »Trinitas« ein Goldguthaben von 323 Kilogramm zugesprochen worden war. Da es sich hierbei, wie sie selbst mitteilte, um Raub- oder Totengold gehandelt haben könnte, verkaufte sie diesen Posten und übergab im März dieses Jahres den Erlös von 5,6 Millionen Mark zwei jüdischen Organisationen.

Was die angemahnte Offenheit betrifft, so mögen manche vielleicht denken, das Wichtigste sei nun getan. Nicht nur in Firmenarchiven ist etliches nicht mehr auffindbar. Auch Akten der Reichsbank, von den USA dem Vorläuferinstitut der Bundesbank, der Bank Deutscher Länder, zu treuen Händen übergeben, verschwanden auf ungeklärte Weise. Hier war Albert Thoms, der uns schon bekannte Leiter der Goldabteilung bei der Reichsbank, mittlerweile stellvertretender Direktor. Wie rekonstruiert werden konnte, müssen die Materialien in den fünfziger Jahren beiseite geschafft worden sein. In dieser Zeit fanden bekanntlich auch die Reparations- und Entschädigungsverhandlungen mit den Kriegsgegnern statt, die die Nachkriegsschulden der Bundesrepublik regelten.

Wenn heute Firmenarchive zugänglich gemacht werden, so stehen sie in der Regel nicht der Forschung allgemein zur Verfügung, sondern lediglich Wissenschaftlern, die von den Unternehmen selbst bestellt werden. Über die Akten des Verbrechens verfügen damit nach wie vor die Täter; sie kontrollieren, wer sie zu welchen Zwecken sichtet.

Hier zeigt sich neben dem üblichen Leugnen und Herunterspielen der Beschuldigten ein gesellschaftliches Versagen, das die Strategie der Täter ergänzt und ihre Schonung erst ermöglicht. Denn ohne entsprechenden Willen der Gesellschaft könnte das Beweismaterial nicht in ihrem Besitz bleiben. Damit wird eine Frage aufgeworfen, die manche schon beantwortet glaubten, als sie mit Blick auf die Schweiz meinten, diese stehe nun vor einem Aufarbeitungsprozeß, der in Deutschland im wesentlichen abgeschlossen sei. Dort wird allerdings von vielen, wie Adolf Muschg in seinem Büchlein *Wenn Auschwitz in der Schweiz läge* schreibt, vor allem als belastend angesehen, daß nach Kriegsende keine grundlegende Schuldaufarbeitung stattgefunden habe. Muschg vertritt diese Position, obwohl die Schweiz im Washingtoner Abkommen 1946 Entschädigungszahlungen für ihren Goldhandel zustimmen mußte und in den 50er Jahren mit der »Aufarbeitung« ihrer Flüchtlingspolitik begann. So gesehen, hat Vergleichbares in Deutschland nicht einmal begonnen.

Konkret 08/98, S. 30

Kurt Pätzold

Proarabisch, antisraelisch

Eine Studie erhellt die Grundlagen der problematischen Beziehungen der DDR zu Israel

Den untergegangenen DDR-Staat konnte kein schlimmeres Verdikt treffen als das, er sei so etwas wie das zweite deutsche Auschwitz gewesen. Einfach ließ sich solcher Nachruf nicht begründen. Dennoch zielten manche »Grabreden« exakt dahin. Ein Schlaukopf kam auf die Wendung vom »Auschwitz der Seelen«. Sonderliche Glaubwürdigkeit hat dieses Bild nicht erlangt. Doch blieb das Anliegen, das implodierte Staatswesen im Kein für antisemitisch zu erklären und damit den Schlußstein für das frisch aufgeputzte Gebäude der Totalitarimusdoktrin zu setzen, lebendig.

Geht es um die Geschichte der DDR, dann sind nach wie vor »mediengerechte Kürzel«, »politische Pauschalurteile« und die »Verkehrung alter Bilder in ihr bloßes Gegenteil« en vogue. Angelika Timm, einst selbst Bürgerin der DDR und dort Spezialistin für »Israelwissenschaft«, wußte, worauf sie sich mit dem Projekt einließ, die Beziehungen zwischen der DDR und Israel zu erforschen, darüber eine Monographie vorzulegen, und dies von der nahezu zeitgleichen Gründung der beiden Staatswesen an bis in das Jahr 1990. Zumal sie nicht beabsichtigte, eine bloße Diplomatiegeschichte im traditionellen Sinne zu schreiben. Die hätte, angesichts eines Verhältnisses, das sie im herkömmlichen Verständnis auch als »Nichtbeziehung« bezeichnen konnte, sehr kurz sein können. Keine der wechselnden Regierungen in den beiden im Wesen konstanten Regimen besaß je ein Interesse daran, die gegenseitige Einrichtung diplomatischer Missionen anzustreben. Als im 41. Jahr der DDR-Existenz Verhandlungen in diese Richtung zielten, befand sich der ostdeutsche Staat im Zustand der Agonie, und seine Tage waren bereits gezählt. Die Autorin hat an den folgenlosen Gesprächen, die in Kopenhagen stattfanden, als Dolmetscherin teilgenommen.

Ihr Buch *Hammer Zirkel, Davidstern* greift weit aus. Die Betrachtung beginnt mit dem Verhältnis von Marx, Engels und Lenin zu Judentum und Zionismus und fragt, welche Vorstellungen sie von der »Befreiung« der Juden, dem Ende des Antisemitismus sowie der Rolle des Zionismus in den Kämpfen ihrer Zeit besaßen. Damit schafft die Autorin sich und ihren Lesern ein Fundament, von dem aus verstanden werden kann, wie es um das ideologische Gepäck derjenigen aussah, die als Parteifunktionäre in der Arbeiterbewegung gewirkt hatten und im Osten Deutschlands an die Spitze des Staates gelangten. Von hier aus vermochten sie (nicht aus freien Stücken und zum wenigsten unter selbstgeschaffenen Bedingungen) die Weichen der Beziehungen zu jenem Staat zu stellen, der nicht nur, aber in den Koordinaten seiner Entstehung im wesentlichen eine Antwort auf Auschwitz war. Timm konstatiert und wiederholt mehrfach, daß die Regierenden im DDR-Staat für diesen politisch-moralischen Zusammenhang ein teilweise oder auch gänzlich unsensibles Verhältnis besaßen. Sie schildert, wie und wie bald in deren politischem Urteil und in der Staatsagitation aus Israel nichts anderes wurde als die »Speerspitze des Imperialismus«, des amerikanischen zumal. Den Bürgern der DDR sei der »Antizionismus« verordnet worden, den die Autorin aber nicht als einen getarnten Antisemitismus der Staatsführung qualifiziert, wenn sie sich auch bewußt ist, daß die alle israelische Politik verteufelnde Doktrin Antisemiten recht kommen und in deren Denkweise und Argumentation eingepaßt werden konnte.

So wenig Timm davon absieht, daß in die Entscheidungen der Männer an der DDR-Spitze sich richtige und falsche Vorstellungen über Israel und ebenso solche über die arabischen Staaten mischten, so wenig ist sie bereit, deren Politik auf den Irrtum zu reduzieren. An der Humboldt-Universität, wo sie im Jahre 1976 ihre Dissertation zu dem Thema *Nationalismus und Sozialreformismus in den jüdischen Arbeiterorganisationen Europas und Palästinas bis 1930* verteidigte, hat sie gelernt und später gelehrt, daß sich jede Geschichtsanalyse blamiert, die von den realen Interessen der Handelnden absieht. So deckt sie Bedingungen und Antriebe für die (sich zunehmend versteifende) Haltung auf, welche die DDR-Führer, in Orientierung auf die sowjetische Diplomatie, zu Israel schon zwei Jahre nach dessen Gründung einzunehmen begannen. Diese Haltung wurde schließlich ganz dem Kampf gegen die Doktrin Hallsteins untergeordnet, die mit verbalen und dann verwirklichten Drohungen den Alleinvertretungsanspruch der BRD durchsetzte und über Jahre zementierte. Daß sich unter den arabischen Staaten des nahen Ostens Chancen ergaben, diese Barriere zu durchbrechen, was gegen Ende der sechziger Jahre auch gelang, schob die Außenpolitik der DDR auf ein proarabisches und antiisraelisches Gleis. Daß es dabei nicht nur und nicht in erster Linie um das Staatsprestige ging, hätte ein denkbarer Exkurs über die materiellen Nachteile verdeutlichen können, die für den Außenhandel und damit für die wirtschaftliche Lage der DDR aus der erpresserischen Durchsetzung besagter Doktrin erwuchsen.

Wodurch sich das Buch Timms aber vor allem auszeichnet, ist die permanente Verbindung der Erörterung außenpolitischer Fragen mit innenpolitischen Situationen und Interessen, wobei deren Wechselwirkungen ins Bild kommen. Das ließ sich für die DDR aufgrund des zugänglichen dokumentarischen Materials überzeugend nachweisen. Immer wieder - d. h. auch: Wiederholungen nicht scheuend - erörtert die Autorin, wie sich das Interesse der DDR-Spitze geltend machte, sich vor der eigenen Bevölkerung als den auch moralisch besseren deutschen Staat darzustellen, der Krieg strikt ablehnt, antiimperialistische Solidarität übt, Naziverbrecher verfolgt und verurteilt. Das letzte wird eindrucksvoll am Beispiel der außenpolitischen und agitatorischen Initiativen der ostdeutschen Politiker während des Jerusalemer Eichmann-Prozesses

veranschaulicht. Hier ist womöglich eine Lücke im umfangreichen Wissen Timms aus Aktenbeständen der DDR, der BRD, Israels und der USA erkennbar. Denn inzwischen ist an den zugänglichen westdeutschen Archivalien ablesbar, welche Befürchtungen der herannahende Prozeß in Bonn und namentlich in dessen Auswärtigen Amt auslöste, wie sich die Diplomaten des AA buchstäblich in die Startlöcher begaben, um »schlimme« Rückwirkungen für die eigene Politik zu bekämpfen. (Der teuerste Posten in der später gerügten Kostenrechnung der Beobachterdelegation, welche die Regierung aus Bonn nach Jerusalem entsandte, betraf die als unentbehrlich erachtete telefonische Standleitung.)

Nicht nur wer künftig sich ein Urteil über die Israelpolitik der DDR wird bilden wollen, sondern auch wer sich über die Beziehungen des Staates zu den kleinen jüdischen Gemeinden in seinen Grenzen ins Bild setzen will, wird zu diesem Buch greifen müssen. Das lassen allein die 68 - aus den Jahren zwischen 1947 und 1990 stammenden - archivalischen Dokumente geraten sein, die ca. 140 Druckseiten des Bandes füllen. Dessen Bedeutung reicht über seinen Gegenstand hinaus. So kann, wenn nur die gesicherten Regeln historischen Forschens respektiert werden, auch über die Geschichte der DDR geschrieben werden. Da wird niemandes Hosianna gesungen, aber auch nicht nach dem Kreuz und den Knechten mit den Hämmern, Nägeln und Stricken gerufen.

Angelika *Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel.* Bouvier Verlag, Bonn 1997, 640 Seiten, 68 Mark

Konkret 08/98, S. 32

Jürgen Elsässer

»Denen geht es nur ums Geld.

Dolgenbrodt, Teltow-Seehof, Schulzendorf: Wenn Arisierungsopfer ihr Eigentum zurückfordern, wird die PDS zur Partei der deutschen Hausund Grundbesitzer

»Ganz bestimmt gibt es auch bei uns Antisemiten. Aber bei unserem Anliegen spielt Politik keine Rolle. Und ginge es um Politik, so müßte ich als Kommunistin sagen: Die Saberskys waren Schmarotzer, weil sie Grund und Boden zu Spottpreisen aufkauften und später teuer weiterveräußerten«, ereifert sich Traudel Herrmann. Die streitbare PDS-Genossin ist Sprecherin einer Bürgerinitiative in Teltow-Seehof, einem Dorf südwestlich von Berlin. In ihr haben sich ungefähr 150 einheimische Haus- und Grundbesitzer zusammengeschlossen, um die Vermögensansprüche der Erbengemeinschaft Sabersky abzuwehren. Es handelt sich um das größte Restitutionsverfahren, das jüdische Alteigentümer in den neuen Bundesländern angestrengt haben - verhandelt wird über 850 von insgesamt 1.000 Grundstücken in der Gemeinde, eine Gesamtfläche von 82 Hektar.

»Von denen ist keiner ins KZ gekommen, und verkaufen wollten die ihre Grundstücke schon, bevor Hitler an die Macht kam«, meint Frau Herrmann. Daß fast alle Transaktionen erst nach 1933, viele sogar erst nach den Pogromen im November 1938 zum Abschluß gebracht wurden, kümmert die heutigen Besitzer wenig. Akribisch hat die Bürgerinitiative recherchiert und will erfahren haben, daß die Saberskys bei ihrer Flucht aus Nazi-Deutschland 66 Koffer dabei hatten und daß die Verkaufspreise dem entsprachen, was in vergleichbaren Lagen erzielt werden konnte. Frau Herrmann thematisiert nicht, daß die Nazis das »Reichserbhofgesetz« verabschiedet und damit den Saberskys, die als Landwirte tätig waren, schon 1933 die Existenzgrundlage entzogen hatten. Ein Mittelsmann namens Gloatz habe den Saberskys auch nach ihrer Flucht die Kauferlöse eingesammelt, beruhigt Frau Herrmann. Auch sie weiß freilich, daß dieser Gloatz, ein hoher Nazi-Funktionär und Bekannter von Heinrich Himmler, die Notlage der Verjagten ausnutzte: Er strich nicht nur eine unverschämt hohe Provision ein, sondern steckte auch den ganzen Rest der Kaufsumme in die eigene Tasche. »Jedenfalls haben die Seehofer ordnungsgemäß bezahlt - daß die Saberskys das Geld nicht bekommen haben, kann nicht uns angelastet werden«, beharrt Frau Herrmann.

Einen von der Erbengemeinschaft angebotenen Vergleich - die jetzigen Eigentümer behalten die Häuser, bezahlen aber eine Art Wiedergutmachung in Höhe von 5 Mark pro Quadratmeter - bei einem derzeitigen Verkehrswert von 360 Mark pro Quadratmeter eher ein symbolischer Betrag -, lehnt sie empört ab: »Denen geht es nur ums Geld. Uns aber geht es ums Prinzip: Was Recht ist, muß Recht bleiben.« Damit meint Frau Herrmann, daß die Seehofer ihre Häuser zu DDR-Zeiten ordnungsgemäß erworben haben - sie selbst bezahlte 1976 einen Preis von 50.000 Mark.

Im 50 Kilometer entfernten Schulzendorf stellt sich dasselbe Problem. »Wir können stolz sein darauf, daß die Gemeindeverwaltung antisemitische Exzesse im Ort verhindern konnte«, meint Bürgermeister Herbert Burmeister. Burmeister, von der kampfbereiten Einwohnerschaft mit der absoluten Mehrheit von 53,9 Prozent gewählt, gehört wie Frau Herrmann der PDS an. Anlaß für die Empörung der Dörfler war und ist, daß die Überlebenden und Erben der Familie Israel ihren arisierten Besitz zurückhaben wollen - 3.764 von insgesamt etwa 5.500 Flurstücken in Schulzendorf. Als die Anwälte der Israels 1991 im Dorf vorstellig wurden, herrschte »helle Aufregung«, wie sich Burmeister erinnert. »Wenn sich von denen einer auf meinem Grundstück blicken läßt, kommt er nicht mehr lebend runter!« soll damals, so Burmeister im Rückblick, manch einer gesagt haben, »Besatzermentalität« wurde den ungebetenen Besuchern unterstellt.

Antisemitismus gibt es in Schulzendorf, wie überall, ganz ohne Juden, der Ort ist seit 1943 judenfrei - seit dem Tag, an dem Richard Israel und seine Frau Bianca in das KZ Theresienstadt deportiert wurden. Israel hatte bis zuletzt geglaubt, daß die Nazis ihn nicht anrühren würden, jedenfalls hatte er dies einem jungen Mitglied der jüdisch-kommunistischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum noch kurz vorher gestanden, schließlich war er im Ersten Weltkrieg Adjutant von Hindenburg gewesen. Einen Tag nach der Ankunft in Theresienstadt starb Israel, wahrscheinlich durch eine Todesspritze.

Die kleine Gemeinde mit heute etwa 6.000 Einwohnern ist ohne das Wirken der jüdischen Familie undenkbar. Der Vater des Ermordeten, Moritz Israel, war 1886 von Berlin zugezogen, hatte dort mehr als die Hälfte des gesamten Grundes samt einem Rittergut erworben, für die Elektrifizierung gesorgt und sich um den Ausbau des Schulwesens gekümmert. Der Hauptzweig der Familie betrieb ein berühmtes Kaufhaus in Berlin mit über tausend Ein- und Verkäufern. Im August 1938 widmete Julius Streicher im NS-Propagandaorgan »Der Stürmer« den Israels eine ganze Seite: »Der Entwicklungsgang dieses Unternehmens ist ein typisch jüdischer. Im Jahre 1815 begann Jud Nathan Israel mit einem kleinen Trödelladen in Berlin. In echt jüdischer Weise wurden den Kunden die Ramschwaren zu teuren Preisen aufgeschmust«, hieß es in dem Hetzblatt. Ein paar Wochen später wird das Warenhaus in der Reichskristallnacht verwüstet, danach zu einem Bruchteil seines Wertes arisiert. Nicht anders geschah es mit dem Rittergut in Schulzendorf.

Restituiert wurden mittlerweile einige Gemeindegrundstücke, doch noch immer sind die Besitzverhältnisse von 2.500 Privatparzellen ungeklärt. Die Erbengemeinschaft Israel hat angeboten, ihre Anträge zurückzuziehen, wenn ein Kaufvertrag

aus der Zeit vor 1933 nachgewiesen werden kann. »Das ist schwierig, die Dokumente sind oft nicht mehr vorhanden«, klagt der Bürgermeister.

Schulzendorf und Teltow-Seehof sind keine Einzelfälle: Allein im Ostteil Berlins sind 59.894 »Gesamtantragsvorgänge Verfolgtenvermögen« beim zuständigen »Amt für offene Vermögensfragen« registriert, mehr als die Hälfte betreffen Immobilien, davon ist die Mehrzahl noch nicht entschieden. In ganz Ostdeutschland hat allein die Jewish Claims Conference in 64.560 Fällen Anspruch auf Haus- und Grundstückseigentum erhoben. Hinzu kommen die Klagen privater Alteigentümer - die genaue Zahl läßt sich nicht ermitteln, da die Ämter in den Neuen Bundesländern keine Statistiken führen, die die Ansprüche jüdischer Alteigentümer gesondert ausweisen.

Für die Brandenburger PDS ist die Sache jedenfalls so wichtig, daß sie mit Stefan Ludwig eigens einen ihrer Landtagsabgeordneten als Vertreter der Haus- und Grundbesitzerinteressen über die Dörfer ziehen läßt. Ludwig versichert, daß er die Einwohner Teltow-Seehofs »voll verstehen« kann. Im übrigen sind ihm die Rückübertragungsforderungen jüdischer Vorbesitzer suspekt, denn »zum Teil wird die jüdische Herkunft auch nur behauptet«. Als Beispiel führt Ludwig den Fall Dolgenbrodt an; dort habe der Anwalt des früheren Grundbesitzers »ursprünglich entdeckt«, daß »dessen Mutter wohl zur Hälfte Jüdin war«. Eine Rückfrage bei besagtem Anwalt ergab hingegen, daß der Antragsteller Eberhard Specht selbst von den Nazis als Halbjude in ein Lager gesteckt und sein Vater erschossen worden war und daß dies von Anfang an eine zentrale Rolle im Verfahren spielte.

Den Landtagsabgeordneten ficht das vermutlich nicht an, denn er hat ohnedies eingeräumt, daß er von »dem Arisierungskram« nicht so viel versteht. Sein Hauptanliegen ist, die »Rechtmäßigkeit« der heutigen Besitzverhältnisse zu beweisen. Daß die Dolgenbrodter den von den Nazis beschlagnahmten Grundbesitz im Rahmen der Modrow-Gesetze zu Pfennigpreisen erwerben konnten und den vor den Nazis geflüchteten Alteigentümer nicht einmal entschädigen wollen, hält er für »absolut in Ordnung«. Nicht in Ordnung ist für ihn, daß die Presse die Dolgenbrodter schlecht macht. »Das alles muß man differenzierter sehen«, meint Ludwig in Anspielung auf die mittlerweile gerichtlich festgestellte Tatsache, daß 1992 mindestens ein Teil der örtlichen Grundstückseigentümer Skinheads zum Abfackeln eines bezugsfertigen Asylbewerberheimes angeheuert hatte.

Ganz ähnlich sieht es das einstige Zentralorgan »Neues Deutschland«. Als im Juni 1998 der Prozeß gegen die mutmaßlichen Drahtzieher der Brandstiftung eröffnet wurde, stellte sich das »ND« vor den Angeklagten Hans-Jürgen Sch.: »Ohnehin bestreitet er entschieden jegliche Tatbeteiligung, gilt im Dorf als >Linker<, engagierte sich nach der Wende beim Neuen Forum.

Mit seinem Stiefsohn Marco, der sich damals von der Neonazi-Szene in Königs Wusterhausen angezogen fühlte und auch seines Äußeren wegen als >Dorfrechter< galt, setzte er sich auseinander. ... Nachdem er Anfang 1997 wie die anderen angeklagten Dolgenbrodter wegen angeblicher >Verdunkelungsgefahr< in Untersuchungshaft genommen worden war, fand er keine Arbeit mehr.« Die Überschrift des Artikels macht deutlich, worin für das PDS-nahe Blatt der Skandal besteht: »Folge der >Beugehaft<: dauerarbeitslos«. Wenigstens ließ sich das Landgericht Frankfurt/Oder von der Jammerei, Wessi-Justiz stürze arme Ossis willkürlich in soziale Not, nicht beeindrucken: Am 3. Juli 98 wurde Hans-Jürgen Sch. samt Stiefsohn Marco der Beteiligung an dem Anschlag bzw. der Beihilfe für schuldig befunden.

Wenn man die PDS-Vertreter darauf anspricht, daß die PDS ihrem Selbstverständnis nach eine antifaschistische Partei sei und eigentlich über die Forderungen der Opfer der NS-Arisierungspolitiuk nicht so lässig hinweggehen könne, trifft man auf Unverständnis. »Sind Sie selbst Jude?« fragte Frau Herrmann überrascht zurück, und der Landtagsabgeordnete Ludwig verweist darauf, daß sich die Juden bei Reparationen gefälligst an den »BRD-Staat« und seine Organe und nicht an die ehemaligen Bürger der DDR halten sollten.

Dem Bürgermeister von Schulzendorf ist immerhin bewußt, daß es auch im Arbeiter- und Bauernstaat Judenfeindschaft gab. »Antisemitismus war latent immer vorhanden. Auch deswegen, weil der Faschismus auf Antikommunismus reduziert und die Judenvernichtung in der DDR kaum thematisiert wurde. Bei uns wurden Straßen nach den Opfern des Faschismus benannt -ausgerechnet der Schulzendorfer Richard Israel war nicht darunter«, bedauert Burmeister. Auch er selbst hat daran allerdings nichts geändert: Obwohl er im privaten Gespräch über die Geschichte und »die soziale Ader« der Israels gut Bescheid weiß, gibt es nach wie vor kein Museum, keinen Gedenkstein, nicht einmal eine Informationstafel im Ort. »Richtigen Aufschwung erlebte Schulzendorf erst vor etwa hundert Jahren«, schreibt der Bürgermeister in einer Werbebroschüre der Gemeinde, ohne zu erwähnen, wem der damalige Aufschwung zu verdanken war und wie es dem Förderer nach 1933 ergangen ist. »Wieso sollen wir ein Denkmal für die Saberskys aufstellen? Das müssen die Betroffenen schon selber veranlassen, so wie wir es für unsere Toten gemacht haben«, meint auch Frau Herrmann. Selten sind die Abgründe des SED-Antifaschismus mit einem einzigen Satz so offengelegt worden.

Konkret 08/98, S. 34

Peter Kratz

Wege zum Glücklichsein

Die Sekten-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages dokumentiert in ihrem Abschlußbericht das neue totalitäre Weltbild einer ganz großen Koalition

Zeitweise bestimmte in den letzten zwei Jahren die kleine Enquete-Kommission »Sogenannte Sekten und Psychogruppen« des Bundestages die internationale Debatte um das Demokratieverständnis der Deutschen, denn sie war neben dem langjährigen Funktionär rechtsradikaler Sekten Ralf Bernd Abel überwiegend mit erzkonservativen Berufs-Christen besetzt (vgl. KONKRET 12/96) und tagte zumeist unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Ihre Aufgabe, durch Bundestagsbeschluß bestimmt, war in der Welt der westlichen Demokratien einzigartig: auszukundschaften, wie Religion und Weltanschauung staatlich reglementiert werden könnten. Das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundestags sah sich nach mehr als einem Jahr mißtrauisch beäugter Kommissionsarbeit sogar veranlaßt, eigens ein Faltblatt herauszubringen, um die Gemüter zu beruhigen - das gab es bei keiner anderen Enquete-Kommission.

Jetzt hat das Gremium mit einem »Endbericht« öffentlich gesprochen: Das Grundrecht der Religionsfreiheit, mit dem bürgerliche Revolutionäre die aufständischen Massen von der Forderung nach sozialer Gleichheit ablenkten, bleibt unangetastet, Artikel 4, Absatz 1 des Grundgesetzes wird nicht geändert. Damit ist die »Sektenpolitik« der Sozialdemokraten, die als erste nach dieser Kommission verlangt hatten und sie im Bundestag durchsetzten, gescheitert. Denn das erklärte Ziel der »sektenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion« (so ihre offizielle Bezeichnung) Renate Rennebach war es, nach der Einschränkung der Grundrechte der Kriegsdienstverweigerung, des Brief- und Telefongeheimnisses, der Berufsfreiheit und der Freizügigkeit (Notstandsgesetze), des Asyls, der Unverletzlichkeit der Wohnung (Lauschangriff) nun auch das zu regeln und »unter Gesetzesvorbehalt« zu stellen, was bisher noch frei war: die Gedanken. »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet«, heißt es bisher im Grundgesetz. Hinzugesetzt werden sollte, wie schon bei der Kriegsdienstverweigerung, der Satz: »Das Nähere regelt ein Bundesgesetz« - und zwar mit einfacher Mehrheit.

Rennebach wollte diese Verfassungsänderung ausdrücklich deshalb, »damit nicht jeder sagen kann, er sei Jesus« -in der Tat ein einleuchtender Grund, den sie der »Berliner Zeitung« im August 1996 verriet. Im Januar 1998 erklärte sie der Wochenzeitung »Freitag«, ein Gesetz müsse her zur Regelung auch des »persönlichen Bereichs« des Menschen, der »Wege zum Glücklichsein oder was weiß ich, wie sich das nennt«. Wie das Heilpraktikergesetz der Nazis der medizinischen Volksgesundheitspflege einen rechtlichen Rahmen gab - er besteht bis heute -, so sollte nun die Herrichtung des Volksbewußtseins »nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen« bleiben, wie es der »Beauftragte für Sekten- und Weltanschauungsfragen« der evangelischen Rheinischen Landeskirche, Joachim Keden, unlängst ausdrückte.

Der Bericht der Enquete-Kommission, Bundestagsdrucksache 13/10950, 602 Seiten dick, gibt auf den ersten Blick Entwarnung. Die ist wohl vor allem an die Westalliierten des Zweiten Weltkriegs gerichtet, die doch den Deutschen nach dem 8. Mai 1945 erst wieder demokratische Grundsätze hatten beibringen müssen und jetzt ihr Unverständnis der deutschen Sekten-Debatte nicht verhehlten. Vielfach betont die Kommission nun - sehr abstrakt -die religiös-weltanschauliche Freiheit des Individuums und die staatliche Neutralität, doch der Bericht ist ambivalent. Liest man ihn genau, so sieht man: Er öffnet Möglichkeiten für eine umfassende Gesinnungs- und Verhaltensüberwachung. Das ist etwas völlig Neues in einem offiziellen Dokument des Deutschen Bundestages, das eine Mehrheit aus CDU/CSU, SPD und FDP zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Gleich zu Beginn macht die Kornmission ihre totalitäre Gesellschaftsauffassung deutlich: Sie ist der Ansicht, jede Art gesellschaftlicher Konflikte sei generell negativ zu werten und auf jeden Fall zu vermeiden. Der gesamte Bericht steht unter der Prämisse der Konfliktvermeidung, die durch staatliche Beobachtung möglicher »Konfliktfelder« und notfalls durch gesetzliches Eingreifen über Verbote und Bestrafungen durchgesetzt werden soll. »Konfliktträchtig« und damit Objekt staatlichen Handelns seien »dissidente Weltanschauungen« und »deviante Lebensformen«. Die Definition bleibt allgemein, und das macht sie so gefährlich: »Gemeint sind damit von den sozial-kulturell allgemein akzeptierten oder zumindest tolerierten Lebensanschauungen und Wertüberzeugungen deutlich abweichende Überzeugungen und eine von allgemein praktizierten oder zumindest tolerierten Lebensformen signifikant abweichende Lebenspraxis.«

Ziel der Kommission ist das angepaßte Individuum in der formierten Gesellschaft, ohne daß der Bericht jedoch die Norm ethisch definiert hätte. Er hat schlicht die Abweichung »von der Umwelt« im Auge, was immer das sein soll, und nennt als Gegenpol die »gelungene Integration und Anpassung einer Gruppe«. Ein derart eindeutiges Bekenntnis zur Konformität als Gesellschaftsziel hat es in einem Bundestagsdokument bisher nicht gegeben, und man kann bezweifeln, ob es eine Mehrheit fände, wenn es eine Debatte über die Details des Berichts gäbe. Das Dokument paßt aber in die Zeit, in der Teile der Herrschenden die Homogenisierung des Volkes fordern und betreiben, z. B. über das Ausländerrecht.

Erschreckend ist auch die Aufzählung der »Konfliktfelder«, in denen der Bericht gegebenenfalls staatlich reglementierendes Handeln für nötig hält: »der Umgang der Gruppe mit Sexualität, das Verständnis von Ehe und Familie, Fragen der Kindererziehung, Einstellungen zu Wirtschaft und Politik«, und schließlich am Satzende: »und anderes«, also praktisch alles.

In einem Sondervotum machen sieben SPD-Mitglieder der Kommission - darunter neben MdB Rennebach (Berlin) auch die »Sachverständigen« Hansjörg Hemminger (Evangelische Kirche Württemberg), Bernd Steinmetz (Richter am Landgericht Hamburg) und Hartmut Zinser (Religionswissenschaftler der Freien Universität Berlin) - die Norm klar, von der nicht abgewichen werden soll: Der »Widerspruch« der Dissidenten zu »den vornehmlich christlich geprägten Werten und Normen in unserem Land ... muß in der politischen Diskussion zukünftig einen höheren Stellenwert erhalten. Sonst sind eine weitere Ausbreitung der konfliktträchtigen Gruppen im Bereich neuer religiöser und ideologischer Gemeinschaften und Psychogruppen zu befürchten und in der Folge weitere gesamtgesellschaftliche Probleme.« Nur nebenbei sei bemerkt, daß die ca. 3,6 Millionen Moslems, die in Deutschland leben, keine Vertreter in der Kommission hatten; ob sie fortschrittlicher gewesen wären, ist eine andere Frage. Auch nur nebenbei: Die Kommission berief zwölf - nein, nicht Apostel, sondern - »Sachverständige«, darunter nur eine einzige Frau. Jedenfalls ist das Weltbild jetzt klar.

Die Einführung des Ideologie-Begriffs in die Sekten-Debatte ist gemeinsam mit der Einführung des Dissidenten-Begriffs ein großer Schritt, den die Kommission auf dem Weg zum Großen Bruder gemacht hat. Denn nicht nur die SPD nennt in diesem Sondervotum »ideologische Gemeinschaften« als mögliches Objekt staatlicher Beobachtung und Intervention. Die ganze Kommission bekennt nun, sie hätte lieber »neue religiöse und ideologische Gemeinschaften und Psychogruppen« geheißen und wolle in Zukunft nur noch von diesen sprechen, statt von »Sekten«. Dissidente Ideologie soll in Zukunft das Thema der Debatte sein, und damit ist man mitten im politischen Bereich, denn der Begriff der Ideologie ist ein politischer. Die Kommission, die scheinbar gegen »Sekten« antrat, hat - zumindest auch - politische Bewegungen im Visier.

Damit nicht genug. En passant definiert der Bericht »dissident« und »deviant« als »defizitär«, als minderwertig. So etwas kommt in der heutigen Zeit selbstverständlich verklausuliert daher: »Eine gewisse Konfliktträchtigkeit« gegenüber dem Rest der Gesellschaft sei dann tolerabel, wenn sie im Rahmen der etablierten christlichen Großreligionen auftrete, denn diese hätten »auch eine kritische Aufgabe gegenüber der Gesellschaft und dem Staat«. Das gelte auch für »traditional religiöse Lebensformen«, die durch »verstärkte Abschließungen oder sogar Abwehr von Modernisierung« gegenüber dem gesellschaftlichen Mainstream »dissidieren«. Gemeint sind wohl klassische Klöster, Mönchstum und dergleichen, die von denjenigen zwecks Bewältigung der »Modernisierungslasten« gewählt würden, die sich von der modernen Gesellschaft überfordert fühlten. »Deshalb können Destabilisierungen und Entrationalisierungen auch dazu führen, daß Menschen entgegen den Forderungen und Lasten, selbstverantwortlich, offen, mobil und reflexiv zu sein, neue Einbindungen und Sicherheiten im Sinne einer >religiös-ontologischen Beheimatung< suchen. Diese Bewältigungsversuche dürfen keineswegs nur eindimensional als - gegenüber den modernen Prinzipien ->defizitäre Lebensformem interpretiert und die Träger als >gefährliche Sekten< bezeichnet werden.« Geschieht dies jedoch außerhalb der christlichen Großreligionen, wird es unter Umständen doch »gefährlich« und Gegenstand staatlicher Aufsicht und Eingriffe.

Bemerkenswert ist hier u. a. das implizite Eingeständnis, Religion als Mittel zur Bewältigung der Krisen gesellschaftlicher Entwicklungen benutzen zu wollen -selbstverständlich zuerst mit Hilfe der etablierten Großreligionen, die dem Machtanspruch der Herrschenden noch nie wirklich gefährlich wurden. Die Modernisierungsverlierer sollen beten, wenn sie schon nicht mehr arbeiten können, »Modernisierungslasten« sollen individuell durch »religiös-ontologische Beheimatung« getragen werden. Die Kommission hat erkannt, daß hierzu auch ein Teil der nicht-christlichen, »neuen« religiösen Bewegungen nützlich sein kann; mit Ralf Bernd Abel - lange Zeit Top-Funktionär der NS-Sympathien verdächtigen »Deutschen Unitarier« - hatte sie einen »Sachverständigen« berufen, der Religion gleich mit Nation zu verbinden versteht. Die Vorsitzende MdB Ortrun Schätzle (CDU) hebt im Vorwort des Berichts den für sie positiven Effekt hervor, daß »eine Reihe von Bedürfnissen, Wünschen oder Lebensproblemen« auch »in diesen Gemeinschaften erfüllt und befriedigt werden sollen« - dann gehen die Menschen wenigstens nicht auf die Straße, um Rabatz zu machen.

Für die Kommission sind nicht so sehr die gesellschaftlichen Entwicklungen der Grund für »Konflikte« als vielmehr die Existenz dissidenter Ideologien. Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Verteilung der Ressourcen kommen als Analysekategorien nicht vor, entsprechend ist das Heilmittel: Gegenpropaganda statt Gesellschaftsveränderung. In Zeiten der sozialen Unsicherheit will man abweichende Meinungen zurückdrängen. »Nachsozialisation« der dissidenten Individuen heißt es im Bericht, als hätte Orwell tatsächlich die Feder geführt; Lenkung durch staatliche »Beratung« und durch »Hilfestellung« staatstragender Organisationen, vor allem der Kirchen. Ein Informationsblatt der rheinland-pfälzischen Kultusministerin Rose Götte (SPD) zur »sogenannten alternativen Lebensbewältigungshilfe« empfahl schon vor einiger Zeit die Sektenbeauftragten der Kirchen als Ansprechpartner, nannte ihre Namen und die Telefonnummern der kirchlichen Beratungsstellen - ein Bruch der Verfassung, die den Staat zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet.

Was aber tun, wenn Gegenpropaganda nicht mehr reicht, weil die gesellschaftlichen Folgen kapitalistischer Globalstrategien nun einmal nicht weggebetet werden können? Es bleibt nicht bei der individuellen »Nachsozialisation«.

Die heiße Diskussion über eine Bund-Länder-finanzierte Stiftung öffentlichen Rechts gegen Sekten, »die übergeordnet Rechtshilfe und finanzielle Unterstützung für die Beratungsstellen selber sowie für Aussteiger und sonstige Betroffene leisten soll« und der auch die Grünen zustimmen, verdeckt die bedeutsamste der »Handlungsempfehlungen« der Kornmission: die Einrichtung einer Art Bundesweltanschauungsbehörde, versteckt beim Bundesverwaltungsamt, »als Informations- und Dokumentationsstelle unter der Bezeichnung >neue religiöse und ideologische Gemeinschaften und Psychogruppen<«. Hier sollen Informationen über »dissidente Weltanschauungen« und »deviante Lebensformen« zentral gesammelt werden, aus diesem Infopool sollen »Informationen« weitergegeben werden an die »Dienststellen des Bundes und der Länder sowie alle Auskunfts- und Beratungsstellen von Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts oder von (privatrechtlichen) Stellen, die sich die Fürsorge für Betroffene von >neuen religiösen und ideologischen Gemeinschaften und Psychogruppen< zur Aufgabe gemacht haben« - von hier aus will man »Aufklärung der Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit ... durch Informationsschriften und anderes« betreiben.

Eine Institution wie diese Bundesweltanschauungsbehörde gibt es im Rest der westlichen Welt nicht. Das gilt auch für diese »Handlungsempfehlungen« der Kommission: Die »Einführung einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit für juristische Personen und Personenvereinigungen« - eine kleine Revolution im Strafrecht, das nur individuelles Verschulden und Verantworten kennt -zielt auf das Verbot ganzer Organisationen, wenn auch nur ein einziges Mitglied straffällig wird und man ihm unterstellt, es sei straffällig geworden aufgrund der Ideologie der Organisation oder auch nur in ihrem »Interesse«, wie es im Bericht heißt. Die Beweisnot der Staatsanwaltschaften, die beim Paragraphen 129 Strafgesetzbuch (Bildung krimineller Vereinigungen) oft eine Verurteilung erschwert, wäre umgangen.

Es gibt einen aufgeklärten Umgang mit dem Sektenproblem, und man hätte sich gewünscht, daß zumindest die PDS daran gedacht hätte. Doch die benannte als den ihr zustehenden »Sachverständigen« für die Kommission auch nur einen weiteren »Beauftragten für Weltanschauungsfragen« der evangelischen Kirche, der den Endbericht kritiklos mitträgt, und verlor ansonsten jegliches Interesse an der Arbeit der Kommission. Die Bedeutung des Berichts für den weiteren Ausbau des Überwachungsstaates, für die inhaltliche Ausfüllung des technischen Großen Lauschangriffs, hat auch in der PDS noch niemand bemerkt.

Konkret 08/98, S. 36

gruppe demontage

Befreiung in Zeiten des Postfordismus I

Viele halten das Multilaterale Investitionsschutzabkommen (MAI) für eine neue Gemeinheit des Kapitals. Es ist aber nur die Fortschreibung des fünfzig Jahre alten General Agreement an Tarifs und Trade (Gott) unter den Bedingungen des Postfordismus. Teil 1 einer 5-teiligen Serie über nationale Befreiungsbewegungen in der One World

Vom Fordismus zum Postfordismus

Anfang der 20er Jahre setzte sich nicht nur in den kapitalistischen Zentren, sondern auch in der Peripherie der Fordismus als hegemonialer Vergesellschaftungstyp durch. Die fordistische Produktion basierte auf einer technokratischen Arbeitsorganisation, dem nach Frederick Taylor benannten Taylorismus, der den Arbeitsprozeß in seine Einzelteile zerlegt, um ihn genauer analysieren und so rationell wie möglich gestalten zu können. Im Rahmen dieser Intensivierung der Arbeit wurde die Fließbandproduktion von Massengütern entwickelt, die Arbeitsteilung innerhalb der Fabrik ausgedehnt und das Produktionswissen von den Facharbeitern auf Techniker und Ingenieure übertragen. Die Kontrolle der Lohnarbeiter wurde sowohl durch die Organisation des Arbeitsprozesses, z. B. den hohen Arbeitstakt der Fließbandproduktion, als auch durch ein quasi-militärisches Aufsichtssystem durchgesetzt. Die enorm ansteigende Produktivität begründete eine weltweite Vormachtstellung fordistischer Gesellschaftsformationen.

Mitte der siebziger Jahre geriet dieses System in die Krise. Die übermäßige Ausdehnung der Administration der kapitalistischen Unternehmen und passiver Widerstand der Lohnarbeitenden gegen den monotonen und intensiven Arbeitsprozeß senkten die Produktivität, der nach tayloristischen Prinzipien zentral organisierte Maschinenaufbau verhinderte eine kontinuierliche Verbesserung des Produktionsablaufes, die starre, fließbandgebundene Massenproduktion erschwerte die Anpassung an die Nachfrageschwankungen des Massenkonsums.

Seit den 80er Jahren wird deshalb in den Metropolen die Durchsetzung neuer Formen der Arbeitsorganisation und der gesellschaftlichen Regulation vorangetrieben. Die jeweiligen Strategien richten sich nach den spezifischen Bedingungen in den einzelnen Regionen. Wo deren Geschichte von Arbeitskämpfen geprägt ist, werden andere Strategien verfolgt als in den traditionellen Wohlfahrtsstaaten. Die USA und England modernisieren auf neo-tayloristische Weise: durch Lockerung der rigiden Arbeitsorganisation, neue Produktionstechnologie, Lohnsenkung und Entlassungen. Das japanische Modell, der sogenannte Toyotismus, kombiniert einen hoch flexibilisierten Arbeitsmarkt bei den Zulieferern mit einem Arbeitsmarkt in den Kernbetrieben, der die Lohnarbeiter sehr stark in die Produktionsprozesse integriert und gegenüber anderen privilegiert. Oberstes Ziel der toyotistischen Arbeitsorganisation ist die ständige Verbesserung der Qualität der Produkte und die Erhöhung der Produktivität. Qualitätszirkel, in denen das praktische Produktionswissen der Arbeitenden gesammelt wird, Betriebsgewerkschaften, Entlohnung nach Leistung und Dauer der Betriebszugehörigkeit unterwerfen die Lohnarbeiter einem intensivierten Arbeits- und Verwertungsprozeß.

Das Normalarbeitsverhältnis wird auf dem dualen, segmentierten Arbeitsmarkt des Postfordismus von Arbeitsverhältnissen abgelöst, die die Belegschaften in Kein- und Peripheriearbeiter aufspalten. Die Peripheriearbeiter werden häufig als Subunternehmer angestellt und ausschließlich nach Erfolg bezahlt. Das ermöglicht ein Absenken der durchschnittlichen Lohnrate. Der nationalen Aufspaltung der Arbeiter entspricht eine internationale: Die Arbeitenden werden weltweit miteinander in Konkurrenz gesetzt und bleiben zugleich sozial und politisch voneinander getrennt. Schon innerhalb der EU existieren unterschiedliche Regulationsmodelle: In England etwa der blairsche Thatcherismus mit seiner umfassenden Deregulierungspolitik, in der BRD dagegen ein autoritär-korporatistischer Wohlfahrtsstaat. In der Semi-Peripherie wiederum muß häufig erst das Recht gewerkschaftlicher Organisierung erkämpft werden. Der Mobilitätsvorsprung des global agierenden Kapitals gegenüber den bestenfalls national organisierten Arbeitern stärkt die Macht des Kapitals so sehr, daß emanzipatorische Kämpfe im nationalen Rahmen kaum noch geführt werden können.

Trotz aller Unterschiede verfügen die Staaten der kapitalistischen Zentren und der Semi-Peripherie in Asien oder Lateinamerika über ein vergleichbares Grundmuster. Regulierte im Fordismus die Nachfrage die Produktion, übernimmt es nun der »nationale Wettbewerbsstaat« (Joachim Hirsch), die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Produktion zu gewährleisten. Gefördert wird, statt Investitionen und Konsum, das Angebot; Sozialpolitik und nationaler Arbeitsmarkt werden den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs angepaßt.

Nationalstaaten bzw. regionale Zusammenschlüsse wie die Europäische Union reagieren auf die internationale Konkurrenzsituation, indem sie sich gewissermaßen als kapitalistische Unternehmen begreifen und ihre politischen Strukturen zu autoritär geführten Hierarchien umbauen - eine Tendenz, die sich exemplarisch in den sogenannten Tigerstaaten der südostasiatischen Wachstumsregion zeigt, aber nicht nur dort: Da im Postfordismus die Polarisierung zwischen arm und reich zunimmt, muß der fordistische Sozial- und Überwachungsstaat in einen autoritären, populistisch

gestützten Polizeistaat umgewandelt werden. In den USA ist diese Entwicklung so weit fortgeschritten, daß Wohngebiete wohlhabender Bürger mit Privatpolizei gegen den Rest der Bevölkerung abgesichert werden müssen.

Diese Ausrichtung der Politik bedeutet nicht, daß die Nationalstaaten keine Strukturpolitik mehr betreiben. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit werden beispielsweise der Aufbau von innovativen Kleinunternehmen unterstützt, technologische Entwicklungen gefördert, Schutzrechte von Arbeitern abgebaut und marginalisierte Arbeitsverhältnisse vermehrt. Der Nationalstaat löst sich also nicht auf, sondern gestaltet die Rahmenbedingungen, die von den multinationalen Konzernen nicht geschaffen werden können: die Infrastruktur, die patriarchale Reproduktion und die politische Stabilität. Beim postfordistischen Wettbewerbsstaat handelt es sich deshalb nicht um eine Auflösungsform des bürgerlichen Staates, sondern um eine neue Form der »Durchstaatlichung« und »Nationalisierung«.

Auch das Abhängigkeitsverhältnis zwischen kapitalistischen Metropolen und Peripherien löst sich keineswegs auf. Auch im Postfordismus werden die Formen der Akkumulation und Regulation in den Ländern der Peripherie von den imperialistischen Metropolen geprägt und erhalten.

Umbrüche in der Peripherie: Das Beispiel Mexiko

Bis in die 80er Jahre hatten zahlreiche Länder des Südens versucht, eine eigenständige und vom Weltmarkt abgeschottete Industrie aufzubauen. In Mexiko ist es der PRI-Regierung und ihrer Entwicklungsdiktatur jahrzehntelang gelungen, die politischen und ökonomischen Handlungsspielräume des Fordismus zu nutzen und sich relativ eigenständig als Schwellenland zu entwickeln. Grundlage hierfür war die Nationalisierung der Erdölindustrie 1938 und die darauf basierende Staatswirtschaft. Durch Beteiligung an den so erwirtschafteten Gewinnen konnten größere Teile des Proletariats und der Landbevölkerung in Staat und Nation eingebunden werden. Durch Importsubstituierung wurde die eigene Industrie vor der Konkurrenz des Weltmarktes geschützt. Dies machte eine staatliche Wirtschaftsregulation und die Integration der Unterklassen über korporativistische Massenorganisationen notwendig - bei gleichzeitiger Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung, insbesondere der indigenisierten, rassistisch stigmatisierten Gruppen. Eine dauerhafte Arbeitslosigkeit von etwa 50 Prozent zeigt, daß es sich im falle Mexikos um eine Gesellschaft handelt, in der knapp die Hälfte der Bevölkerung auch zu den Zeiten des Sozialstaates mexikanischer Prägung marginalisiert blieb.

Bereits Mitte der 60er Jahre wurden an der Grenze Mexikos zu den USA die ersten zollfreien Produktionszonen eingerichtet, in die das US-Kapital arbeitsintensive Produktionsbereiche verlagerte. In diesen »Maquilas« im Norden Mexikos herrscht heute neo-tayloristischer Postfordismus pur: In prekären, ungesicherten Arbeitsverhältnissen werden vor allem junge Frauen zu Niedriglöhnen ausgebeutet.

Der Verfall der Rohölpreise führte dazu, daß Mexiko 1982 zum ersten Mal zahlungsunfähig wurde. Der IWF intervenierte und diktierte die Bedingungen für weitere Kredite. Die mexikanische Regierung wurde zum Neoliberalismus bekehrt und privatisierte die Staatsunternehmen. 1986 trat Mexiko dem Gatt bei. 1992 wurde der Artikel 27 der mexikanischen Verfassung gestrichen, der den Handel mit Landbesitz verboten hatte. Dadurch wurden auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften dem kapitalistischen Wettbewerb ausgesetzt - eine Vorbedingung für den Beitritt zur Nafta am 1. Januar 1994.

Postfordistische Guerilla

Am gleichen Tag, da Mexiko der Nafta beitrat, begann der Aufstand der EZLN in Chiapas, einer strukturell ausgegrenzten ländlichen Region. Im Postfordismus aber haben sich die Bedingungen für Befreiungsbewegungen erheblich verändert. Befreiungsbewegungen, die im Fordismus auf die Errichtung eines eigenen Nationalstaates und eine nachholende ökonomische Entwicklung abzielten, ist in nachfordistischen Zeiten vollständig der Boden entzogen. War der internationale ökonomische Austausch im Fordismus noch geprägt von einzelnen Nationalökonomien, ist heute der Produktionsprozeß selbst zunehmend global. Durch die Implosion des realsozialistischen Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist auch die Möglichkeit weggefallen, sich über einen politisch gesteuerten Gegenweltmarkt auszutauschen. Trotz dieser grundlegend veränderten Rahmenbedingungen beziehen sich auch in den 90er Jahren weiterhin nahezu alle Befreiungsbewegungen auf einen nationalen Rahmen. Zwischen den einzelnen Befreiungsnationalismen bestehen deshalb grundlegende Gemeinsamkeiten:

Erstens: Nationale Befreiungsbewegungen zielen auf die Herausbildung eines eigenen Nationalstaates und reproduzieren den Mythos nationaler Unabhängigkeit. Dies gilt unabhängig von der politischen Ausrichtung und vom jeweils konkreten Zusammenhang, in dem die Befreiungsbewegung agiert. So ist die baskische Nation das Ziel der Eta, die nicaraguanische Nation das Ziel der FSLN und die kurdische Nation das Ziel der PKK. In einem Interview sagte ein Sprecher der baskischen Jugendorganisation Jarrai auf die Frage nach der Entstehung des baskischen Nationalismus: »Die baskische Nation gibt es unabhängig von der Verfolgung durch andere Staaten ... Es gibt keine baskische >Rasse<. Die Definition der Basken ist, daß sie einfach ein Volk sind, das sich durch bestimmte kulturelle Gemeinsamkeiten und Ansprüche

auszeichnet.« In dieser Aussage werden die zentralen Elemente ethnischer Homogenisierung und nationaler Selbstkonstitution genannt. Die baskische Nation existiert als gleichsam überhistorische Einheit, sie wird bislang lediglich von der Dominanzgesellschaft an ihrer Entfaltung gehindert. Definiert wird das »baskische Volk« in den linksnationalistischen Strömungen heutzutage nicht mehr ethnisch bzw. »rassisch«, sondern über kulturelle Gemeinsamkeiten.

Zweitens: Durch diesen Homogenisierungsprozeß werden patriarchale, rassistische und aus dem Arbeit-Kapital-Verhältnis resultierende Widersprüche zugedeckt. Diese brechen in der Regel nach der Herstellung eines eigenen Nationalstaates wieder auf.

Drittens: Militärisch agierende Befreiungsbewegungen stellen mit ihrem Gewaltapparat nicht nur die Keimzelle des zukünftigen Staates dar, sie sind auch immer selbst politisch durch Militarisierung gefährdet.

Viertens: Nationale Befreiungsbewegungen praktizieren oft nicht mehr als einen bewaffneten Reformismus. Häufig ist das Ergebnis des Kampfes nur der Austausch einer Elite durch eine andere. Militante Kampfformen werden in diesem Zusammenhang häufig von der hiesigen Linken mit einer radikalen politischen Zielsetzung gleichgesetzt. Die Radikalität einer Bewegung bemißt sich jedoch ausschließlich nach deren inhaltlicher Zielsetzung und ihrer sozialen Praxis.

Völkische, republikanische und sozialistische Tendenzen

Jede nationale Befreiungsbewegung steht in einem Spannungsfeld von Emanzipation kontra Nation und kapitalistischem Weltmarkt. Eine »befreite Gesellschaft« ist in einem Land oder einer Region allein nicht durchsetzbar. Zahlreiche Befreiungsbewegungen rücken deshalb zunehmend von ihren revolutionären Zielsetzungen ab und verfolgen offen das Ziel eines bürgerlichen Nationalstaats mit einer sozialstaatlichen Abfederung. In den programmatischen und praktischen Ausrichtungen der einzelnen Bewegungen gibt es allerdings erhebliche Differenzen. Neben einem jeweils unterschiedlichen Handlungsspielraum drückt sich darin auch die eigene Nähe oder Distanz zu emanzipativen, kommunistischen Ansätzen aus.

Modellhaft gesprochen gibt es drei unterschiedliche Tendenzen nationaler Befreiung: völkische, republikanische und sozialistische, wobei auch die zuerst genannten Tendenzen ein sozialistisches Selbstverständnis haben können. Die drei genannten Kategorien sind nicht als statische Ausrichtungen konkreter Befreiungsbewegungen zu begreifen. Es sind analytische Modelle, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede nationaler Befreiungsbewegungen erkennen zu können.

Die völkische Tendenz kann charakterisiert werden durch einen ethnischen Homogenisierungsprozeß, dessen Ziel es ist, eine Bevölkerungsgruppe als (Staats-)Volk zu konstruieren. Dabei handelt es sich häufig um Bevölkerungsgruppen, denen bis dato bestimmte Rechte von einem Zentralstaat oder einer Dominanzgesellschaft vorenthalten werden. Bis auf die Befreiung vom Dominanzverhältnis tendiert der emanzipative Gehalt völkischer Ansätze gegen Null, da durch den Selbstethnisierungsprozeß rassistische, patriarchale und aus dem Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis resultierende Widersprüche negiert und zugedeckt werden. Ziel ist vielmehr der Aufbau eines eigenen bürgerlichen Nationalstaates, in dem nach dessen Durchsetzung die repressive Festigung seiner sozialen Ungleichheit angelegt ist. Ein Beispiel für eine tendenziell völkische Linie bietet die Diskursverschiebung in der PKK vom Sozialismus zu Öcalans »Recht des Patriotismus«, »Ehre und Stolz«, »patriotischer Pflicht, die Heimat zu verteidigen«, zu antisemitischen Argumentationsmustern wie der Rede von der »heimatlichen Scholle« und den »heimatlosen Kosmopoliten«.

Der republikanische Typus zeichnet sich dadurch aus, daß er formelle bürgerliche Gleichheit in einer Republik durchsetzen möchte. Bekanntestes Beispiel für diesen Typus ist die republikanische Bewegung in Nordirland. Republikanische Bewegungen sind in einem wesentlich geringeren Maß ethnisiert als völkische. Die Zugehörigkeit wird, entsprechend den Prinzipien der Französischen Revolution, eher territorial definiert. Im Gegensatz zu einer nationalen Befreiungsbewegung mit einem primär sozialistischen Grundverständnis verschiebt die irisch-republikanische Bewegung den Kampf um den Sozialismus jedoch auf die Zeit nach der kolonialen Befreiung.

Die sozialistische Tendenz kann charakterisiert werden als antikapitalistisches Projekt, das sich eher aus pragmatischen Gründen auf einen nationalstaatlichen Rahmen oder ein begrenztes Territorium bezieht. Hier geht es im Unterschied zu republikanischen Ansätzen nicht primär um bürgerliche Freiheit, sondern um materielle Gleichheit. Sozialistische Ansätze sind zum Beispiel bei der EZLN in Mexiko zu finden. Ihr bewaffneter Aufstand richtet sich gegen die Armut als Folge neoliberaler Politik. Die EZLN lehnt die unmittelbare Machteroberung als Revolution von oben ab. Vielmehr sollen auf lokaler Ebene mittels Selbstorganisierung Veränderungen materieller und sozialer Art erkämpft werden, etwa durch Landbesetzungen von Landlosen bzw. indigenisierter Bevölkerung. Die EZLN setzt sich ebenso für das Ende der rassistischen Ausgrenzung der als Indigenas diskriminierten Bevölkerungsteile ein, wie sie mit ihren »Frauengesetzen« die patriarchale Unterdrückung bekämpft.

Auf die Anforderungen postfordistischer Vergesellschaftung reagiert die EZLN widersprüchlich. Während sie in ihrem Aktionsgebiet gegen Kaziken, die lokalen Chefs, vorgeht, und die kapitalistische Verwertungslogik angreift, verweist ihr

Werben für eine »Zivilgesellschaft« als klassenübergreifendes Bündnis darauf, daß sie außerhalb ihres militärischen Aktionsbereichs keine Chance auf revolutionäre Aufhebung des postfordistischen Wettbewerbs sieht.

Postfordistische Guerilla:

Freihandel oder Kampf an der Basis

Befreiungsbewegungen haben grundsätzlich zwei Möglichkeiten, auf die Reorganisation des kapitalistischen Weltmarktes und den Wegfall des RGW zu reagieren. Eine Guerilla kann sich heute dazu entscheiden, beim gegenseitigen Unterbieten der Peripherie-Staaten in ihren Ausbeutungsbedingungen mitzukonkurrieren. In diese Richtung tendiert der südafrikanische ANC, die irische Sinn Féin oder, am eindeutigsten, der korsische FLNC. Der ehemals nominalsozialistische FLNC verfolgt heute mit seinen Forderungen nach Schaffung einer Freihandelszone und umfassenden Steuervergünstigungen für ganz Korsika eine klassisch neoliberale Politik.

Eine Guerilla kann allerdings auch ganz anders auf die postfordistischen Zwänge reagieren, vorausgesetzt, sie verabschiedet sich von der fordistischen Illusion, mit dem eroberten Staatsapparat allein schon könne der Kapitalismus abgeschafft werden. Gegen die kapitalistische Vergesellschaftung zu handeln heißt, statt eines starken Staates die Selbstorganisation der Ausgebeuteten voranzubringen. Das ist, ansatzweise, die Praxis der EZLN, aber auch verschiedener Parteien der lateinamerikanischen Linken. Am bekanntesten dafür sind die Tupamaros in Uruguay. Es geht dabei um die Ablehnung von Macht, nicht aber von Gegenmacht. Zwar stellt auch die EZLN ganz praktisch die Machtfrage, wenn sie mit dem Gewehr in der Hand der Armee entgegentritt. Ihre Vorstellung von Gegenmacht meint aber mehr als den Austausch von Eliten.

Im nächsten Heft: Algerien: Von der FLN zur FIS

Die gruppe demontage hat gerade das Buch »Postfordistische Guerrilla. Vom Mythos nationaler Befreiung« (Unrast Verlag) veröffentlicht

Konkret 08/98, S. 40

Robert Kurz

Die Feuerwehr als Brandstifter

Die Krise in Asien ist mittlerweile auch zu einer des Internationalen Währungsfonds geworden. Und es sieht nicht so aus, als käme er heil aus seiner Misere heraus

Als der IWF - 1945 von 44 Staaten gegründet - noch jung war, herrschten paradiesische Verhältnisse: Die Goldkonvertierbarkeit des Dollar garantierte ein System fester Wechselkurse, das den Welthandel reibungslos abwickeln half Das damals als Kontrollsystem installierte IWF-Konstrukt ist im Prinzip heute noch gültig: Für den Fall einer unausgeglichenen Zahlungsbilanz eines Mitgliedslands sind Überbrückungskredite vorgesehen, die in Form von »Sonderziehungsrechten« (SZR) in Anspruch genommen werden können. Dieses Kunstgeld, nur für Probleme des internationalen Zahlungsausgleichs gedacht und ansonsten nicht handelbar, wird nach bestimmten Quoten von den einzelnen Mitgliedern in ihrer jeweiligen Währung gedeckt (das Stimmrecht im IWF verteilt sich nach diesem Quotenschlüssel). Notfälle traten zunächst nur relativ selten und vorübergehend auf Als Feuerwehr des Weltwährungs- und Finanzsystems führte der IWF ein gemütliches Nachtwächterdasein.

Das änderte sich, als 1973 der Dollar seinen goldenen Boden verlor und das System der Wechselkurse unberechenbar wurde. Auf der Ebene des Währungssystems kündigte sich damit frühzeitig das Hinauswachsen der Produktivkräfte über die Form der Warenproduktion an: Die technisch-wissenschaftliche Potenz kann nicht mehr in die fetischistische Wertsubstanz des Geldes gebannt werden. In der Folge entwickelten sich eine globale strukturelle Massenarbeitslosigkeit und ein steiler Abfall der realen industriellen Wertschöpfung bei einem gleichzeitig immens gesteigerten Ausstoß von Produkten. Das System reagierte darauf mit einem stetig erweiterten Vorgriff auf zukünftige Wertschöpfung durch eine kreditfinanzierte Umschichtung des Wachstums in (staatliche oder kommerzielle) Dienstleistungen und vor allem in die substanzlose Scheinakkumulation der Finanzmärkte. So stand das System der internationalen Zahlungsbilanzen bald auf dem Kopf. Bei frei flottierenden Wechselkursen, die durch bi- oder multilaterale Abkommen kaum zu bändigen sind, repräsentieren die Ströme des Geldkapitals nicht mehr die realen Warenströme - vielmehr ist die Güterproduktion nur noch ein Nebenaspekt der um den Globus schwappenden Liquidität.

In den 80er Jahren nahmen internationale Zahlungs- und Währungskrisen zwangsläufig zu. Seither ist der IWF im Dauereinsatz. Zunächst war es die notorische Schuldenkrise der Dritten Welt, die ein Rettungspaket nach dem anderen erforderte. Jahrelang war westliches Kapital, das zu Hause nicht rentabel reinvestiert werden konnte, zu den diversen Schützlingsregimes geflossen und dort für Rüstung und Pyramidenprojekte verpulvert worden. Als die Zinsfalle zuklappte und die mit Krediten überschütteten Länder reihenweise zahlungsunfähig wurden, mußte der IWF - über die Feuerwehraktionen mittels SZR-Zuteilung hinaus - als globaler Krisenmanager auftreten und die Vertreter des kommerziellen Bankensystems unter einen Hut bringen. Gleichzeitig aber wurde der IWF zum gesellschaftlichen Brandstifter, indem er den Staatsbankrotteuren drastische soziale Einschnitte verordnete, um wenigstens eine Teilzahlung von Tilgungsraten zu erpressen. Menschliches Leben wird gewaltsam dem Gesetz eines absurden Geldsystems angepaßt und notfalls geopfert.

Die 80er-Jahre-Krise konnte gestoppt werden, weil sich die meist langfristigen staatlichen Kredite mit hohen Abschlägen umschulden ließen und seither unter dem Namen »Brady-Bonds« (benannt nach dem damaligen US-Finanzminister) als Spekulationspapiere zirkulieren. Gelöst wurde das Problem damit nicht, sondern nur verschoben. Wichtig ist allein, daß die Abschläge, d. h. die reale Geldkapitalvernichtung, unter der Schmerzgrenze bleiben können und das System der Buchungen am Leben erhalten wird. Es geht immer nur um die Sicherstellung der akuten Zahlungsfähigkeit. Das Ganze beruht auf der Fiktion, daß es lediglich eine Lücke im realen Wertschöpfungsprozeß zu »überbrücken« gilt. Daß da ein gigantisches schwarzes Loch gähnt, will der IWF einfach nicht wahrhaben.

In den 90er Jahren hat sich das Problem noch einmal verschärft. Ein erheblicher Teil der mittlerweile 182 IWF-Mitgliedsländer kann seine Teilnahme am globalen kapitalistischen Wettbewerb nur noch auf Pump simulieren. Das gilt nicht nur für die »Weltsozialfälle«, sondern auch für die vorgeblichen Newcomer der Exportindustrialisierung in Lateinamerika und Südostasien sowie die sogenannten osteuropäischen Reformstaaten. Überall in dieser »Semiperipherie« hat sich ein krasses Mißverhältnis von Exporterlösen und zinspflichtigen Darlehen herausgebildet. Die scheinbaren Erfolge der letzten Jahre beruhten von Anfang an nicht auf realer Wertschöpfung, sondern auf der substanzlosen Liquiditätsschwemme der globalen Finanzmärkte. Eine neue Schuldenkrise ist die Folge. Diesmal jedoch handelt es sich nicht mehr um Staatskredite mit jahrzehntelanger Laufzeit, sondern um extrem kurzfristige, über Nacht abziehbare Geldanlagen internationaler Fonds.

Schon für die Mexiko-Krise Anfang 1995 mußte der IWF ein Kredit-Paket schnüren, das die bis dahin beispiellose Summe von über 60 Milliarden Dollar enthielt. Diese Gelder dienten aber nicht der Umschuldung, sondern der »Vertrauensbildung« bei den internationalen Fonds. Weil das gelang, mußte das Paket nicht bis auf den Grund geleert

werden. Die Asienkrise seit 1997 ist aber von anderem Kaliber. Diesmal hat die Feuerwehraktion nicht nur fast das gesamte SZR-Potential des IWF verschlungen; auch die »Vertrauensbildung« bei den privaten Kreditgebern ist ausgeblieben. Nun sitzt der IWF auf »Überbrückungskrediten«, deren Fälligkeit nicht mehr eine Frage von Jahrzehnten, sondern von Monaten ist. Derweil drohen eine Rußland-, eine Südafrika-, eine Chinakrise, und Lateinamerika wackelt auch schon wieder.

Anfang Juli gab IWF-Chef Michel Camdessus erstmals öffentlich zu, daß die Reserven erschöpft sind. Seit der Mexiko-Krise schon werden über den SZR-Mechanismus hinaus die westlichen Staaten, die internationalen Entwicklungsbanken und die Gläubiger des kommerziellen Bankensystems in die Feuerwehraktionen eingebunden. Aber auch diese Hilfskräfte sind am Rande ihrer Belastbarkeit angelangt. Hinzu kommt jetzt der Fall Japan: Erstmals droht einem Land der Ersten Welt der finanzielle Zusammenbruch.

Wie explosiv die Situation ist, zeigt der offene Streit unter den früher so eingeschworenen neoliberalen Strategen. Der IWF mit Camdessus an der Spitze hat aus Furcht vor einem globalen Kollaps der Finanzmärkte eine Anhebung der SZR-Quoten um 45 Prozent beschlossen - was aber vermutlich auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein wird. Eine starke Fraktion des US-Parlaments, einflußreiche amerikanische Ökonomen wie Martin Feldstein und Jeffrey Sachs sowie deutsche Banker und Finanzpolitiker dagegen werfen dem IWF vor, auf diese Weise den »moral hazard« der Fonds und Privatanleger zu fördern, die sich darauf verlassen, daß der IWF ihre eigentlich hochriskanten Geldanlagen notfalls auffängt. Die Kritiker des IWF ignorieren die strukturellen Ursachen der Krise, reden von »Mißwirtschaft« und plädieren für einen »Befreiungsschlag«: Die Feuerwehr soll aufgeben, weil gegen den Brand sowieso nichts mehr zu machen ist. Mag auch alles zu Asche werden - die Gegner der aktuellen IWF-Politik sind offenbar fest überzeugt, daß der Phönix dann alsbald wieder seine Flügel ausbreiten wird.

Konkret 08/98, S. 41

Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Gut gerüstet

Wenn wir aufrüsten, schrieb Brecht einmal, werden wir Krieg haben. Der Satz stimmt auch umgekehrt: Wenn wir Krieg haben, werden wir aufrüsten. Und wenn sich derzeit die Bundeswehr für allerlei - teils der sog. »internationalen Staatengemeinschaft« abgepreßte, teils auf eigene Panzerfaust unternommene -Aufträge wappnet und schon einmal, kühn wie einst, deutsche Flieger über dem Balkan aufsteigen läßt, braucht sie natürlich alles, was sie bekommen kann. »Die Armee unserer Söhne«, verspricht Helmut Kohl, »bekommt, was sie braucht. « Und das ist eine ganze Menge.

Kurz vor dem wahrscheinlichen Regierungswechsel läuft ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. »Die Militärs bestellen wie im Kaufrausch« (»Spiegel«).180 Eurofighter für die Luftwaffe (180 Milliarden Mark), drei Fregatten, vier U-Boote (8 Milliarden Mark), Panzerhaubitzen, Kampfhubschrauber für das Heer (8 Milliarden Mark), 3. 000 Exemplare des neuen Radpanzers (Stückpreis 3 Millionen Mark). Damit das alles bezahlt werden kann, muß der Rüstungsetat von jetzt rund 5,3 Milliarden Mark ab dem Jahr 2000 auf etwa 9 Milliarden Mark und mehr ansteigen und sich demnach bald verdoppeln.

Die Friedensbewegung schweigt. Da, was sie zu sagen hatte, nie verfing, ist nicht erheblich, was sie nun nicht mal mehr sagt.

Der SPD- Verteidigungspolitiker Walter Kolbow bemängelt das Ausschreibungsverfahren des Verteidigungsministeriums und außerdem, daß der Radpanze-rAuftrag der Firma Krauss-Maffei ohne die Vorstellung eines Prototypen erteilt wurde. Die Sozialdemokraten wollen günstiger rüsten und solider So gibt‘s mehr Waffen fürs gleiche Geld und weniger Ausschuß.

Die Grünen kritisieren die Käufe vor dem Regierungswechsel, weil sie zu »panikartig« erfolgt seien. Die aktuelle sicherheitspolitische Situation mache nach ihrer Ansicht die jetzige Aufrüstung überflüssig. Das ist nicht sehr schlüssig und nicht sehr verantwortungsvoll. Man kann nicht einerseits die Bundeswehr zu Blauhelm- und Stahlhelmeinsätzen außer Landes expedieren und andrerseits bei der Ausrüstung knausern. Doch wer Fischer wählt, wählt Schröder und wer Schröder wählt, wählt-.

Wir haben, es ist schon gesagt worden, keine Wahl. Was wir haben werden, unabhängig davon, wer die Regierung stellt, die ihn beschließt, ist Krieg. Wer‘s nicht glaubt, kommt aber auch in den Himmel.

Konkret 08/98, S. 41

Samuel Salzborn

In diesem Sinne - Es geht voran

Eigentlich möchte man die alte Heimat im Osten schon gern wiederhaben. Weil aber nun Häkeln für Ostpreußen allein nicht genügt, müssen andere Saiten aufgezogen werden. So hat der Bund der Vertriebenen (BdV) in den letzten Jahrzehnten Polen mehr oder minder freundlich darauf hingewiesen, daß es zugunsten des von » Vertriebenen« eingeforderten »Rechts auf Heimat« aufsein Land wird verzichten müssen. Und zudem noch flugs eigene Exilregierungen ins Leben gerufen, weil Polen von dieser Idee nicht so recht zu begeistern war Zum einseitigen Wohle der Beteiligten kamen ergänzend die BdV-»Heimatkreisgemeinschaften« hinzu, die Patenschaftsverträge mit bundesdeutschen Städten abgeschlossen haben. Wie es sich für Exilvertretungen gehört, treten diese statt der amtierenden polnischen Behörden in die Patenschaft ein. Derartige deutsch-großdeutsche Übereinkünfte haben zur Folge, daß noch die dubiosesten Projekte, die die Ostlandritter regional durchführen, mit Unterstützung der jeweiligen bundesdeutschen Stadt vonstatten gehen: Von der Einweihung von »Gedenkstätten des deutschen Ostens« bis zur Umbenennung einer Straße in »Königsberger Allee« ist alles im Programm. Und das bleibt auch weiterhin so.

Neu hingegen ist, daß im Juni eine polnische Stadt der deutschen Landnahme zugestimmt hat. In einer Partnerschaftsurkunde zwischen Paslek und der »Kreisgemeinschaft Preußisch Holland« hat man sich wegen des »gemeinsamen Interesses am Wohlergehen« der polnischen Stadt auf Kooperation verpflichtet. Zentrale Punkte sind dabei »historische Forschung« und »kulturelle Zusammenarbeit« ebenso wie »sozial-humanitäre Hilfe« und »Kontakte in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus«. Durch »regelmäßige Konsultationen« soll damit ein »Beitrag zum Zusammenwachsen Europas auf kommunaler Ebene« geleistet werden.

»Das Königsberger Gebiet hängt am Tropf der Bundesrepublik«, erklärt Wilhelm von Gottberg den Unwissenden, wohin solche Vereinbarungen führen. Er ist Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, des Dachverbandes der »Kreisgemeinschaft Preußisch Holland«, und er weiß, was er tut. Von der Stadt Paslek kann dies nicht unbedingt gesagt werden.

Konkret 08/98, S. 41

Oliver Tolmein

In diesem Sinne - Deutscher Schleier

Nicht nur die Wähler auch ihre Politiker neigen in Deutschland zum Protestverhalten. Und wie ihre Basis, so entscheiden sich auch die Repräsentanten, um ihren Unwillen auszudrücken, im Zweifelsfall für Recht und Ordnung: Das vom Bundestag am 25. Juni beschlossene neue BGS-Gesetz erlaubt künftig auf Bahnhöfen, in Zügen und auf Flughäfen die »verdachtsunabhängige Personenkontrolle«, die den traditionsbewußten Ordnungshütern mit den Wehrmachtsdienstgradabzeichen eben nicht nur ermöglicht, nach dem Namen zu fragen, sondern auch Koffer zu durchsuchen oder Personen ohne Personalausweis ggf zur Dienststelle zu verbringen. So sichert sich Kanthers starke Truppe einen Platz im Mittelfeld der Inneren Sicherheit: Zusammen mit der Polizei in Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, die in den letzten Monaten und Jahren ebenfalls die Lizenz zum willkürlichen Kontrollieren im 30 Kilometer breiten Grenzstreifen, auf Fernstraßen oder Autobahnraststätten erhalten hat, kann sie jetzt den Generalverdacht gegen alle Wähler und Nichtwähler exekutieren, die sich in Deutschland fortbewegen, statt brav Standortwache zu halten.

»Rechtsbrecher jeder Couleur nutzen unsere Verkehrsinfrastruktur für ihre kriminellen Machenschaften. Wir lassen sie jetzt aber nicht mehr unerkannt und unbehelligt einfach im Verkehr mitschwimmen. « So hat der Staatssekretär im Bayrischen Innenministerium Regenspurger einst die Ausweitung der Polizeiarbeit begründet, und ein Autor des Fachblattes »Die Polizei« hat vor kurzem den paranoiden Grundgedanken, daß Deutschland, nachdem es jahrzehntelang von Feinden umzingelt war. heute von innen zersetzt wird, in die schöne Formulierung gefaßt, daß die Polizei immer. überall und ohne Anlaß tätig werden muß, »um zu verhindern, daß Autobahnen zu einer Art rechtsfreiem Raum für Kriminelle und illegale Ausländer werden«.

Die deutsche Parade-Parole »Freie Fahrt für freie Bürger« ist eben bloß als Kampfruf gegen ein Tempolimit korrekt. Im Vierten Reich sind es wieder die Autobahnen, welche die Aufmarschstrecke für die nächste große Schlacht bilden, diesmal gegen den Feind im Inneren (der allerdings vorzugsweise, wenn auch nicht notwendig, ein Ausländer bleibt).

Konkret 08/98, S. 42

Joachim Rohloff

Kunst & Gewerbe

Liebe

Leserinnen und Leser, *ich nehme an, daß Sie Kulturfreunde sind.* Gibt es aber im Fernsehen genug Kultur? *Oder hätten Sie auch gerne mehr und zu besseren Sendezeiten wie die Macher der Kultursendungen? Doch wo Göring beim Wort »Kultur« den Revolver entsichern wollte, entsichern viele Programmplaner die Quotenpistole. Und dann müssen Kultursendungen zurückweichen, wenn sie Glück haben, nur in die Nacht und nicht in die Versenkung. Die »Süddeutsche Zeitung« schrieb: »Kunst ist ein Luxus, den man gerne vorzeigt, aber nur ungern sendet. «*

Es ist ein Skandal. Wenn man uns nun noch die »Kulturzeit« nähme, die tägliche Kultursendung des Kultursenders 3 Sat, entsicherten wir auch was. Wie könnten wir auf den Luxus der profunden Rezensionen einer Elke Heidenreich, der wohlinformierten Dreiminüter eines Willi Setzer, des grazilen Parlandos eines Thomas Palzer je verzichten? Wofür denn zahlten wir Gebühren, wenn nicht für die tägliche Dröhnung namens »Kulturzeit«? Wo sonst dürften wir dem gesamten Feuilleton der »FAZ« in die Augen schauen? Wer täglich einen Kult, zwei Mythen und drei

Ikonen braucht, wird bestens bedient. Und man erfährt immerhin, welche Themen in der Branche verhandelt werden, wenn auch über dieselben nichts. Und weil die »Kulturzeit« die vermeintlich wichtigsten Beiträge aus allen anderen Kulturmagazinen wiederholt, kann man diese getrost verpassen. Dafür sei sie von Herzen bedankt.

Kultur

ist ja nicht nur. wenn man abschaltet, meine Damen und Herren. Kultur ist manchmal auch, weil es - und dazu sollte man an dieser Stelle stehen - Spaß macht. Kultur ist Unterhaltung, wenn auch Unterhaltung mit Erkenntnisgewinn. Zwar meinen Kollegen von der Hochkultur immer wieder. daß Kultur unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden sollte und vor allem nur dann, wenn ~ keinen Spaß macht. Aber das sehen wir anders.

So redet nicht Gerhard Schröder, wenn man ihm dumme Fragen stellt, sondern der Kollege von der »Kulturzeit«. Wir sehen es an dieser Stelle natürlich wiederum anders: Kultur muß weh tun, sonst ist sie keine. Respektive: Kultur ist einfach alles. Die Musik, die man hört. Der Hirsch, der da röhrt. Das Brötchen, in das man beißt. Die Schüssel, in die man scheißt. Affirmation und Subversion, Produktion und Konsumtion, Gebrauchs- und Tauschwert, Papst und Pop. Und deshalb ist selbst die »Kulturzeit« Kultur.

Werbung

hat einen schlechten Ruf auch wenn die Engländer es beispielsweise immer wieder schaffen, uns durch Werbung zum Lachen zu bringen. Diese abwertende Haltung der Werbung gegenüber ist allerdings wenig klug. Werben bedeutet ja nichts anderes als zu überzeugen. Das ist eine kulturelle Leistung. Werbung versucht zu vereinen, was Wissenschaftler mit der Darstellung von Fakten, Philosophen mit Ideen und Liebende mit Schwüren und Versprechen zu erreichen versuchen. Alle sagen auf ihre Weise: Nimm nicht zwei oder drei, nimm mich! In der Regel gelingt dieser Appell, indem man vergleicht.

Liebe 2

Ulrich Meyer nennt seine Ehegattin Georgia Tornow, wenn er sie ganz lieb hat und auch sonst, nicht etwa, wie man vielleicht vermutet hätte, »Schorsch« oder -berlinerisch - »Schorse«, sondern schlicht »Tornow«. Klingt cool, ja geradezu taff. Aber doch auch, wenn man ein Gespür hat für die feinere Ironie der gutfrisierten Stände, liebevoll. Die Berufsbezeichnung »Anchorman« findet Meyer »juicy und sexy« bzw. umgekehrt den Titel »Moderator« nicht so »juicy und sexy« wie eben den »Anchorman«. Juicy. Und sexy. Juicy (saftig) und sexy (den Geschlechtstrieb stimulierend). Juicy und sexy, jawohl. Damit wären die letzten Bedenken, unter Meyers Hirndeckel gehe es vielleicht doch irgendwie entfernt human zu, wohl ein für allemal ausgeräumt.

Nun allerdings ist er der Nachrichtensendung » 1 8:30«-Anchorman gewesen. Sat 1 entsicherte die Quotenflinte und gab Meyer den Gnadenschuß. Ebenso erging es seinem Weib Tornow: »ntv-Bücher« hieß das »Magazin für intelligente Konsumenten und genußfähige Verbraucher«. Endlich haben die beiden mehr Zeit für einander. Wer sie einmal belauschen dürfte, müßte wohl vor Glück vergehen.

Kunst

Alle reden immer nur von wirklicher Kultur, von guter Kunst - aber was ist das? Sind Musicals keine Kunst, ist Popmusik Unkunst, nur weil Adorno was dagegen hatte? Und was ist schlechter Geschmack? Ist das, wenn man versucht, wie Botticelli zu malen, nur schlechter? Ist die große Micky-Maus-Puppe meiner Tochter nur deshalb keine Plastik, weil sie aus Stoff ist?

Deutsch

Wolfgang Schäuble, der Fraktionsvorsitzende mit dem Sprachfehler, fordert: Ausländer, die in Deutschland leben, sollen gefälligst Deutsch lernen. So wie sein Kanzler? Kohl nämlich lobte vorzeiten anläßlich eines Staatsbesuches den türkischen Ministerpräsidenten Yilmaz: »Der spricht besser Deutsch wie wir!«

Das Ficken

und die Staatsgewalt, schrieb einmal einer, seien nur mitsammen darstellbar. So ähnlich sieht's auch Horst Ehmke: Sex und Politik gehören zusammen. Deshalb gibt es in seinem neuen Buch ein Lesbenpaar und einen Männerarsch mit insgesamt zwei Leberflecken. »Wenn Sie das nicht selbst fühlen, wie schön ein Leberfleck sein kann«, sagt uns der ehemalige Kanzleramtsminister mit dem Ulbrichtbart, dann müssen wir es halt lesen: »Ihr hellgrauer Rock rutschte beim Gehen hoch, und in der Kniekehle direkt unterhalb des Saums war für einen kurzen Moment ein dunkler Leberfleck zu sehen.« Parbleu! Schön ist das ja man einmal l.

»Da es politische Literatur in Deutschland eigentlich nicht gibt«, hat Hotte sich gedacht: »Du schreibst mal was Politisches. Aber da ich nun mal beim Thema >organisierte Kriminalität< war, habe ich das in Form eines Krimis geschrieben.« Und der geht so: Im Jahr 2001 wird Deutschland von einer großen Koalition regiert. Der Innenminister, genannt »Mister Law and Order«, kämpft gegen das organisierte Verbrechen. Eines Tages, beim Mittagessen in Kreuzberg, erhält er eine Warnung der Mafia. Dabei knallt es ganz laut. Ungefähr so: Bummm! Oder noch lauter.

Das deutsche BKA, und darauf muß man auch erstmal kommen, jagt nach dem global vernetzten Verbrechen und der russischen Atommafia. »Nicht fiktiv, die Themen«, meint der Kollege Rezensent, »sondern ganz realistisch.« Hotte stimmt ihm zu: »Lesen Sie doch mal die Zeitung! Da haben Sie doch alles.« Er aber hat obendrein ein Anliegen: »Es ist auch ein bestimmtes Stück von Gerechtigkeit. Da heute ja jeder meint, er kann sich an Politikern die Füße abtreten. Politiker ist schon fast Ganove.« In Wahrheit ist es eher umgekehrt. Entsprechend formuliert Ehmke den Leitsatz seiner Poetik: »Wenn Sie einen solchen Roman schreiben und die Handlung ist fiktiv, dann müssen aber die Einzelheiten stimmen, Es darf nichts passieren, was gar nicht passieren kann nach unserer Rechtsordnung.« Doch auch der sozialdemokratische Krimiheld, so darf man wohl vermuten, kann jederzeit einen Bushmill von einem Glenfiddich unterscheiden und weiß immer, wo die Leberflecken sitzen.

Das Ding heißt *Global Players,* ist in einem Verlag erschienen, irgendwo in diesem Jahr, hat mehrere Seiten und kostet Geld.

Polizei

Einer immerhin hat Ehmkes Buch offenbar doch gelesen. Berlins oberstes Schnüffelstück nämlich, der Innensenator Schönbohm, meldet die »Berliner Morgenpost«, wolle organisierte Verbrecher mit einer Internet-Fahndungsgruppe bekämpfen und fordere zu diesem Behuf 234 neue Planstellen. Um Kinderpornos und die Profite internationaler Syndikate aufzuspüren. Weiß er denn nicht, daß es im Internet längst Suchmaschinen gibt? Also, Herr General: Die Website http://www fireball.de öffnen. »Thomas+Drach+Reemtsma+Beute« eingeben und dann auf »Suchen« klicken.

Krieg

Bosnien darf sich nicht wiederholen! So der Tenor der internationalen Politiker, als die Unruhen im Kosovo begannen. Werden sich diese Beteuerungen wieder als Lippenbekenntnisse entpuppen? Nach zehn Jahren Unterdrückung durch serbische Verwaltungsbehörden fordern die Kosovan ihre Selbständigkeit ein. Der politische Führer Ibrahim Rugova mit friedlichen diplomatischen Mitteln und die nationale Befreiungsarmee UCK mit Waffengewalt. Vor dem Gespräch mit dem albanischen Autor Besnik Mustafaj faßt Annette Poppenhäger den Krieg ums Amselfeld zusammen.

Ja, und? Könnte sie ihn bei der Gelegenheit nicht auch gleich beenden?

Betrug

Adorno, da der Name nun einmal gefallen ist, schrieb bekanntlich in *seiner Ästhetischen Theorie,* die philosophische Kritik am unreflektierten Nominalismus verwehre es, die Bahn fortschreitender Negativität - Negation objektiv verpflichtenden

Sinnes -umstandslos als Bahn des Fortschritts von Kunst zu reklamieren. Dem ist insofern zu widersprechen, als der Kunstbegriff des... Aber ich sehe gerade: Waldemar Hartmann hat einen Gesprächspartner.

Er unterstelle nichts, sagt Berti Vogts. Deshalb wolle er sich auch nicht zum Schiedsrichter äußern. Vielleicht sei der deutsche Fußball zu erfolgreich. Ob es eine Anordnung gab, wisse er nicht. Auch das Handspiel habe man nicht sehen wollen.

Ähnlich spricht der Rechtschreiber Friedrich Denk. Die Klage beim Bundesverfassungsgericht sei deshalb zurückgezogen worden, weil das Urteil bereits vor der Verhandlung festgestanden habe und vor seiner Verkündung in Bonner Regierungskreisen bekannt gewesen sei. Deshalb könne es kein ganz faires Verfahren sein. Schon Anfang Mai habe ein Professor einem anderen vor Zeugen anvertraut, das Urteil sei längst gefällt, und zwar zugunsten der Kultusminister. Kann sowas denn überhaupt passieren nach unserer Rechtsordnung?

Wie brutal die Reform jede »natürliche Sprachentwicklung« abschneidet, demonstriert Denk anhand eines Kleinods westdeutscher Schriftkultur, das im kalten Krieg wertvolle Dienste leistete: »Niemand weiß, daß das Wort >sogenannt< in Zukunft getrennt geschrieben werden muß. Das Wort >sogenannt< ist damit abgeschafft, und es fehlt in der Tat inzwischen in den meisten Lexika. Es ist also ein echter Eingriff.«

Denkt Denk bereits an Emigration? Noch nicht: »Die Bürger, zum Beispiel der Bundespräsident und der Bundeskanzler, haben ja schon gesagt, daß sie sich nicht dran halten.«

Geld

Nicht nur time, auch art is money Kunst ist Geld, und Geld ist vor niemandem sicher, am allerwenigsten vor Betrügern.

Wenn Leute wie Sie und ich viel Geld haben, spricht man von Inflation. Was Kulturmacher machen, wenn sie viel Geld haben, exemplifiziert auf abschreckende Weise der französische Musikproduzent Hughes de Courson. Die Araber, behauptet er, nennen Mozart einen der Ihren. So mußte es früher oder später zu einer Begegnung kommen, die aber erst der Kulturetat der Fußballweltmeisterschaft ermöglichte: Ägyptische Musiker mit archaischen Instrumenten aus der Zeit der Pharaonen verstärken das bulgarische Symphonieorchester und trommeln und schalmeien die »Entführung aus dem Serail«. »Wir haben die Arrangements umgeschrieben, so wie Mozart sie sich gewünscht hätte.« Die CD brachte inzwischen Gold, klingt aber scheiße.

Der Mann wurde erstmals auffällig, als er sächsischen Spätbarock und Folklore aus Gabun vermählte. Das Projekt war Albert Schweitzer, einem notorischen Bach-Freak, gewidmet und, wie der Kollege Reporter berichtet, »nach dessen Aufenthaltsort im afrikanischen Urwald >Lambarena< benannt«. Demnächst wird Courson wohl tibetanische Exilmönche die Neunte flöten lassen, das Ereignis dem Dalai Lama widmen und es nach dessen bevorzugtem Aufenthaltsort »Interconti« taufen.

Schlechter Geschmack

Mit dem Preis »Botschafter des guten Willens« wurde die österreichische Combo »Schürzenjäger« von der UN-Flüchtlingsorganisation ausgezeichnet. Aus heimatverbundenen volkstümlichen Weisen, heißt es, seien engagierte Lieder entstanden, die für Verständnis und Toleranz plädieren. Die »Toten Hosen« sind auch für Menschenrechte und gegen Gewalt, kriegen aber heuer nichts.

Tschüs

Das war »Kunst und Gewerbe« im August. Beim nächsten Mal begrüßt Sie auf diesen Seiten wieder der Kollege Wieland. Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer, genießen Sie Ihren Urlaub, aber denken Sie mitunter auch an die Kultur! Ein Theaterbesuch ist doch nicht schlimmer als eine Wurzelbehandlung, und der Dezernent freut sich.

Anregungen und Kritik richten Sie bitte an folgende Adresse:

jo.rohloff@berlin.snafu.de

Ich danke Gert Scobel und Ernst A. Grandits für ihre unfreiwillige Mitarbeit.

Und tschüs!

Joachim Rohloff

Ständer. Steif. Stechen

Deutsche Lieblingswitze seit Harald Schmidt

Lachen und fröhliche Töne sind ein Urinstinkt aller Lebewesen, für die man nicht einmal ein Gehirn braucht. Es ist noch tiefer in der Seele des Lebens angelegt

---

Dr. Juck Panksepp, Universität Ohio

Eine Frau muß schon sehr selbstbewußt sein, um über meine Witze lachen zu können

---

Harald Schmidt

Ich nicht Polski, mein Bruder Polski

Deutscher Lieblingswitz vor Heinz Erhard

Konkret 08/98, S. 45

Gerhard Henschel

Von Eschede nach Lyon

Bei ihrem Versuch, dem Bundespräsidenten Worte des Bedauerns und der Trauer über den Verkehrsunfall in Eschede zurechtzulegen, standen Roman Herzogs Redenschreiber vor der unlösbaren Aufgabe, Gedanken, die sie nicht hatten, in Worte zu fassen, die ihnen fehlten, und so kam es, daß das Staatsoberhaupt der Trauergemeinde in der Stadtkirche zu Celle am 21. Juni 1998 nur eine Art Gedankensurrogatextrakt zu bieten hatte: »Der Weg und die Reise sind uralte Gleichnisse für das menschliche Leben. Vielleicht sind wir gerade deswegen so betroffen, weil der Tod die Opfer unterwegs getroffen hat, vielleicht im Aufbruch zu einem neuen Lebensabschnitt oder auf der Fahrt nach Hause ... «

Und als ob es nicht peinlich genug gewesen wäre, vor Menschen, die um Tote trauern, mit solchem Gedankenleergut herumzuklötern, nahm Roman Herzog die Gelegenheit wahr, den Ruck zu begrüßen, der nach dem Unfall durch die Volksgemeinschaft gegangen sei: »Das große Zugunglück, die Katastrophe von Eschede, hat in kürzester Zeit unser ganzes Volk in Trauer, Entsetzen und Mitgefühl vereint.« Das Zusammenstehen nach dem Unglück habe gezeigt, daß die Mitmenschlichkeit in Deutschland keine verlorene Tugend sei. Die Bürger und Bürgerinnen von Eschede ließ Herzog wissen, daß ihn »dieses Erlebnis der Solidarität gerade nach den dunklen Stunden der Katastrophe hoffnungsvoll« stimme: »Es ist nicht wahr, daß unser Land nur aus Egoisten besteht. Eschede ist der Beweis des Gegenteils. Ihr Ort ist dadurch zum Vorbild für unser ganzes Land geworden.«

In Deutschland ist Erste Hilfe am Unfallort keine Selbstverständlichkeit, sondern eine heldenhafte, die Nation zusammenschweißende Tat, und ein entgleister Zug ist nicht einfach ein entgleister Zug, sondern etwas, das ein Volk vereint, in Trauer, Entsetzen und Mitgefühl, auch wenn das Volk mehrheitlich nur vorm Fernseher sitzt und kalten Herzens darauf wartet, Blut zu sehen. »Ich bin sicher, für die Angehörigen ist es ein starker Trost, daß sie mit ihren Gefühlen nicht allein sind, sondern daß das ganze Land in dieser Trauer mit ihnen vereint ist« (Roman Herzog). Ein Volk, ein Land, ein Herzog: Mit Trostworten aus dem Ausland scheint man im Bundespräsidialamt nicht ernsthaft zu rechnen. Wenn hierzulande Züge entgleisen, Dämme brechen oder der blanke Hans mit der Wurst über den Spucknapf springt, geht ein Ruck durchs deutsche Volk, denn als typische Turniermannschaft wächst es mit seinen Aufgaben, auch wenn der Rest der Welt sich högt. Der Hildesheimer Bischof Josef Homeyer verstieg sich bei der Trauerfeier in Celle zu folgenden Worten: »Mitten im Gang der Dinge, mitten durch das in der Medienkultur uns so geläufig Ereignishafte und Spektakuläre ist Eschede kein Ereignis, sondern ein Schrei. Der Name Eschede hat sich in uns und die Geschichte unseres Landes tief eingegraben - tiefer als alle Ereignisse.« Nun, Volk, steh auf, und Sturm, brich los!

Getrübt wurde die nationale Aufbruchstimmung dann am 4. Juli 1998 durch die Tore der Kroaten Jarni, Vlaovic und Suker sowie den Platzverweis, für den sich der Schiedsrichter Rune Pedersen, Ehre seinem Namen, nach einem groben Foul von Christian Wörns entschieden hatte. Nach ihrem Ausscheiden im WM-Viertelfinale zeigten die deutschen Spieler und ihr Trainer der Welt die patriotische Kehrseite. »Wir sind heute nicht gegen eine riesige Mannschaft, sondern gegen den Schiedsrichter ausgeschieden«, stellte Jürgen Kohler fest. Der Schiedsrichter habe »keine Zivilcourage« gezeigt Zivilcourage ist, wenn der Schiedsrichter bei Fouls ein Auge zudrückt, damit die deutsche Nationalelf trotz blamabler Leistung eine Runde weiterkommt. »Wieso werden immer nur wir Deutsche betrogen?« fragte Kohler laut »Bild« vom 6. Juli.

Oder war es Kohl? Möglicherweise hatte ein Redakteur in der Eile die Namen durcheinandergebracht; im »Kicker« stand am gleichen Tag: »Bundeskanzler Kohl, in schwierigen Situationen schon öfter Trostspender für Vogts, zog ebenfalls über den Unparteiischen her: >Für mich hat der Schiedsrichter das Spiel verloren. Wenn ich nur überlege, was Brasiliens Roberto Carlos am Tag vorher gemacht hat in Relation zu Wörns - unverständlich. Warum werden immer wir Deutschen bestraft?«<

Ja, warum? »Man. weiß, daß die Deutschen in einigen Situationen bei den Schiedsrichtern nicht so beliebt sind« (Oliver Bierhoff). Im Felde blieben sie unbesiegt. »Ich mache der FIFA den Vorwurf, daß sie Schiedsrichter einsetzt, die sonst in ihrer Heimat nur zweitklassigen Fußball pfeifen«, sagte Lothar Matthäus nach dem Abpfiff, als Spieler einer Mannschaft, die nur drittklassigen geboten hatte. Und auch Wörns war empört: »Man hat nur zwei- oder dreimal im Leben die Chance, Welt------ - zu werden. Manche nur einmal. Da kommt dann so ein Schiedsrichter und macht alles kaputt.« Suker habe er, Wörns, »nur leicht touchiert«; der Platzverweis sei »ein Witz« bzw. »Wahnsinn« gewesen.

Bzw. »eine Unverschämtheit« (Hans-Hubert Vogts). In Lyon lief der erboste, vom Leben allzu kurzgehaltene, abwechselnd von Selbstmitleid und der hilflosen Wut auf eine Welt voller Feinde erfüllte Terrier zur Form seines Lebens auf: »Die anderen können spucken, kratzen, beißen«, beklagte er sich. »Das will man nicht sehen. Wie schnell sind dagegen gegen uns Karten gezeigt worden. Vielleicht ist einigen der deutsche Fußball zu erfolgreich.« Vogts rügte »die provokante Art« der Kroaten, »wie sie diesen Platzverweis herausgekitzelt haben«, und er stellte anonyme Mächte unter

Schiebungsverdacht: »Möglicherweise hat es irgendwelche Anweisungen gegeben.« Und: »Ich weiß nicht, ob es eine Anordnung gibt.« In einem Interview mit dem »Kicker« reagierte er auf Nachfragen giftig: »Ober den Schiedsrichter sage ich nichts mehr. Und über diesen Schiedsrichter schon gar nichts mehr. Es sind aber insgesamt schon sehr seltsame Entscheidungen bei diesem Turnier gegen die deutsche Mannschaft getroffen worden.«

Im Ausland haben Vogts und seine Recken keinen guten Eindruck hinterlassen. Zu Hause wurde ihnen bescheinigt, sie seien »schlechte Verlierer« (»Frankfurter Rundschau«), »schlechte Verlierer« (»Bild«), »schlechte Verlierern (»FAZ«), »schlechte Verlierer« (»Kicker«) und »schlechte Verlierer« (ARD). Und dabei hatte sich doch gerade erst der Name Eschede als tiefer, bischöflich abgesegneter Schrei und als Appell zur nationalen Einigkeit in die Geschichte unseres Landes eingegraben. Als der DFB nach den Ausschreitungen deutscher Hooligans in Lens und ihrem Mordversuch an einem französischen Polizisten mit dem Gedanken gespielt hatte, die deutsche Mannschaft aus dem Wettbewerb zu nehmen, war Vogts »sehr verletzt« und drohte mit Rücktritt: »Warum sollen wir für etwas bestraft werden, wofür wir nichts können?« Vogts und seine mißmutig maulende Gurkentruppe haben dem Ansehen Deutschlands in der Welt zur rechten Zeit beträchtlichen Schaden zugefügt, und dafür ist ihnen zu danken.

Wie es weitergehen soll im deutschen Fußball, hat der DFB-Vizepräsident Gerhard Mayer-Vorfelder in einem Interview mit dem »Kicker« angedeutet: »Ende der 30er Jahre war die Ausländerpolitik im Fußball eine ganz andere, damals spielten Kuzorra und Tibulski in der Nationalelf, polnische Einwandererkinder. So wird es wieder kommen, das müssen wir aktivieren.«

Konkret 08/98, S. 46

Gerhard Scheit

Mama und Papa

Anläßlich der nunmehr vollständig edierten Briefe Bertolt Brechts stellt sich die Frage. War der Mann dümmer als der Dichter?

Die drei Bände Briefe des Stückeschreibers, die nun mit mustergültigen Kommentaren zum Abschluß der großen Brecht-Ausgabe erschienen sind (lediglich ein Registerband steht noch in Aussicht), lesen sich durchweg wie die Stücke des Briefeschreibers: Einfachheit, die manchmal besticht - und manchmal langweilt. Zur epischen Breite jedenfalls neigt Brecht in seinen Briefen nicht - weder in Sachen Politik noch in Sachen Liebe: ein funktionaler Briefstil, ohne Schnörkel und Arabesken, lakonisch und unter Zeitdruck geschrieben. Ein Fax- und Mail-Stil, vorweggenommen auf Briefpapier.

Bemerkenswert vor allem ist ein charakteristisches Spannungsfeld, das Brecht mit Sorgfalt und einiger Diplomatie rund um seine Arbeit aufgebaut hat: Es war für ihn als Schriftsteller offenbar von existentieller Bedeutung, Kontakte zu intellektuellen und politischen Positionen zu pflegen, die einander eigentlich ausschlossen: von KPD-Funktionären und Volksfront-Intellektuellen wie Johannes R. Becher bis zu den freien Materialisten Walter Benjamin oder Karl Korsch, von linken Leuten von ganz rechts wie Arnolt Bronnen bis zu den naiv-bürgerlichen Sympathisanten des Stalinismus wie Lion Feuchtwanger. Brechts heftige Abgrenzungsgesten gegenüber Stefan Zweig oder Thomas Mann lassen gerade dieses merkwürdige Bedürfnis, gegensätzliche Positionen gleichsam zu verkoppeln und aus ihrem Spannungsverhältnis Energien zu gewinnen, in Vergessenheit geraten. Die Briefe und das Arbeitsjournal rufen sie in Erinnerung.

Richtig ausbauen kann Brecht seine Freund-Feind-Regelkreise nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise: 1931 versucht er gar, mit Georg Lukács Kontakt aufzunehmen, geplant ist (zusammen mit Walter Benjamin und Bernard von Brentano) eine Zeitschrift, worin die krisengeschüttelten deutschen Intellektuellen die Krise zur Kritik zuzuspitzen lernen sollen - doch Brecht muß in Lukács einen erkennen, der seine Kreise stört; in einem Briefentwurf heißt es: »Eine rein dozierende, unsere Überlegenheit allzu betonende Haltung ist auch dann unpraktisch, wenn wir wissen, daß die Intellektuellen, auf Grund der Erschütterung ihrer ökonomischen Grundlage, jetzt zu Diskussionen in gewissem Umfang bereit wären. Es ist zweifellos ein Irrtum, zu glauben, die Intellektuellen fielen, von der Krise erschüttert, gleichsam wie reife Früchte beim leisesten Anstoß in den Schoß des Kommunismus. Lieber Lukács, Sie haben selbst uns, Brentano und auch mich, Ihre Überlegenheit sehr fühlen lassen ... «

Freilich heißt dies nicht, daß Brecht selbst keine bestimmte Position eingenommen hätte. Im Gegenteil: Schon 1929/30 läßt sich der große Umschwung verfolgen, der sich in seinem Denken synchron zu dem in der Sowjetunion vollzogen hat: nicht der Umschwung vom bürgerlichen zum marxistischen Autor - wie gern behauptet wird -, sondern vom Autor, der das Kapital bereits studiert hat, zum Anhänger eines Staates, der die ursprüngliche sozialistische Akkumulation in Angriff nimmt. Schon 1929 entwirft Brecht in einem Brief folgenden Text zu einer Projektion (für eine szenische Generalprobe des Radiolehrstücks *Der Lindberghflug):* »Der Staat soll reich sein, der Mensch soll arm sein, der Staat soll verpflichtet sein, vieles zu können, dem Menschen soll es erlaubt sein, weniges zu können.« Genauer läßt sich die Umkehrung von »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« zur Staatsräson: >Jede Fähigkeit für die Bedürfnisse des Staats« nicht ausdrücken. Mit ihrem Lehrstück von der *Maßnahme haben* Brecht und Eisler diesen Umschwung schließlich besiegelt.

Doch die kontroversiellen Positionen, zwischen denen Brecht sich in seinen Briefen bewegt, lassen ihn über die Problematik dieser positiven Setzung des Partei- und Staatskommunismus immer wieder reflektieren: 1932 versucht er das »Proletarische Theater Wien« an Kürzungen des Maßnahme-Textes zu hindern, die das ganze Stück in ein Opfer-Ritual verwandeln würden: Solange die Liquidierung des »jungen Genossen« im Stück mit dem Hinweis auf die Vernunft des Staats - die »Lehre der Klassiker« - vor dem »Kontrollchor« begründet werden kann, bleibt in den Augen Brechts diese Gefahr gebannt. Aus demselben Grund möchte er in einem anderen Brief fünf Jahre später bei der Herausgabe seiner Werke (durch Wieland Herzfelde im Malik-Verlag) vermeiden, daß das >Doppellehrstück< *Jasager* und *Neinsager* der *Maßnahme* vorangestellt wird: »Wir fürchten nun, daß die *Maßnahme,* die ohnedies das prekärste aller Stücke ist, für kritische, nicht allzu tiefschürfende Leser durch die Voranstellung der beiden Dramolets etwas Zeitloses, Ideenhaftes bekommt und ihren historischen Charakter verliert. Es ist ein Angriffspunkt und im Augenblick einer von der Art, wie sie sich für öffentliche Debatten nicht eignen. Aus diesem Grund würde ich die Dramolets am liebsten streichen.«

Die *Maßnahme* ist nicht zuletzt ein Lehrstück gegen Karl Korsch. Korsch setzte weiterhin auf die »revolutionären Arbeiterräte« und geriet in Widerspruch zur Verstaatlichung des Kommunismus; er war darum 1926 aus der KPD ausgeschlossen worden. Er verhielt sich ungefähr wie der junge Genosse in der *Maßnahme:* ultralinks und voluntaristisch. In der selben Zeit, als Korsch begann, die Entwicklung in der Sowjetunion zu kritisieren, und sich von Lenin abwandte, wandte sich Brecht der Sowjetunion und dem Leninismus zu und dramatisierte mit seinem Lehrstück die neue Bibel des Stalinismus: Lenins Schrift über den *Linksradikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus.* Während jedoch der junge

Genosse in der *Maßnahme* liquidiert wird, suchte Brecht zu Korsch, den er bereits 1928 kennengelernt hatte, zeitlebens Kontakt -manchmal sogar sehr engen - und bezeichnete ihn stets als seinen Lehrer (was wiederum die DDR-Germanistik gründlich wurmte).

Auch ließ sich der »junge Genosse« keineswegs belehren, sondern schrieb seine Marx-Monographie und gab sie dem Dichter des Kontrollchors zu lesen, der - wie die Briefe bekunden - dabei durchaus etwas lernte. Geradezu mit »Heißhunger« stürzt sich Brecht - ausgehungert von den Phrasen der Einheits- und Volksfrontpolitik - auf das Buch von Korsch: »Es verschafft die nötige Klärung.« - »Schließlich ist der Marxismus so unbekannt hauptsächlich durch die vielen Schriften über ihn geworden. Die Entblößung seiner eminenten kritischen Werte ist ungeheuer wichtig.« Das Verhältnis zur Sowjetunion freilich bleibt der strittige Punkt - wobei dem großen Streit von beiden Seiten mit beträchtlichem Feingefühl ausgewichen wird. An diesem Bissen jedenfalls kaut Brecht vorsichtig herum: »Die Behandlung der Sowjetunion schreckt natürlich. Aber warum sie nicht vom Standpunkt der Marxschen Formel behandeln? Das Regime, der Staatsapparat, die Partei, wenn sie so wollen, ihre Spitze, entwickelt die Produktivkräfte. Auch die nationale Form, in der die Union zum Entscheidungskampf anzutreten hat, entwickelt sie. Schließlich ist da auch der Klassencharakter der internationalen Politik. Der Welt-Bürgerkrieg.«

Dieser Welt-Bürgerkrieg stand unmittelbar bevor - der Briefentwurf ist mit Februar/März 1939 datiert -, und die Sowjetunion hatte sich tatsächlich bereits für den »Großen Vaterländischen Krieg« national formiert. Es war allerdings ein Verteidigungskrieg - einer, der nicht die Weltrevolution und den Kommunismus verwirklichen, sondern >nur< die Weltherrschaft des Nationalsozialismus verhindern konnte. Das wiederum sprach Korsch der Sowjetunion und ihrer Legitimationsideologie durchaus nicht ab: Im November 1938 konzedierte er in der Zeitschrift »Living Marxism« dem Leninismus, er sei »eine geeignete ideologische Basis für die nicht mehr wesentlich anti-kapitalistischen, sondern bloß ... >anti-faschistischen< Bewegungen, die in letzter Zeit in der ganzen Welt von den Kommunisten unter den neuen Parolen einer >Volksfront< oder sogar in einigen Fällen einer >Nationalen Front< ins Leben gerufen wurden«. Implizit stellte er damit einen Zusammenhang zwischen seinem Freund Brecht und eben jener Volksfront-Linie her, zu der Brecht selbst sich in Widerspruch sah. Für Korsch war Brecht - wie er in privaten Briefen mitteilte - ein typischer Vertreter »des zweiten Aufgebots des Leninismus«; mit diesem Begriff bringt er die verfeindeten Lager jener Volksfront-Jahre und deren theoretisch versierteste Exponenten Brecht und Lukács auf den Nenner: »Sie haben ein wenig (die)selbe Einstellung zu dem neuen russischen Staat, mit der einst Hegel, (de)m neuen preußischen Staat gegenübertrat. >Wir sind heute so weit ged(iehen), daß uns nur Ideen und, was aus der Vernunft hervorgegangen ist, gelt(en) kann.< Näher zugesehen ist es der preußische Staat, der der Vernunft entspricht.« Ja, Korsch ging - in einem Brief an Paul Mattick - so weit, Brecht als »Hofdichter der russischen Revolution« zu bezeichnen, wobei die Formulierung auf treffende Weise den für Brecht charakteristischen Gegensatz zwischen staatstreuer und wirklich revolutionärer Haltung festhält.

Brecht seinerseits nähert sich nicht nur aus Höflichkeit an die Position von Korsch an - über die Artikel für »Living Marxism« schreibt er 1941: »Natürlich bin ich mit Ihrer Stellungnahme zum ersten Arbeiterstaat der Geschichte ... immer noch nicht glücklich. Es ist eben nicht nur ein Arbeiterstaat, sondern auch ein *Arbeiterstaat!* Es scheint mir so sehr deutlich, daß die spezifische Staatsform (die stalinistische) sich in allerengstem Zusammenhang mit der Sozialisierung der Wirtschaft (den Fünfjahresplänen), der Kollektivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft und der Landesverteidigung entwickelt hat. Da zwingen vielleicht doch gewisse elementare historische Aufgaben den verschiedenen Klassen ähnliche Methoden und Institutionen auf « Zugleich fragt auch Brecht nach dem ursprünglich kommunistischen Potential der Rätebewegung, solche Methoden und Institutionen wirklich abzuschaffen: »Die spezifischen Gründe des Unterliegens der Räte, die historischen Gründe, würden mich ungeheuer interessieren. Das ist ungeheuer wichtig für uns, denken Sie nicht? Ich wüßte außer Ihnen niemand, der das untersuchen kann. (Es schwebt mir da ein Stück vor, ich habe aber zu wenig Klarheit und Wissen.» Brecht hat diese Stück nicht geschrieben. (Es gibt das Fragment eines Rosa-Luxemburg-Stücks und ein Projekt mit dem Titel »Haltungen Lenins«.) Überliefert ist aber von Walter Benjamin eine kleine Szene, in der Brecht improvisierend selber die Rolle des Arbeiterstaats übernimmt: »Brecht stellt sich, listig und verdrückt, vor den Sessel, in dem ich sitze, hin - er macht >den Staat< nach - und sagt, mit einem scheelen Seitenblick auf, vorgestellten, Mandanten: >Ich weiß, ich soll verschwinden.«(

In den von Brecht tatsächlich geschriebenen Stücken aus jener Zeit verschwand allerdings zunächst die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt. An Korsch gerichtet findet sich die Bemerkung: »Die Proletenknappheit der Emigration nimmt zu, die Kämpfe der Tuis um die paar Exemplare verschärfen sich zusehends.« Als eine Art Ersatz für das entschwundene revolutionäre Proletariat möchte Brecht offenkundig seine eigene schriftstellerische Produktion verstehen und verstanden wissen, oder anders ausgedrückt: Er versucht auch im Privaten einen entschieden leninistischen Standpunkt einzunehmen; die Arbeit wird ontologisiert, alle Beziehungen erhalten einzig von ihr aus und durch sie einen Sinn: Sie werden rationalisiert.

An seine Frau Helene Weigel, die offenkundig mit der Einbeziehung von Margarete Steffin ins Arbeits-Leben nicht einverstanden ist, schreibt er, nachdem es »körperlich« nicht mehr so »klappt« in der Ehe: »Ich lebe gerade (und meistens) in schwieriger Arbeit ... und fürchte Privatkonflikte, Szenen usw., die mich sehr erschöpfen. Nicht aber lebe ich

ausschweifend.« Speziell seine sexuellen Bedürfnisse gibt Brecht als Arbeitsbedingungen oder sogar Arbeitsmittel aus; auch dies eine Legitimationsideologie - um die allseits herrschende Spießermoral, die Monogamie und trautes Familienleben gebietet, durchbrechen zu können.

Die Freundschaft zu Eisler wird ebenfalls als bloße Energiequelle der Produktion bezeichnet - genau in dem Moment, als sich Eisler von Brecht ein wenig distanziert. Nach einem Streit schreibt Brecht an ihn: »Bei der Wichtigkeit jedes kleinsten Stückes politisch-künstlerischer Produktion scheinen mir solche Zumutungen, von wem aus sie immer ergehen, nichtig. ... es wäre mehr als schade, wenn wir aus Deinem Aufenthalt nicht das Äußerste herausholen könnten. Gegenseitige Verstimmungen sollten da wirklich keine Rolle spielen.« Zumutungen hatten aber vor allem Brechts Mitarbeiterinnen zu erdulden. Besonders Ruth Berlau, die sich mit ihrer Rolle als mitarbeitende Nebenfrau partout nicht abfinden wollte, muß sich statt Liebesbotschaften immer öfter einen geradezu Lutherschen Sermon vom Arbeitsethos anhören: »Liebe Ruth, als ich heut ins Arbeitszimmer kam, war alles schmutzig, das Papier in der Schreibmaschine wie in Jauche getaucht und ich selber kam mir schmutzig vor. So darf das Leben nicht werden. Ich hoffe immer, daß Du eines Morgens aufstehst und alles siehst, wie es wirklich ist, und die großen Dinge von den kleinen unterscheiden kannst und keine Furcht mehr hast und an die Arbeit gehst. Zugewendet dem >Äußeren<. Deine Arbeit ... ist immer wichtiger und sichtbarer geworden, ein Buch *(Antigonemodell)* ist schon da und es hat begonnen zu wirken. Jetzt kommt ein ganz großes, wie man es so nicht kennt, und es ist ein Resultat Deiner Arbeit.«

Wenn Brecht die Schirmmütze aufsetzt und seine schriftstellerische Produktion mit industrieller Produktion einfach gleichsetzt, erspart er sich, über den Abgrund zu reflektieren, den seine freie Tätigkeit des Schreibens von jener Arbeit trennt, die als abstrakte ins Kapital eingeht - sei dieses Kapital nun in der Hand von Kapitalisten oder in der einer Diktatur des Proletariats. Und darum ist Brechts ganze Identifikation mit der Arbeiterklasse schief: Wenn schon ein Vergleich möglich wäre, dann wohl der mit einem vorkapitalistischen Handwerksbetrieb, in dem eine Meisterin mitarbeitet und einige Gesellen und Lehrbuben bzw. Lehrmädchen. Was hier produziert worden ist, fand auf dem Markt der Weimarer Republik noch seine Abnehmer, in Hollywood jedoch, wo die Kultur tatsächlich industrialisiert wurde, ging Meister Brecht leer aus und wurde melancholisch.

Davon abgesehen sind die zahlreichen Briefe, die Brecht zur Stabilisierung seines Liebes- und Arbeits-Lebens geschrieben hat, die langweiligsten - nur ein Geist vom Format des John Fuegi kann sich daran erbauen. Hat Brecht es sonst verstanden, mit seinen Kontakten ein intellektuelles Spannungsverhältnis aufzubauen, so zeigen ihn diese Briefe ständig bei dem Versuch, Entspannungspolitik zu treiben, um nur ja kein Aufsehen zu erregen, keinen Eklat zu provozieren. Das macht sie zu einer schwer erträglichen Gebetsmühle - »immerfort beantworte ich Deine Fragen«, schreibt er an Ruth Berlau, »und immerfort stellst Du sie aufs neue, die gleichen. Liest du nicht meine Briefe?« Es wäre ihr nicht zu verdenken.

Leninistisch im eigentlichen Sinn ist Brechts Unvermögen, den Antisemitismus zu begreifen: »In Paris«, so schreibt er an Helene Weigel, »entsetzte mich Döblin, indem er einen Judenstaat proklamierte, mit eigener Scholle, von Wallstreet gekauft. In Sorge um ihre Söhne klammern sich jetzt alle (auch Zweig hier) an die Terrainspekulation Zion. So hat Hitler nicht nur die Deutschen, sondern auch die Juden faschisiert. Die eigentlichen Angelegenheiten Deutschlands interessieren hier niemanden.« Brecht selbst jedoch wird von diesen Angelegenheiten förmlich okkupiert. Während Emil Ludwig im Sinne des Churchill-Beraters Lord Vansittart Nazideutschland mit Deutschland identifiziert, und Thomas Mann öffentlich und privat über die Schuld der deutschen Bevölkerung nachdenkt, bewirkt der leninistische Klassenstandpunkt bei Brecht eine angenehme Entlastung von solchem Nachdenken und entschiedenes Engagement gegen den »Vansittartismus« unter den Emigranten: Mit der Arbeiterklasse spricht Brecht das »deutsche Volk« frei. Auch hierin vollzieht er eine unbewußte Anpassung an die Volksfront-Strategie. »Die Aufopferung deutscher Soldaten in Eroberungskriegen muß ebenso als kriminell behandelt werden als die Aufopferung wehrloser Zivilpersonen in den besetzten Gebieten« - heißt es 1942 in einer der von Brecht mitverfaßten Erklärungen, die nunmehr in den Bänden der Gesamtausgabe mit den Schriften dokumentiert sind. Ein Jahr später formuliert er: »Bevor Hitler und seine Hintermänner in Armee, Diplomatie und Finanz die Tschechoslowakei, die skandinavischen Länder, Holland, Belgien, Frankreich, den Balkan und Weißrußland unterworfen haben, haben sie das deutsche Volk unterworfen. Es war ihr erster Besiegter. Wenn sie die ganze Welt unterwerfen würden, würden sie immer noch das deutsche Volk unter ihrem blutigen Stiefel halten. ... Wir sagen, daß Hitler und seine Hintermänner nicht Deutschland sind, was immer sie behaupten mögen. Daß sie Deutschland sind, das ist die erste ihrer unverschämten Lügen. In Wahrheit haben sie die Deutschen unterworfen, wie sie die Tschechen oder die Franzosen unterworfen haben. Sie haben die Franzosen und Engländer und Tschechen eingefangen mit Propaganda, wie sie Deutsche eingefangen haben. ... An dem endgültigen Sieg über Hitler und seine Hintermänner in Militär, Diplomatie und Finanz wird das deutsche Volk einen gewaltigen Anteil haben.« Es war eine Beschwörung. Immerhin schleichen sich Zweifel ein: »Wir hoffen, wir sagen, was das deutsche Volk selber sagen würde, könnte es reden ... Sie werden aufwachen oder untergehn.« - »Aber nicht nur der Terror hält das deutsche Volk im Krieg. Und dieser Fakt beschäftigt viele Köpfe.«

Besonders um 1948, als Brecht zum ersten Mal Kontakt mit wirklichen Individuen des vom Dritten Reich hinterlassenen »deutschen Volks« bekam, begann er seine Emigranten-Hoffnungen skeptischer zu betrachten: In den Aufzeichnungen, die er vermutlich für eine Diskussion mit jungen deutschen Intellektuellen über Ernst Jünger machte, findet sich der bekannte

Ausspruch, der das Subjekt seiner Exil-Manifeste in Frage stellt: »Reden wir eine Zeitlang nicht mehr vom Volk. Reden wir von der Bevölkerung.« In diesen Notizen greift er unmittelbar auf die Zweifel des Exils zurück: »>Die Motive, welche die Millionen einzelnen in den Naziheeren hielten, können doch nicht nur Gewinnsucht oder Furcht gewesen sein. Es muß idealistische Motive gegeben haben.< Ich stimme zu, man muß Ideale düster betrachten.« Charakteristisch auch die Distanz, die Brecht zu den Deutschen herstellt - keineswegs dazu aufgelegt, Nazis zu bekehren: »Ich gebe mich sozusagen einfach dazu her, damit ihr, eine bestimmte Person vor euch sehend, einen landesflüchtigen Stückeschreiber, ausrechnen könnt, wo ihr steht.« Zugleich reflektiert Brecht seine eigenen Möglichkeiten der literarischen Darstellung angesichts der Tatsachen des Dritten Reichs: »Die Vorgänge in Auschwitz, im Warschauer Ghetto, in Buchenwald vertrügen zweifellos keine Beschreibung in literarischer Form. Die Literatur war nicht vorbereitet auf und hat keine Mittel entwickelt für solche Vorgänge.«

Und doch zeigt sich bereits, daß Brecht gewillt ist, aus dieser Bevölkerung sein Volk zu machen: Er wisse, notiert er, daß die überlebenden Widerstandskämpfer »heute nicht wagen, von ihren Taten zu sprechen, aus Besorgnis, jetzt für Vaterlandsverräter erklärt zu werden. Davon zu reden schäme ich mich, ich weiß nicht, warum.« Er weiß es nicht, weil er begonnen hat, sich selbst als Deutscher positiv zu identifizieren. Auf das unverhohlene und ungebrochene antisemitische Ressentiment, das ihm hier begegnet - »Wer hat sofort wieder Handel getrieben, kaum heraus aus den Konzentrationslagern? Wer hat den schwarzen Markt organisiert?« - antwortet Brecht darum einlenkend: »Schön, ein Vorschlag zur Güte: ihr unterdrückt eure Bourgeois, und ich sage nichts, wenn ihr auch die jüdischen Bourgeois unterdrückt.«

Als die ersten Bände dieser nun vorliegenden dreißigbändigen Gesamtausgabe erschienen, gab es noch jenen Staat, den sich Brecht einstmals für seine Rückkehr nach Deutschland ausgesucht hatte. Die letzten zehn Bände mit den Schriften, dem Arbeitsjournal und den Briefen machen nun gerade zur rechten Zeit deutlich, in welchem Ausmaß sich Brecht dabei an die nationale Konzeption der DDR angepaßt hatte. In einem vermutlich für den IV Deutschen Schriftstellerkongreß Anfang 1956 entstandenen Statement übernimmt Brecht auch deren Propaganda gegen den »Kosmopolitismus« - und glaubt die deutschen Klassiker vor diesem Vorwurf in Schutz nehmen zu müssen: »Der moderne Kosmopolitismus hat mit dem der deutschen Klassiker nichts zu tun. Er verwischt die konkreten Konturen nationaler Kulturen und setzt dafür die odiose abstrakte >Nützlichkeit< der Monopole. ... Die wahrhaft internationalen Werke sind die nationalen Werke.« Auch die Sehnsucht nach der Wiedervereinigung fehlt nicht: »Wenn Deutschland einmal vereint sein wird, jeder weiß, das wird kommen, niemand weiß, wann - wird es nicht sein durch Krieg.« Brecht hofft hier natürlich auf eine sozialistische Wiedervereinigung. Was er aber aus seinem Bewußtsein verbannt, ist der Widerspruch zwischen einer solchen nationalen Perspektive und dem, was einstmals - auch von ihm selbst - unter Weltrevolution verstanden worden ist.

Als Schriftsteller ging Brecht freilich niemals so weit wie Becher, der ja auch die DDR-Hymne gereimt hat. Sobald Brecht dichterisch national zu werden versucht, wird er einigermaßen infantil, die Nation erscheint bei ihm in einer Art Kinderperspektive: so in den mit Feuchtwanger geschriebenen *Gesichten der Simone Machard* oder in seiner »Kinderhymne«: »Anmut sparet nicht noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand / Daß ein gutes Deutschland blühe / Wie ein andres gutes Land. // Daß die Völker nicht erbleichen / Wie vor einer Räuberin / Sondern ihre Hände reichen / Uns wie andern Völkern hin // Und nicht über und nicht unter / Andern Völkern wolln wir sein / Von der See bis zu den Alpen / Von der Oder bis zum Rhein. // Und weil wir dies Land verbessern / Lieben und beschirmen wir's / Und das liebste mag's uns scheinen / So wie andern Völkern ihrs.« Der gereimte Ringelreihen fingiert einen Internationalismus, der auf ewigen nationalen Grenzen beruhen soll: Jeder bleibe bei seinem Volk, jedes Volk sei für sich selig in seinem Wahn, das liebste zu sein - so wie die Kinder bei ihren Familien bleiben und Vater und Mutter am meisten lieben sollen.

Es kann auch kein Zufall sein, daß Brecht im Zusammenhang mit Deutschland seit langem die Metapher der Mutter eindeutig bevorzugte: Im Sinne der Volksfront-Konzeption verkörpert sie das vom Faschismus unterdrückte Volk - »0 Deutschland, bleiche Mutter«, heißt es im Gedicht von 1933: »Wie sitzest du besudelt / Unter den Völkern ... Wie haben deine Söhne dich zugerichtet / Daß du unter den Völkern sitzest / Ein Gespött oder eine Furcht«; im Deutschlandgedicht von 1945 hat hingegen Mutter Deutschland selber ihren Sohn besudelt: »Die Sau macht ins Futter / Die Sau ist meine Mutter / 0 Mutter mein, o Mutter mein / Was tuest du mir an?«

Die Vaterfigur aber wird von Brecht als poetischer Gegenstand und als sprachliches Bild merklich vernachlässigt: Sie spielt weder in den Stücken noch als Metapher der Lyrik eine große Rolle. Womit wir letztlich wieder bei der Staatsfrage wären: Die Briefbände dokumentieren eine eigenartige stilistische Ähnlichkeit zwischen jenen Briefen, die Brecht einst ans Familienoberhaupt und denen, die er an die Staatsorgane der DDR geschrieben hat: Dem »lieben Pappa« meldet der dreißigjährige Brecht: »Die Möbel sind eingetroffen, ich danke Dir herzlich dafür ... Grüße bitte Walter, Fräulein Marie und die kleine Marie und sei selber gegrüßt von Deinem dankbaren Eugen« - »Leider kann ich Weihnachten nicht abkommen«; an die »lieben Freunde« der Volkspolizei Teltow schreibt dieser Eugen dann 24 Jahre später: »Ich möchte Euch nochmals danken für die sehr freundliche Hilfe, die Ihr mir geleistet habt, als mir das Benzin ausging. Bitte richtet meinen Dank auch der Feuerwehr aus. Mit den besten Grüßen Euer ... «

Bertolt Brecht: *Werke,* Band 28-30: *Briefe 1-3.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1998, je Band ca. 800 Seiten, 98 Mark

Konkret 08/98, S. 48

Peter Hacks

Jetztzeit

ESCHES MAUER

Esche, von Erfahrnem sauer,
Esche baut sich eine Mauer.
Manchem wird die Wallanlage
Mit der Zeit zur Kostenfrage,
Nicht so ihm. Nicht am Cashe,
Nicht am Baren scheitert Esche.
Esche, anders als die Meisten,
Kann sich eine Mauer leisten.

Ungeheure Fundamente
Schütten läßt der eminente
Esche, um die Feldsteinbrocken
Ganz cyclopisch aufzustocken,
Daß ihm Schutz und Zuflucht biet
Megalith um Megalith.
Schließlich hat er das Projekt
Noch mit Schindeln abgedeckt.
Ihn enthebt Befestigung
Jeglicher Belästigung.
Nicht die allerkleinste Bresche
In der Mauer duldet Esche.

Wie lebt Esche als Erbauer
Jener vorgedachten Mauer?
Etwa bei extremen Hitzen,
Die nicht Jeder überdauert,
Finden wir ihn wohlummauert
In dem Mauerschatten sitzen.

Kurz, mit dieser Mauer baut
Esche eine zweite Haut,
Daß zu innerstem Gelände
Kein Verwegner Zugang fände.
Es genießt der Mauerbauer
Esche seine Mauer-Power,
Seines Werts und Daseins froh,
Dort in Kraatz bei Buberow.

Konkret 08/98, S. 50

Kay Sokolowsky

Die Macht der Lüge II

Weil es keine »Protokolle der Weisen von Zion« gab, mußten sie einfach erfunden werden. Schluß eines Zweiteilers über Geschichte und Gegenwart einer mörderischen Fälschung

Der Antisemit benötigt keine Beweise, um das »Judentum« zu hassen, er braucht dafür nicht einmal Juden. Er hat das Objekt seines Hasses längst kreiert, ehe er damit beginnt, seine Umwelt nach »den Juden« abzusuchen. Die »Tatsachen«, mit denen er hantiert, sind ausnahmslos Halluzinationen, seine Ideologie ist der blanke Wahn. In »Elemente des Antisemitismus«, einem Seitenstück zur *Dialektik der Aufklärung,* analysieren Adorno und Horkheimer den Judenhaß als »pathische Projektion«, als das Bild, das der Antisemit von sich selber hat, ein Klischee, das er mit paranoischer Vehemenz über seine Wahrnehmung der Realität legt. Er kann und will nicht einsehen, daß der Sadismus, die Allmachtsgelüste, die Bestialität, welche er den Juden nachsagt, ihn selbst von Grund auf beherrschen: »Regungen, die vom Subjekt als dessen eigene nicht durchgelassen werden und ihm doch eigen sind, werden dem Objekt zugeschrieben, dem prospektiven Opfer.«

Niemals hat es eine Weltverschwörung der Juden gegeben, so wenig wie eine der Freimaurer, der Illuminaten oder der Brezelbäcker - sehr wohl aber und permanent eine zwanghafte Neigung der Antisemiten zur Konspiration, denn sie »haben Angst davor, ihren Wahnsinn allein zu glauben«. Sie bilden wie besessen Bünde, Orden, Kameradschaften, in denen sie einander bei der irrationalen Abwehr von Argumenten, Fakten, Zeugnissen ebenso zur Seite stehen können wie beim Mutmachen zur nächsten Gräberschändung (»Die Verwüstung der Friedhöfe ist keine Ausschreitung des Antisemitismus, sie ist er selbst«). Weil sie gemeingefährliche Narren sind, suchen sie die verschworene Gemeinschaft; und weil sie ahnen, wen sie im Juden wirklich verabscheuen - nämlich sich selbst -, müssen sie mit ihresgleichen konspirieren, um sich mit der allwachen Angst vor einer Klassenkeile gegen Selbstkritik panzern zu können.

Wo immer die Wirklichkeit dem Irrsinn mit Tatsachen im Wege steht, wird sie kurzerhand, nach dem paranoiden Muster, das die Gedanken des Antisemiten beherrscht, als Fälschung des Feindes abgetan: *Wahr ist nicht, was ich sehe, wahr ist das, was ich sage.* Wo aber der Antisemit zur Macht gelangt, wird er sofort daran gehen, die Juden gewaltsam in »die Juden« zu verwandeln. Die Filme, die Goebbels' Propagandastaffeln aus dem Warschauer Ghetto nach Berlin brachten, zeigen realistisch, was die deutschen Besatzer ihnen angetan hatten: Hunger, Dreck, Vertierung. Regisseur Fritz Hippler aber erkannte in den Bildern sogleich nichts als Belege für Deformation, Schmutzigkeit, »Untermenschentum« des »Ewigen Juden« und verschnitt die Aufnahmen von Menschen, die wie Ungeziefer behandelt wurden, ohne Umstand mit Bildern schwärmender Ratten.

Die Suggestion, die er produzieren sollte (und wollte), war die »Wahrheit«, an die er und alle Antisemiten längst glaubten. Antisemitische Propaganda kann gar nicht anders denn pathologisch operieren und funktionieren: Der Judenhasser weiß, daß die Dinge *so sind,* weil er weiß, daß sie so sind; und was anders scheint, als es *eigentlich* sollte, das ist ihm wahrlich nur Schein. »Die Idee, die keinen festen Halt an der Realität findet, insistiert und wird zur fixen«, notieren Horkheimer und Adorno in ihrem Aufsatz - einem Stück, das die Psychologie des Antisemitismus (und verwandter Weltverschwörungs-Wahnsysteme) unerreicht tief, konzis und luzid erfaßt hat. Sein Untertitel lautet »Grenzen der Aufklärung«, und damit haben die beiden großen Philosophen das Dilemma jeglicher Analyse und Abwehr antisemitischen Wahns aufs bündigste benannt.

Die Aussichtslosigkeit des Unterfangens, mit Judenhassern rational zu argumentieren, zugleich aber auch die Notwendigkeit, ihnen, sofern die gesetzlichen Mittel zuhanden sind, nicht etwa im »Diskurs« zu begegnen, sondern per Gerichtsbeschluß rigoros das Lügenmaul zu verbinden, dokumentiert ein Prozeß, der von 1934 bis 35 in Bern geführt wurde. Auf der Anklagebank saßen vier Schweizer Nazis, die Verhandlung angestrengt hatten der Schweizerische jüdische Gemeindebund und die Jüdische Kultusgemeinde Bern, es ging um die öffentliche Verbreitung der *Protokolle der Weisen von Zion.* Weil das Schweizer Strafrecht keinen Paragraphen gegen antisemitische Hetze enthielt, mußte der junge Anwalt Georges Brunschvig - der gemeinsam mit Professor Matti, seinem Mentor, einem der angesehensten Juristen des Landes, die Kläger vertrat - bei der Strafanzeige auf ein Gesetz des Kantons Bern zurückgreifen, das »Schundliteratur« und ihren Vertrieb untersagte.

Brunschvig, Matti und ihren Klienten war bewußt, daß sie auf dieser Grundlage eher schlechte Aussichten hatten, den Beklagten zu einer angemessenen Züchtigung zu verhelfen. Hadassa Ben-Itto - die den Berner Prozeß ins Zentrum ihres Buchs *Anatomie einer Fälschung* (Berlin 1998) stellt - schreibt: »Worauf sie wirklich ihre Hoffnung setzten, war eine objektive, unvoreingenommene Aussage (des Richters; K. S.), daß es sich um kein ... authentisches Zeugnis handelte, sondern um eine ... bösartige Erfindung.« Wenn die *Protokolle* als plumpe Fiktion gerichtsnotorisch würden, so die Überlegung, wäre der populärste »Beweis« der Antisemiten für das »Komplott des Judentums« blamiert und die Hetze, die

seit 1933 hochoffiziell aus Deutschland in alle Welt geplärrt wurde und auch in der Schweiz täglich mehr Apostel zeugte, ihrer mächtigsten Waffe beraubt.

Die Kläger und ihre Vertreter ahnten noch nicht, mit welcherart Kreaturen sie es zu tun bekommen sollten. Sie vermuteten politisches Kalkül, wo vor allem psychische Defekte wirkten. Je vertrauter Brunschvig allerdings mit der Philologie der *Protokolle* wurde, desto weniger Illusionen dürfte er sich über die Belehrbarkeit von Antisemiten gemacht haben. Sie *glaubten* an die Lüge, die er ihnen austreiben wollte, und während seiner Recherchen mußte er feststellen, daß ihresgleichen keine Scham, ja, nicht einmal Verwirrung zeigt, sobald man sie als Lügner ertappt. Sergej Nilus z. B., der manische Schwätzer, der die *Protokolle* weltberühmt gemacht hatte, führte einem seiner Besucher vor, was dieser, ein nüchterner Mann, »das Museum des Antichristen« nannte - eine kleine Kiste, in der durcheinander »Stoffstücke, Radiergummis, Küchenutensilien, Abzeichen sowie (ein) Monogramm der Zarin ... und (ein) Kreuz der Ehrenlegion« (Ben-Itto) lagen.

»All diese scheinbar gewöhnlichen Objekte trugen laut Nilus >das Siegel des Antichristenc Manchmal erscheine es als Dreieck, manchmal als zwei ineinander verschränkte Dreiecke. ... Wenn ein Zeichen oder Emblem auch nur entfernt aus Dreiecken zusammengesetzt erschien, reichte das aus, um in Nilus' >Museumskiste< zu wandern.« Sogar die Kartenfarbe Pik erschien Nilus suspekt: 1911 ließ er auf dem Umschlag einer von vielen Neuauflagen seines Buchs *Das Große im Kleinen* den Pik-König abdrucken und mit der Legende versehen: »Siehe, der Antichrist! « Als jener Besucher seinen Gastgeber darauf hinwies, daß die *Protokolle* wahrscheinlich nichts weiter als eine Fabrikation des abgefeimten Agenten Ratschkowski seien, fing der selbsternannte Prophet an zu schreien: »Selbst wenn (sie) eine Fälschung sind, ist es nicht möglich, daß es Gott gefällt, uns Sterblichen durch diese Schrift die Wahrheit zu enthüllen?«

Sie glaubten, daß die Juden ihr Verderben sind, und darum *glaubten* sie an die *Protokolle* als den »Beweis« für die Verderbtheit der Juden: Die »Schwarzhundertschaften«, die mit ausdrücklicher Billigung des Zaren seine jüdischen Untertanen abschlachteten, die Weißarmisten, die nach der Oktoberrevolution ihre Mordwut vor allem an jüdischen Bauern austobten; Henry Ford, der eigens eine Zeitung samt Verlag aufkaufte, um die Hetzschrift im englischen Sprachraum bekanntzumachen; und vor allem die Deutschen, die - dreizehn Jahre nachdem u. a. das Haus Hohenzollern die Eindeutschung und Verbreitung der *Protokolle* gesponsort hatte - jene Partei an die Macht wählten, deren Ideologie auf die eine fixe Idee gebaut war: »Die Juden sind unser Unglück«. Und obwohl die Antisemiten sechs Millionen Menschen erschießen, erhängen, verbrennen konnten, ohne daß die »geheime Weltregierung« eingegriffen hätte, obwohl sie ihre Mordwut mit einer Gründlichkeit organisierten, neben welcher der Plan der »Weisen von Zion« geradezu rührend dilettantisch wirkte, sind die *Protokolle* 1945 durchaus nicht als Agitationsinstrument erledigt gewesen. Die »pathische Projektion«, die Europa in ein Schlachthaus verwandelt hatte, ist ja nicht mit dem Dritten Reich untergegangen. Sofort nach Kriegsende machten die Antisemiten sich daran, den Juden die »Vernichtung Deutschlands« in die Schuhe zu schieben, und wieder bedienten sie sich bevorzugt ihrer Lieblingsfälschung.

Eduard Gugenberger, Franko Petri und Roman Schweidlenka haben in *Weltverschwörungstheorien. Die neue Gefahr von rechts* (Deuticke, Wien 1998, 320 Seiten, 39 Mark) die ungebrochene Macht der Lüge ausführlich dokumentiert. Bis heute kommt kein Antisemit ohne die *Protokolle* aus. Die Antiquiertheit des Tons gleichwie das - gemessen am Manipulationsapparat moderner Diktaturen - völlig veraltete Programm der »Weisen« haben der Rezeption des Pamphlets ganz und gar nicht geschadet, ihm vielmehr eine Aura von Historizität verliehen, die es Judenhassern nur noch authentischer erscheinen läßt. Um dem Hinweis auf die reale Ohnmacht der »weltbeherrschenden« Juden gegen ihre Vernichtung durch die Deutschen zu begegnen, steht neben der Zitation der *Protokolle* zugleich immer die Leugnung des Holocaust. Außerordentlich beliebt ist unter Antisemiten auch die viehische Behauptung, die Shoah sei von den Juden selbst betrieben worden, um so die verhaßten »Arier« für immer zu diskreditieren. Die pathologischen Phantasien, die sich an der Fälschung entzünden, haben trotz, nein, wegen Auschwitz an Abstrusität und Vielfalt nur zugenommen.

In den arabischen Staaten gehören die *Protokolle* seit Gründung des Staates Israel zum festen Repertoire der antijüdischen Hetze; »sie wurden sogar öfter in arabischer und persischer Sprache gedruckt als auf deutsch« (Gugenberger et al.). Die antizionistische Propaganda der Sowjetunion hat die Verleumdungsmethoden der *Protokolle* immer wieder bemüht: »So wurde die Reformbewegung des Prager Frühlings einem antisowjetischen Komplott zugeordnet«, das angeblich »von den Juden geführt wurde«. Ein Buch, das 1969 in Moskau erschien und auch von Parteizeitungen »als wissenschaftliches Werk höchsten Ranges« abgefeiert wurde, streute die monströse Behauptung aus, die Zionisten, voran Ben Gurion und Golda Meir, hätten sich einst mit Hitler verbündet, »um ihre Interessen zu verfolgen«. Angesichts dieser Tradition nimmt es nicht wunder, daß Gennadij Sjuganov, der Chef der russischen KP, gelegentlich solche Sätze sagt: »Die Ideologie, Kultur und Weltsicht des Westens wird mehr und mehr von den ... Juden beeinflußt.«

Die amerikanischen Neo-Nazis, die die US-Regierung ein »Zionist Occupied Government« nennen, haben ebenso aus den *Protokollen* »gelernt« wie der TV-Prediger Pat Robertson, der von den Rothschilds als Drahtziehern bei der Ermordung Abraham Lincolns phantasiert. In Japan, wo so gut wie keine Juden, aber immer mehr Antisemiten leben - die, wie gesagt, sich »die Juden« überhaupt erst erschaffen - ist Ratschkowskis Fälschung längst ein veritabler Bestseller. Im deutschen

Sprachraum wird die Verbreitung der *Protokolle* zwar strafrechtlich verfolgt, doch auf Esoterik-Messen, bei Versandbuchfirmen in Belgien oder Spanien und zumal durchs Internet - dem mittlerweile bedeutendsten Instrument neonazistischer Propaganda - kann sich der interessierte Judenhasser die Hetzschrift mühelos verschaffen. Hundert Jahre nach ihrer Entstehung sind die *Protokolle so po*pulär wie nie zuvor.

Daran hat selbst der erfolgreiche Ausgang des Berner Prozesses von 1935 nichts ändern können. Mochte Georges Brunschvig auch die *Protokolle* restlos als Fälschung entlarvt haben - weder die Beklagten noch ihre Brüder im Ungeiste haben sich um die Schriftstücke und Zeugenaussagen, die der Anwalt aufbot und die ihrem Konspirationsglauben jede Grundlage entzogen, je einen Pfifferling geschert. Die Schlaueren unter ihnen räumen seither allenfalls ein, die Hetzschrift sei vielleicht nicht von Juden verfaßt worden, aber so wie die Dinge in der Welt lägen, würde sie das »jüdische Komplott« durchaus treffend beschreiben. Umberto Eco hat zu dem »makellosen Syllogismus« dieses Arguments (»Da die *Protokolle* besagen, was ich in meiner Geschichte gesagt habe, bestätigen sie sie«) angemerkt, die »Evidenz der Fakten« genüge eben »nicht, wenn die Leute um jeden Preis einen Horrorroman haben wollen«.

So wurde das Gutachten, das der »Sachverständige« der Verteidigung, der Leiter des »Weltdienstes« der NSDAP Werner Fleischhauer, in Bern abgab - eine vier Verhandlungstage währende Obszönität, die nicht einen einzigen Beweis der Anklage seriös widerlegen konnte -, sogleich in Deutschland als Buch aufgelegt und gilt unter Antisemiten noch heute als profundes Plädoyer für die Authentizität der *Protokolle.* Der nach Schweden exilierte Marokkaner Ahmed Rami z. B., einer der umtriebigsten und bekanntesten Judenhasser der Gegenwart, der seit dem Verbot seines »Radio Islam« 1990 vor allem im World Wide Web aktiv ist, faselt auf einer seiner Homepages, die den kompletten Wortlaut der *Protokolle* enthält: »Seit ihrem Bekanntwerden wird (diese Schrift) von freimaurerischen und zionistischen Kreisen hartnäckig als Fälschung bezeichnet. Gerichtsgutachter hatten jedoch schon in den 30er Jahren das Gegenteil festgestellt!«

Nämlich mit Beweisen dieser Qualität: Maurice Joly ist der eigentliche Verfasser des Pamphlets? Schon möglich, dröhnte Fleischhauer, Joly sei ja selber Jude gewesen. Beweis: Er trug seinen Bart genauso wie Karl Marx. Die russische Polizei soll die *Protokolle* gefälscht haben? Unmöglich, sie werde darin doch kritisiert Und immer wieder, gebetsmühlenhaft, völlig manisch, Syllogismus und Tautologie als Argument: Der Text sei echt, weil er beweise, daß die Juden alle Nichtjuden hassen, was wiederum beweise, daß der Text echt sein muß. Das Wahnsystem Antisemitismus hat keine Lücken, weil es sie einfach nicht zuläßt, weil es mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat und auch nicht haben will. Als zwei Jahre nach dem Berner Prozeß ein Berufungsgericht das Verbot der *Protokolle* aus formaljuristischen Gründen kassierte - ohne sie freilich als authentisch zu rehabilitieren, von einem »Hetzartikel gemeinster Sorte« spricht die Urteilsbegründung -, wurde Fleischhauer »in Deutschland als Held gefeiert und erhielt Einladungen zu Vortragsreisen in viele Länder« (Ben-Itto).

Das böse Märchen von den Juden, die heimlich die Welt beherrschen, ist der Fluchtpunkt, auf den alle kurrenten Verschwörungsphantasien zulaufen. Der Newage-Jünger, der mit Sterndeutung anfing, über Kreise im Kornfeld und die Roswell-Saga zur Ufologie gekommen ist und dank »Akte X« inzwischen weiß, daß böse Aliens im Bunde mit den Geheimdiensten die Menschheit zu versklaven trachten, steht nur mehr einen kleinen Schritt davon entfernt, auf die *Protokolle* hereinzufallen. Der Umweltschützer, der sich in Brokdorf seine Ladung Reizgas abholte, fortan bei jeder Öko-Schweinerei ein Globalkomplott der Multis gewittert hat und mittlerweile nichts tiefer fürchtet als den großen Plan von Industrie und Regierung zur Verschandelung seines Erbguts, kann schneller bei den Antisemiten landen, als er ahnt. Denn sämtliche Weltverschwörungstheorien - die seit dem Ende des Realsozialismus bunter und üppiger blühen denn je - folgen dem Muster, das die Proto*kolle* vorgegeben haben. Die Paranoia grassiert in den späten Neunzigern wie lange nicht mehr, und Ratschkowskis niederträchtige Fälschung hat beste Chancen, ein weiteres Jahrhundert lang die Bibel der Paranoiker zu bleiben. 1996, berichtet Hadassa Ben-Itto, erschien eine Neuausgabe der Protokolle in Zagreb. »Sie gibt den Juden die Schuld am Krieg in Kroatien. Schon am Erscheinungstag wurden Hunderte von Exemplaren verkauft.«

»Die Macht der Lüge« ist ein Vorabdruck aus dem Buch Was *steckt dahinter? Die 99 wichtigsten Verschwörungstheorien,* das Kay Sokolowsky gemeinsam mit Jürgen Roth verfaßt hat. Es erscheint im November bei KiWi.

Konkret 08/98, S. 53

Oliver Geden

Buch & Deckel

Andreas Buderus: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Pahl-Rugenstein, Bonn 1998, 192 Seiten, 29,90 Mark

Die Ausrufung »national befreiter Zonen« in Ostdeutschland hat endlich zu einer kritischen Betrachtung der sozialpädagogischen Konzepte der Betreuung rechtsextremer Jugendlicher geführt. Dabei stellt sich heraus, daß von der beliebten These, rassistische Gewaltexzesse seien auch Folge der Schließung zahlreicher Jugendclubs in Ostdeutschland, eher das Gegenteil richtig ist: Jugendclubs gehören zu den wichtigsten Teilen der braunen Infrastruktur, sie sind die idealen Orte neonazistischer Agitation und Mobilisierung - und das nicht nur im Osten, sondern beispielsweise auch im niedersächsischen Tostedt.

Im Mittelpunkt der Kritik steht vor allem das 1992 nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock entwickelte »Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt« (AgAG), mit dem 123 Projekte, vor allem in Ostdeutschland, gefördert wurden, und die darin vorherrschende »akzeptierende Sozialarbeit«. Andreas Buderus wendet sich in seiner Untersuchung gegen die politische Instrumentalisierung der Sozialpädagogik: »Jugendarbeit gerät in Gefahr, zum kalmierenden pädagogischen Büttel und erzieherischen Ausführungsorgan einer Gesellschaft zu werden, die sich im ausgehenden Zwanzigsten Jahrhundert und nach der Wiedererlangung nationaler Größe und Verantwortung Reibereien im Inneren und das Bild des häßlichen Deutschen nach außen (im Augenblick) nicht mehr leisten will und kann.«

Buderus kritisiert vor allem die Pädagogisierung von politischen Auseinandersetzungen und die Entlastung von Erwachsenen durch die Umdefinition von Rassismus als »Jugendproblem«. Für die Tendenz zur »sozialarbeiterischen Glatzenpflege« macht er die Theoriefeindlichkeit der Sozialpädagogik, die mangelhafte Ausbildung der Betreuungspersonen, vor allem aber den Verzicht auf eine emanzipatorische Utopie verantwortlich. Seine eigenen Gegenentwürfe fallen freilich dürftig aus.

Bernhard Schmid: Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front National. Elefanten Press, Berlin 1998, 250 Seiten, 34,90 Mark

Die Krise der französischen Konservativen ist zugleich die Erfolgsgeschichte des Front National (FN). Mit seiner eigensinnigen Kandidatenpolitik trug deren Führer Le Pen maßgeblich zur Niederlage der Konservativen bei den Parlamentswahlen 1997 und den Regionalwahlen 1998 bei. Stimmenzahl und Taktik des FN brachten das konservative Lager an den Rand der Spaltung. Der in Paris lebende Bernhard Schmid analysiert die bedeutendste rechtsextreme Wahlpartei innerhalb der EU als Resultat einer Geschichte des modernen Rechtsextremismus, die im 19. Jahrhundert mit zwei gegenläufigen Strömungen beginnt: einem katholischen Fundamentalismus und einem sozialistisch geprägten Darwinismus, die sich in der Dreyfus-Affäre als ein starkes rechtsextremes Lager konstituieren. Darin vermischten sich klerikal geprägte Agitation gegen Juden und Freimaurer mit einem (natur-)wissenschaftlichen »Nachweis« biologischer Ungleichheit. Das Bindeglied zwischen beiden Fraktionen bildet bis in die Gegenwart ein ausgeprägter Rassismus und Antisemitismus.

Auch die Stärke des Front National besteht darin, daß er die unterschiedlichsten ideologischen Familien und gegensätzlichsten Fraktionen unter einen Hut bringt. Hier finden sich, jeweils bis in die Parteispitze hinein, sowohl Papsttreue wie romfeindliche Fundamentalisten, die antichristlich-neuheidnische Nouvelle Droite, nationalrevolutionäre Antikapitalisten, militante Neonazis, Monarchisten und Anhänger der Moon-Sekte. Zusammengehalten wird dieses Konglomerat durch den lange Zeit unumstrittenen Parteichef Le Pen, der stets darum bemüht ist, daß sich die ideologischen Strömungen auf ihre Gemeinsamkeiten im Kampf gegen das bürgerlich-liberale System beziehen.

Der 1972 gegründete FN ist keine Massen-, sondern vielmehr eine Aktivistenpartei, die in zahllosen Vorfeldorganisationen bemüht ist, auch die widersprüchlichsten Klassen- und Gruppeninteressen in den Dienst der Partei zu stellen. Hier finden sich Satellitenorganisationen für Unternehmer ebenso wie für Arbeiter oder Arbeitslose, für Autofahrer wie für Naturschützer. Und dann geht es gemeinsam gegen die Immigranten. Schmid hält es nur noch für eine Frage der Zeit, bis sich mit dem Chefideologen Bruno Megret die Parteiströmung durchsetzt, die den FN zum Bündnispartner einer »vereinigten Rechten« machen wird.

Renate Bitzan (Hg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und Feine Damen. Elefanten Press, Berlin 1997, 310 Seiten, 39,90 Mark

Ob beim Skingirl, bei der rechtskonservativen Publizistin, der neuheidnischen Mystikerin, dem Mädchen aus der Jugendgang, der Lebensschützerin oder der DVU-Wählerin - welche Rolle spielt das Geschlechterverhältnis in der Praxis und in den Theorien rechter Frauen? Anders als die Vorstellung einer Einheit von Rechtsextremismus und Männerbund nahelegt, sind rechte Frauen keineswegs durchgängig auf eine Kinder-Küche-Kirche-Rolle fixiert, die Männern und Frauen entlang der klassischen Trennlinie *öffentlichl-privat* getrennte Sphären zuweist. In dem von Renate Bitzan herausgegebenen Band wird die Auffassung vertreten, daß vor allem bei Funktionärinnen rechtsextremer Wahlparteien das Konzept polarer Geschlechteridentitäten sehr stark mit den eigenen, berufsorientierten Lebensrealitäten kollidiere, doch ihr politisches Engagement sei in der Regel weitaus mehr durch ausländerfeindliche Einstellungen motiviert als durch ein vorrangiges Interesse an Frauen- und Familienpolitik.

In der Rechtsextremismusforschung werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede tendenziell naturalisiert und damit einer kritischen Analyse entzogen: Die Unterrepräsentation von Frauen erscheint hier oft als Ergebnis vermeintlicher Konfliktscheu, Harmoniesucht und politischen Desinteresses. Demgegenüber verweist Svenja Ottens auf die eingeschränkten Analysekategorien der etablierten Sozialforschung. Sie wendet sich gegen die Verkürzung von rechtsextremen Verhaltensmustern als gewalttätig und autoritär, verweist auf den lebensweltlich spezifischen Zugang von Frauen und Mädchen zu rechtsextremen Einstellungen. Dieser drücke sich etwa aufgrund individueller Gewalterfahrungen eher in Distanz zu direkten physischen Gewaltandrohungen aus, gebe »unsichtbarer«, strukturell ausgeübter Gewalt den Vorzug.

Konkret 08/98, S. 54

Mark-Stefan Tietze

Personalpolitik

Deutschland ist in der »Vorbildkrise«. Und kreiert eine Unzahl von Prominenten, an denen jetzt auch das Verlagswesen nicht mehr vorbeikommt

Man kann gut leben, ohne von Michael Steinbrecher je gehört zu haben. Auch der Spitzname »Naddel« muß einem nichts sagen. Ein Interesse an Halbstars und Viertelprominenten wie diesen beiden wird allerdings zwingend vorausgesetzt, wenn man sich durch die Welt der Publizistik bewegt. Ob es sich um TV-Magazine oder das Feuilleton der »Qualitätspresse« handelt - der mehr oder minder berühmte Mensch steht mittlerweile im Mittelpunkt aller Berichterstattung, auch wenn er lediglich Berühmtheiten ansagt oder mit solchen liiert ist.

Ruhm ist allerdings heutzutage nicht mehr so leicht zu ergattern. Seit es in Deutschland kommerzielles Fernsehen gibt, hat sich die Zahl derer vervielfacht, die einen prinzipiellen Anspruch auf Prominenz geltend machen können. Da sich das Publikum aber beharrlich weigert, noch mehr fernzusehen, garantiert Mattscheibenpräsenz alleine längst keine Bekanntheit mehr. Die Kollegen von den Printmedien müssen sich also kräftig ins Zeug legen, um das Interesse an all den VH-I-Moderatoren, Seifenopern-Darstellern und RTL-2-Showmastem wachzuhalten. Indem sie deren Treiben ausgiebig schildern und deuten, verklären sie sie zu allseits Bekannten. So schließen sich die gut informierten Kreise.

Daß die Medienrealität eine ganz eigene ist, unterstellen avancierte Medienwissenschaftler schon seit längerem. In jener selbstbezüglichen Wirklichkeit, die nach seltsamen eigenen Gesetzen hergestellt wird, kursieren die Namen und Gesichter aller möglichen Sportler, Schauspieler, Moderatoren und Werbefiguren, für die man sich eigentlich nicht zu interessieren bräuchte. Aber der Hype ist zur Gewohnheit geworden und macht mittlerweile den größten Teil des Geschäfts aus.

So ist es dieser Tage ein leichtes, sich in fremder Menschen Schicksale einzuklinken, sich zu ergötzen oder zu ärgern an den Biographien großer und kleiner Leute. Auch das Verlagswesen begegnet der immensen Nachfrage nach solchem Stoff mit einem beeindruckenden Ausstoß. Während sich in den Buchläden die konservativ-lobhudelnden und die sozialdemokratisch-entzaubernden Charakterstudien etwa gleichmäßig die Regale teilen, wurde es langsam mal Zeit für einen neuen Buchtypus, der den allgegenwärtigen Personenkult reflektiert oder wenigstens ein bißchen systematisiert.

Ein besonders dummes Beispiel dafür ist Ulrich Greiwes *Die Kraft der Vorbilder - Ihre Rolle gestern, heute und morgen.* Den weitgehend unbekannten Autor und Fernsehjournalisten aus München hat man sich am besten als eine Mischung aus Marion Gräfin Dönhoff und Günter Wallraff vorzustellen, die sich mit Johannes Mario Simmel, Wolfgang Petersen und Richard von Weizsäcker darüber unterhalten, wie denn die Welt vorm Untergang zu retten sei. Tatsächlich weist Greiwe diesen Personen einen genuinen »Vorbildcharakter« zu und kommt zu dem Schluß, daß neue, integre und charismatische »Führungspersönlichkeiten« vom selben Kaliber her müßten.

Dabei geizt der grün-alternativ angehauchte Autor nicht mit kritischen Bemerkungen zur globalisierten »über-ökonomisierung«, die ihm jedoch meistens »Amerikanisierung« heißt. Unter dem Einfluß dieses bösen Exportartikels entschwänden die typisch deutschen Tugenden: Zusammengehörigkeitsgefühl, Nächstenliebe und Verzichtbereitschaft. Doch Greiwe wäre kein Zivilgesellschaftler, wollte er nicht auch Hoffnung verbreiten: Eine »neue Vorbildsehnsucht«, geortet irgendwo zwischen »Techno-Jüngern, Punks, Girlis (!), Gruftis, Skinheads, Jesus-Freaks und exzessiven Trendsport-Abenteurern«, könne dem ungesunden Spuk demnächst vielleicht ein Ende bereiten. Als Vorbilder der Zukunft betrachtet Greiwe allerdings »erregend vernünftige Politiker, aufregend redende Schriftsteller und altruistische Persönlichkeiten, die wie Dietmar Schönherr oder Karlheinz Böhm ihre Autorität durch Doppelbegabung stärken konnten«. Dies macht sein Buch zu einem Fanal wider den Zeitgeist bzw. voraussichtlich bald zu Ramsch.

Ganz anderes führt der von Klaus Bittermann herausgegebene Sammelband *Warum sachlich, wenn ~ auch persönlich geht* im Schilde. Er möchte das *Jahrbuch* 1997 eines Who‘s who *peinlicher Personen* sein und knüpft an die »Erledigten Fälle« Eckhard Henscheids und die »Peinlichsten Personen des Monats« aus den achtziger Jahren des Satiremagazins »Titanic« an. Die kurzen Beiträge porträtieren in alphabetischer Reihenfolge fast 150 Medienpersonen und -produzenten, und da man sich programmatisch der »unsachlichen Stichelei« und der »völlig überzogenen Polemik« verschrieben hat, kommen die behandelten Prominenten nicht gut weg.

Wenn der Titel ausdrücklich Unsachlichkeit reklamiert, brauchen die Maßstäbe der subjektiven Auswahl und Kritik selbstverständlich auch nicht stringent zu sein. Aber es gestaltet sich schon etwas problematisch, wenn auf der einen Buchseite zu Dagmar Berghoff geschrieben steht: »Der Tod ist eine Nachrichtensprecherin aus Deutschland«, und gleich auf der nächsten Seite Wolf Biermann dafür gescholten wird, daß er es »unter einem KZ-Vergleich beim Dichten nur äußerst ungem tut«.

Dagmar Berghoff? Wolf Biermann? Ja, in der Tat, man findet viele gute Bekannte in diesem Jahrbuch. Daß weiterhin Björn Engholm, Hanns Dieter Hüsch, Regine Hildebrandt und Dorothee Sölle peinliche Personen sein sollen, wer hätte das

gedacht? Bzw. wer seit Jahren eigentlich nicht? Daß nicht alle versammelten Texte taufrisch wirken, läßt allerdings vermuten, daß das Projekt ohnehin eher als Einstieg in die Welt der verunglimpfenden Satire angelegt ist. (Es empfiehlt sich freilich, den Band nicht in einem Rutsch zu lesen. So viel geballte Polemikkraft droht sich stets ein wenig zu neutralisieren, wenn sie unter sich bleibt.)

Etwas subtiler und ein bißchen systematischer versucht sich der Feuilletonist Willi Winkler an einer Typologie unterschiedlicher Medienfiguren. Alle *meine Deutschen - ein Bestiarium* erhebt schon im Titel einen umfassenden Anspruch und will laut Klappentext auch gleich »eine Abhandlung über den deutschen Typus an und für sich« sein. Leider krankt die »Typologie« daran, daß sie nun gerade nicht, wie schon wieder der Klappentext verkündet, »die verborgensten Höhen und Niederungen unseres Deutschseins« erschließt, sondern sich schierer Beliebigkeit und nackter Willkür verdankt. Zusammengeworfene Feuilletons über beispielsweise Uschi Glas, Peter Glotz, Dieter-Thomas Heck und Roman Herzog werden in Gruppen namens »Die Friseurweltmeister« oder »Nachrichten aus einer besseren Welt« gepackt, damit ein Buch daraus werde. In dem kann man dann lesen, daß über Dieter Bohlen und Verona Feldbusch aus dem Fernsehen zu erfahren war, »was ohnehin schon jeder wußte: daß sie eine blöde Schnepfe ist und er ein Dummermann erster Güte«.

An so einer raffinierten Reflexion merkt man schon, daß es Winkler gar nicht um das Deutsche oder seine Typen geht. Es geht ihm um eine Medienkritik, die er an der Prominenz lediglich aufzäumt. Indem er das Personal des Betriebs zum idealtypischen deutschen Medienmenschen stilisiert, kann er die einzelnen Figuren in aller Ausführlichkeit charakterisieren und ihre Karrieren lang und breit kolportieren.

Warum aber wird dem Menschen, der einzelnen Person, wie prominent auch immer, überhaupt so eine Wichtigkeit zugemessen? Eigentlich war man sich doch in theoretisch bewanderten Kreisen mal einig, daß aus dem Individuum die Luft raus ist. Im Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse oder sozialer Systeme spielt das einzelne Subjekt letztlich keine große Rolle, bzw. es spielt so viele kleine Rollen, daß man es guten Gewissens nicht mehr Individuum nennen mag.

In dem Maße jedoch, in dem sich die Theoriebegeisterung in die innersten universitären Zirkel zurückzieht, wird der anthropologische Evergreen wieder gerne gehört, der da lautet: Den Menschen interessiert halt nichts so sehr wie der Mensch. Und es ist ja auch kaum zu leugnen, daß sich Institutionen schlecht lieben lassen, Organisationen nur mühsam zu kränken und Strukturen nur unter großem gedanklichen Aufwand zu hassen sind.

Wer unter solchen Umständen irgendwie aufklärerisch tätig sein will, hat einen Spagat zu bewältigen. Er muß, will er abstrakte Verhältnisse, politische Theorien, soziale Zusammenhänge an den Mann bringen, wohl oder übel dem geringen Publikumsinteresse an solchen Fragen Rechnung tragen. Oskar Negt und Alexander Kluge hielten es 1972 bereits für denkbar, daß sich theoretische Erfahrung überhaupt nur dann an Nichttheoretiker vermitteln ließe, »wenn sie sich durch eine Person, und zwar durch deren Verhalten, Gesten, persönliche Integrität ausdrückt«.

Wer die Verhältnisse gutheißt oder achselzuckend akzeptiert, kann natürlich darauf verzichten, gesellschaftliche Konflikte zu personalisieren, weil ihm Führungspersonen und ihre Moral von vornherein als ganzes Programm dienen können. Das Problem der Vermittlung theoretischer Erkenntnis stellt sich vordringlicher dem, der die Welt für schlecht eingerichtet hält. Er muß stets von neuem erklären, warum die Menschen ihre Gesellschaft gegen alle Einsicht immer noch nicht für veränderungswürdig halten, und er muß dies auf eine Art tun, die sich Gehör verschafft. Solche Unternehmungen scheinen aber, wie man hört, zunehmend auf dem Rückzug zu sein.

Fünfundzwanzig Jahre nach Negt und Kluge klingt der soziologische Befund dann auch ganz anders. »Gegen Komplexität kann man nicht protestieren«, warnt der prominente Systemtheoretiker Niklas Luhmann in seinem gesellschaftstheoretischen Entwurf von 1997: »Um protestieren zu können, muß man die Verhältnisse plattschlagen.«

Die Verhältnisse plattschlagen -mal ehrlich, wer will das schon? Lieber schlägt man doch jene Personen zu Abziehbildern, die man als Stellvertreter der Verhältnisse ansieht. Wer wie Vorbild-Spezialist Greiwe vornehmlich pädagogisch tätig ist und heilend ins Geschehen eingreifen möchte, erklärt Medienmenschen zu Ikonen fürs Poesiealbum. An ihren Wegen und Irrwegen zeichnen sich dann lauter kleine Erzählungen zu charakterlicher Vervollkommnung und richtigem Leben ab. Die satirischen Verächter der offiziellen Prominenz erklären indessen deren markante Köpfe zu paradigmatischen oder gar symptomatischen Repräsentanten der gesellschaftlichen Gebrechen und Schurkereien. Aus denen tönen die Verhältnisse wie aus der Clowns- oder Charaktermaske, und sie sind deshalb verdientermaßen persönlich mit Spott und Schmähungen zu überziehen. Liberale Kritiker á la Winkler können ihre kritische Beschäftigung mit der Prominenz wiederum rechtfertigen, indem sie den angesprochenen Medienrezipienten zugestehen, sie wollten »ihre eigene Medienerfahrung in der Kritik wiederfinden - und die ist nun mal aufgrund von Lernprozessen im real existierenden Journalismus an bekannte Namen gebunden« (so der Publizistikwissenschaftler Siegfried Weischenberg zu eigenen essayistischen Ausflügen).

Daß in der Welt von Journalismus und Massenmedien einiges im Argen liegt, daß deren Realität die eigentliche Zielscheibe der Kritik darstellt - daran lassen die drei Publikationen über Prominenz dann letztlich auch keinen Zweifel. Greiwe benennt ganz ausdrücklich die Medien als Verursacher der zeitgenössischen »Vorbildkrise«. Da »Denkmalsturz als höchstes Ziel eines diskjockeyartigen Journalismus« gelte, seien die Vorbilder nun extrem bedroht. In der idyllischen

Medienwelt von gestern, als noch Geschichtsbewußtsein und »Vorbildpädagogik« herrschten, hätten verantwortungsvolle Medien bei den menschlichen Schwächen des Führungspersonals gerne mal ein Auge zugedrückt. Heute, da Vielfalt und Geschwindigkeit der Medienkommunikate unter Quotendruck explosionsartig zunähmen, würden Journalisten konstant »Demokratie mit Destruktivität verwechseln«. Geistige Verwaisung und emotionslose Technokratie seien die schrecklichen Folgen.

Den Autoren des Who‘s who *peinlicher Personen* wären solche Anwürfe gewiß nicht unangenehm. Im Klappentext stellt sich der Band dar als eine »kleine Genugtuung für jeden, der sich mit der monströsen Banalität jener Gestalten des öffentlichen Lebens nicht abfinden mag, an denen jede Kritik scheitert und die man deshalb ein bißchen ärgern muß«. Medienkritik bedeutet hier also persönliche Notwehr gegen die unsympathischen Menschen, die von den Medien an die Spitze befördert werden. Banal, oberflächlich und direkt aus der »kleinbürgerlichen Hölle« entsprungen, »quasseln«, »quaken«, »palavern« und »zetern« diese abscheulichen Medienfiguren auf ihr Publikum ein. Das aber läßt sich alles gefallen und merkt nichts. Cleverer und doppelbödiger inszeniert sich Winklers Medienkritik. Am Fall des TV-Journalisten Michael Born, der mit frei erfundenen Reportagen kurzzeitig viel Erfolg hatte und dann dafür ins Gefängnis mußte, rügt Winkler den publizistischen Jammer um den Niedergang des Fernsehens: »Als gäbe es da irgendwas, was niedergehen könnte! Fernsehen ist dumm, aber noch dümmer ist, wer das kritisiert.« Der Medienkonsument, so Winkler, wolle schließlich betrogen werden; man dürfe ihm diesen Sachverhalt nur nicht allzu stark unter die Nase reiben. Born habe gegen das Schweigegebot verstoßen und sei deshalb zu unverhältnismäßigen vier Jahren Haft verurteilt worden. »Das Fernsehen muß lügen dürfen«, folgert Winkler daraus, »sonst gerät es in eine ernsthafte Glaubwürdigkeitskrise.«

Und dann sieht Winkler da noch den Typus des »Nachtwächters« am Werke, eine Medienfigur, die er in Ulrich Wickert, Peter Gauweiler und Günter Grass verkörpert glaubt. Was der Nachtwächter dem Publikum sagt, ist: »Es gibt jemand, der sich um uns kümmert, der aufpaßt, daß uns kein Leid geschieht, und der weiterhin dafür sorgt, daß wir verstehen, was wir nicht sehen. Der uns also ein wenig Angst macht, in Maßen natürlich, die Angst aber gleich wieder von uns nimmt, weil er die Welt draußen so schlüssig zu interpretieren weiß.«

Vielleicht wirkt ja die ganze Publizistik so. Vielleicht vermittelt die Medienrealität in ihrer Gesamtheit die Vorstellung - zumal Gesellschaft in den meisten Köpfen ohnehin wie eine Familie modelliert ist -, daß irgendein guter Vater da draußen sich schon kümmert, es sortiert und richtet.

Es gibt diesen Jemand natürlich nicht. Aber wie sagt man's den Kindern?

Ulrich Greiwe: *Die Kraft der Vorbilder Ihre Rolle gestern, heute und morgen.* Kösel-Verlag, Kempten *1998, 200* Seiten, *29,90* Mark

Klaus Bittermann (Hg.): *Warum sachlich, wenn*

auch persönlich geht. Das Who‘s who peinlicher Personen. Jahrbuch 1997. Edition Tiamat, Berlin *1997, 192* Seiten, *28* Mark

Willi Winkler: *Alle meine Deutschen. Ein Bestiarium.* Mit Zeichnungen von Greser & Lenz. Alexander Fest Verlag, Berlin *1998, 160* Seiten, *38* Mark

-

Konkret 08/98, S. 56

Alexander Bogner

Was sagt der Todes-TED?

Euthanasie als Volksquiz Norbert Hoerster läßt »jedermann« über das Schicksal von Behinderten und Wachkoma-Patienten abstimmen

Es ist zum Verzweifeln. Seit über 15 Jahren grätscht und stürmt Norbert Hoerster für die strafrechtliche Freigabe der Euthanasie und beißt sich dabei doch nur regelmäßig in einer geschlossenen Abwehrkette aus ärztlichen Standesfürsten, bornierten Strafrechtlern und metaphysikbeladenen Philosophen fest. Glaubt man Hoerster, so spielt sich die deutsche Euthanasie-Debatte »nicht unter nüchtern-rationalen, sondern unter weltanschaulich-religiösen Voraussetzungen« ab, angeblich dominiert von Rechtswissenschaftlern, die »ihre eigene kompromißlose Ablehnung der Sterbehilfe einfach in die Verfassung hinein: interpretieren«. Nichts als Dogmen, Vorurteile, Fundamentalismen: Das finstere Mittelalter herrscht in Deutschland, konstatiert der emsige Aufklärer, weil die Menschen hier noch nicht nach seiner Facon sterben dürfen.

Zum Abschluß seiner aktiven Laufbahn als Rechtsphilosoph an der Universität Mainz hat darum die »Lichtgestalt« der deutschen Lebensbewerter sich und dem Suhrkamp-Verlag die Freude gemacht, im bewährten Doppelpaß mit den zentralen Prinzipien der biomedizinischen Ethik die Euthanasie von ihrem braunen Schattendasein freizuschreiben und eine liberale Praxis zu skizzieren, die den hysterischen Aktivismus der Nazis nur geschäftsschädigend finden kann. Herausgekommen ist ein knapp 200 Seiten langer Sermon über die Tötung »lebensunwerten« Lebens als vornehmste Aufgabe ärztlicher Behandlungskunst, in dem umständlich und langatmig nicht nur das ohnehin Überflüssige aufs neue entfaltet wird; Hoerster scheint mit der Radikalisierung seiner Euthanasie-Propaganda vielmehr bemüht zu sein, den gängigen Vorwurf, er fordere den »Arzt mit Pistole«, endgültig zu bestätigen. Die Prämissen seines Philosophierens über Leben und Tod klingen freilich harmlos.

Ähnlich dem »verehrten Kollegen Singer« schafft sein treuer Fan mit dem Versuch, eine »weltanschaulich neutrale« Fundierung des Lebensschutzes zu entwerfen, Anschlußstellen für Liberale, die über dem Versprechen auf ein Mehr an individueller Autonomie alle Dialektik vergessen: Die Garantie einer freien Verfügung über das eigene Leben (am Lebensende) wird mit der Pflicht erkauft, dieses Leben bei Bedarf intersubjektiver Bewertung auszusetzen. Denn im säkularen Staat, der die religiös motivierte Unantastbarkeit menschlichen Lebens nicht mehr kennt, kann es für die moderne Bioethik nur noch einen relativen Wert des Lebens geben. Für Hoerster speziell ist nur jenes Leben schützenswert, dessen Träger »ein starkes Interesse am Überleben« hat. Menschen, die kein derartiges Interesse in der gewünschten Intensität kenntlich machen können, wären also von vornherein Hoersters tödlichem Erbarmen ausgesetzt, gäbe es da hierzulande nicht die anhaltenden Attacken gegen Singer. Die lassen es seinem deutschen Sprachrohr angeraten erscheinen, die zwingende Selektionslogik seiner Interessentheorie nicht so dezidiert auszubuchstabieren. Um das grundrechtlich garantierte Lebensrecht zu löchern, bedarf es derzeit noch etwas mehr Fingerspitzengefühl, als es der brachiale Utilitarismus an den Tag legt.

Hoerster hält zunächst lapidar fest, daß eine aktive Tötung des Patienten immer dann legitim ist, wenn sie dem Wunsch des Betroffenen entspricht. Um sicherzustellen, daß es sich bei diesem Wunsch um den »eigentlichen Willen« handelt - auf Juristendeutsch: daß die Einwilligung in die Tötung »wirksam« ist -, muß die individuelle Entscheidung durch den bioethischen Rationalitäts-TÜV Der platte Positivismus hat für die komplizierte Operation flugs das praktikable Werkzeug zur Hand: Der Wunsch nach »Sterbehilfe« muß »freier und reiflicher Überlegung« entstammen und vor allem: Der Betroffene muß sich »in einem Zustand schweren, unheilbaren Leidens« befinden.

Die Vermutung, die Leerformel vom »schweren Leiden« soll sich vermittels des »gesunden« Menschenverstands mühelos in »lebenslange Behinderung« übersetzen lassen, bestätigt Hoerster selbst: Euthanasie ist nicht allein »im Fall unerträglicher *körperlicher* Leiden oder Schmerzen für gegeben zu erachten. Auch ein Leben, das nicht von Schmerzen heimgesucht ist oder dessen Schmerzen sich weitgehend beheben lassen, kann für einen Menschen, der in irgendeiner Form einem schweren, unheilbaren Leiden unterliegt, in seiner Gesamtheit als nicht mehr lebenswert empfunden werden. «

Diese Ermächtigung zur Selbstentsorgung liefert gleichzeitig die Steilvorlage für jene Frage, die Hoerster angesichts von »Leben mit dem Defizit einer Schädigung oder Behinderung« seit Jahren umtreibt. Brauchen nicht Behinderte, die keinen erkennbaren Wunsch äußern können, die »Hilfe zum Sterben« am nötigsten? »Angenommen, A war sein ganzes Leben schwer und unheilbar geisteskrank. Jetzt ist er außerdem unheilbar an einer Form von Krebs erkrankt ... « - muß man hier, fragt Hoerster, nicht zwingend von einem impliziten Wunsch nach »aktiver Sterbehilfe« ausgehen? »Ein weiteres Beispiel wäre das eines schwerstgeschädigten Neugeborenen ... « Für diese »Fälle« zaubert der praktische Ethiker die Allzweckwaffe der »mutmaßlichen Einwilligung« aus dem Zylinder. Das heißt: Angehörige und Ärzte machen unter sich aus, wie der Patient in der speziellen Situation wohl für sich entschieden hätte. Frühere Äußerungen, seine Lebenseinstellung oder am besten: ein Patiententestament sollen entscheidungsrelevante Orientierungspunkte sein. Für die

Nicht-Behinderten kann das heute nur heißen: Kein falsches Wort im Bekanntenkreis! Die flapsige Bemerkung über eine hypertrophe High-Tech-Medizin zu fortgeschrittener Stunde, wenn die Diskussionen abflachen, kann tödlich sein! Was heißt das aber für Behinderte, die sich nicht durch permanente und ostentative Demonstration von Lebensfreude privat versichert haben gegen eine »Sterbehilfe«?

Sie sind ein klarer Fall für den Todes-TED. Man muß nämlich »von einer mutmaßlichen Einwilligung des A auch dann ausgehen, wenn *praktisch jedermann* (die überwältigende Mehrheit), sofern in die Situation des A versetzt, für seine Person in die betreffende Behandlungsmaßnahme ausdrücklich einwilligen würde. ... Ob aber praktisch jedermann für seine Person einwilligen würde, läßt sich prinzipiell, sofern Zweifel bestehen, durch Befragungen ermitteln.«

Das Statistik-Programm, das Hoerster am Krankenbett installiert, führt die Betroffenen nur noch als vernachlässigbaren Restfaktor im Häufigkeitsdiagramm. Eine empiristische Ethik, die als »gut« verklärt, was sie im allgemeinen Wertekatalog vorfindet, kann an einer Eugenik, die sich durch das so ungezielte wie absehbare Zusammenwirken von Stellvertreter-Entscheidungen verwirklicht, nichts auszusetzen haben. Die Mehrheit kann schließlich nicht irren. Nun hat man dieses Plädoyer für eine solchermaßen »sozialisierte« Eugenik in dieser oder ähnlicher Form früher schon einmal gelesen. Das kann es nicht gewesen sein. Und Hoerster enttäuscht den Leser nicht.

Bei den Wachkoma-Patienten, die er im siebten Kapitel unter der keineswegs rhetorischen Frage »Herbeiführung des Todes im Interesse der Gesellschaft?« aussondert, läuft der Autor zu Hochform auf Ihnen, die als »tot« zu bezeichnen er ausdrücklich keine Schwierigkeiten hätte, schaltet der Scharfrichter sogar den TED ab. »Nehmen wir einmal an, der Koma-Patient A hat vor Verlust des Bewußtseins ... sich jede Art von Sterbehilfe im vorhinein ausdrücklich verbeten. Nehmen wir weiter an, daß A noch etliche Jahre ohne jede Heilungsaussicht im Koma verbringt, bevor er stirbt. Wollen wir auch für solche Fälle wirklich an unserer Auffassung festhalten, wonach die Behandlung - ohne Rücksicht auf ihre immensen Kosten - bis zum natürlichen Ende nicht abgebrochen werden darf?« Wozu noch per repräsentativer Meinungsumfrage sich über den »Lebenswert« des Patienten informieren lassen, wenn ein Tastendruck auf dem Taschenrechner das exakte Ergebnis liefern kann?

Für Hoerster ist es an der Zeit, endlich einen ärztlichen Behandlungsrahmen zu entwerfen, der von den Kalkulationstabellen der Gesundheitsökonomen modelliert ist. Es sei wünschenswert, »daß in Zukunft eine generelle (zeitliche und/oder qualitative) Behandlungsbegrenzung gegenüber Koma-Patienten vom Gesetzgeber festgelegt wird und von diesem Zeitpunkt an auch für den individuellen Arzt Verbindlichkeit gewinnt.« Dieses Töten aus Geldnöten, das hier legitimiert wird, illustriert sehr schön, was man von einer gesetzlichen Neufassung des Paragraphen 216 StGB (Tötung auf Verlangen) erwarten darf, die sich nach alter Hoerster-Tradition dem Lamento über die repressive Gesetzeslage in Deutschland anschließt.

Der Sterbehilfe-Professor, nachdem er Wachkoma-Patienten und behinderten Neugeborenen den virtuellen Totenschein ausgestellt hat, ist erst einmal ausgepumpt. »Vielleicht«, resümiert er am Ende, »wird sich meine oder eine ähnlich liberale Position zur Sterbehilfe in unserer Gesellschaft nie durchsetzen.« Schön wär's. Der TED, gemessen an den publizistischen Attacken gegen das deutsche Euthanasie-Verbot, spricht allerdings dagegen.

Norbert Hoerster: *Sterbehilfe im säkularen Staat.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1998, 193 Seiten, 18,80 Mark

Konkret 08/98, S. 58

Bernhard Schmid, Gunnar Ulbrich

Kampf um die Köpfe

Die Linke in Frankreich hat eine neue Galionsfigur: den Soziologen Pierre Bourdieu. Eine Revolution freilich ist mit ihm nicht zu machen

Wie kommt Pierre Bourdieu - Jahrgang 1930, Ethnologe, Professor für Soziologie am renommierten Collège de France und einer der »einflußreichsten französischen Intellektuellen« in Frankreichs Medien plötzlich zu Titeln wie »unser letzter großer Komiker«, »alter aufgekochter Stalinist«, »Guru. der neuen Ultra-Linken« oder gar »der, der die Revolution vorbereitet«?

Bourdieu, der nach eigener Aussage »Anti-Kommunist« war, »als alle Intellektuellen Kommunisten waren«, fällt seit einigen Jahren immer öfter durch politische »Interventionen« auf Diese korrespondieren mit Bourdieus These vom Intellektuellen als »beherrschte(m) Herrschenden«, an den er die Forderung richtet, »in eine politische Aktion ... seine spezifische Kompetenz und Autorität einzubringen, die er innerhalb des intellektuellen Feldes erworben hat.« Spätestens seit den massiven Streiks im Dezember 1995 versucht er sich selbst daran zu halten. In den Medien ist er mittlerweile zur emblematischen Leit- und Integrationsfigur einer außerparlamentarischen »gauche de gauche« (»linken Linken«) hochgeschrieben worden, hinter der sich ein als »mouvement social« (die »soziale Bewegung«) bezeichnetes heterogenes Ensemble von »mouvements sociaux« (diversen »sozialen Bewegungen«) und Intellektuellen verbirgt, das links der regierenden rosa-rot-grünen Koalition für eine »emanzipative« Politik kämpft.

Bourdieu ist jedoch nicht der große Einzelkämpfer, als welcher er in den Medien erscheint, sondern der bekannteste Kopf des seit Dezember 95 bestehenden Intellektuellenkollektivs »Raisons d'Agir« (Gründe zu handeln). In der Einleitung zu seinem neuesten Sammelbändchen *(Contre-Feux,* Gegenfeuer) beklagt Bourdieu sich über den Hang jener Journalisten, die für Gastbeiträge in Tageszeitungen oder Wochenmagazinen verantwortlich sind, eine Form »spontaner Zensur« auszuüben: »Immer auf der Suche nach dem symbolischen Kapital, das mit bestimmten Eigennamen verbunden ist, haben sie eine geringe Vorliebe für Artikel, die mit mehreren Namen oder gar dem Kürzel eines Kollektivs unterzeichnet sind.« Dies stelle eines der größten Hindernisse für die »Bildung eines kollektiven Intellektuellen« dar. Am selben Ort trägt er selbst die Namen mehrerer seiner Koautoren nach, die von den Mitarbeitern der Tageszeitung »Liberation« unter einem gemeinsamen Beitrag zur französischen Immigrationspolitik wegzensiert worden waren.

Seit Ende 1996 zeichnet Raisons d'Agir verantwortlich für eine überaus erfolgreiche Buchreihe von »politisch-wissenschaftlichen Interventionen« des am Collège de France angesiedelten Non-Profit-Verlages Liber-Raisons d'Agir, die zu einer »populären internationalen Enzyklopädie« ausgebaut werden soll. Die Produktion der Buchreihe folgt einem einfachen Prinzip: »Was wir brauchen, ist ja nicht eine moralische oder philosophische, sondern eine wissenschaftliche Kritik«, so Bourdieu, also »Arbeiten, die man in wissenschaftlichen Zeitschriften abdrucken kann.« Die Version fürs große Publikum komme erst danach, was nicht bedeutet, daß sie weniger wichtig wäre. Bourdieu bezeichnet sie als Hilfsmittel im Kampf gegen die herrschende, vor allem neoliberale und konservative »Doxa«, die für ihn kaum mehr »Wissen« präsentiert, sondern lediglich »Meinungen«.

Eine soziologische Kritik des Fernsehens von Bourdieu (Sur *la télévision,* 1996), in der er den Gegensatz von Fernsehen und Denken postuliert, verkaufte sich bisher 100.000 Mal, eine Kritik des medialen »Einheitsdenkens« und der dort existierenden »Kreise des stillen Einvernehmens« von Serge Halimi *(Les nouveaux chiens de garde,* 1997) sogar fast 200.000 Mal. Ähnlichen Verkaufszahlen streben derzeit ein im Frühjahr von fünf Autoren veröffentlichter Band über die Rolle der Intellektuellen im Dezember 1995 *(Le >décembre< des intellectuells francais)* wie auch eine Vortrags- und Textsammlung zu verschiedenen Themen *(Contre-Feux)* von Bourdieu an.

Der überraschende Erfolg der jeweils gut hundertseitigen Bändchen läßt sich wohl nicht auf die Formel »bunt-billig-polemisch« reduzieren, denn sonst wäre der teure 850-Seiten-Wälzer *La misére du monde* seit 1993 nicht ebenfalls knapp 100.000 Mal über die Theke gegangen. Bourdieu erklärte diese Popularität Ende April in einem seiner seltenen Fernsehinterviews - »Ich hasse es!« - mit dem »therapeutischen Aspekt« der Soziologie. Als »Instrument der Selbstanalyse« erlaube sie es jedem, die sozialen Verhältnisse und seine Position in ihnen besser zu verstehen. Und danach bestehe offensichtlich großer Bedarf.

Von seiner Theorie, die weniger eine Großhermetik á la Luhmann oder Habermas vorstellt, als vielmehr ein - häufig aus seiner empirischen Forschung entstandenes - Arsenal von Teiltheorien und Konzepten ist, behauptet der Autor, daß sie ohne normativen und moralischen Impetus auskomme. Die kritische Funktion seiner Soziologie ergebe sich schlicht aus der Enthüllung der »unsichtbar« resp. »unbewußt« bleibenden alltäglichen Gewalt und der ihr zugrundeliegenden Macht- und Legitimationsmechanismen.

Allerdings nimmt Bourdieu weder für seine wissenschaftlichen noch für seine politischen Aussagen in Anspruch, als eine Art sokratischer Bewußtseinsheber ewige Wahrheiten zu verkünden, wie ihm häufig vorgehalten wird. Er könne, sagt er,

nur hinter den »äußeren Schein« und den »sichtbaren Diskurs über diesen äußeren Schein« blicken, um dann Möglichkeiten zu antizipieren und auszuweisen. Was konkret zu tun sei, bleibe aufgrund der Differenz zwischen theoretischer und praktischer Logik von Erkennen und Handeln den »sozialen Akteuren« bzw. den »mobilisierbaren Klassen« überlassen. Und er traut den »Beherrschten« durchaus zu, die Gesellschaft in ihrem Interesse zu verändern.

Ob indes Bourdieus Soziologie die richtige Wahl ist, um den »Beherrschten« dabei zu helfen, die »zahllosen Verletzungen der Freiheit des einzelnen« durch die »wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Determinanten« zu bekämpfen, wird ebenso bestritten wie die Stoßrichtung seiner politischen »Interventionen«. Die Linken halten ihm vor, daß, wer von den sozialen Verwüstungen des Neoliberalismus sowie von Macht- und Herrschaftsverhältnissen rede, vom Kapitalismus nicht schweigen solle. Sein Verstummen an dieser Stelle dürfte nicht allein an dem Problem liegen, das er mit den sozialen Bewegungen teilt, nämlich momentan über kein gemeinsames politisches Projekt zu verfügen, in dessen Perspektive sich alle Beteiligten vereinen könnten. Bourdieu spricht auch deswegen nicht vom Kapitalismus, weil er Haupt- und Nebenwidersprüche auflöst und sie als »Kämpfe« im Sinne von (sportlich-spielerischer) Konkurrenz zwischen den in einem »relationalen Verhältnis« zueinander stehenden »sozialen Akteuren« bzw. »sozialen Klassen« begreift. In modernen Gesellschaften gebe es zwar eine »tendenzielle Dominanz des ökonomischen Feldes«, doch daneben existierten »soziale«, »kulturelle« und »symbolische Kapitalverhältnisse«, die sich nicht auf der Okonomie abbilden ließen, sondern einer »jeweils eigenen Logik« folgten.

Was »soziale Klassen« sind, ermittelt Bourdieu über die jeweils ähnliche Zusammensetzung der verschiedenen Kapitalformen bei einer Gruppe von Akteuren. Genau um die Verteilung dieser Kapitalien drehen sich die materiellen und geistigen Machtkämpfe zwischen den »Herrschenden« und »Beherrschten«, und es sind wiederum diese praktisch ausgetragenen »Kämpfe« innerhalb der einzelnen Felder, die er als Motor der gesellschaftlichen Veränderung ansieht. Würden sie nicht ausgefochten und damit die »Felder« verändern, so neigten diese zu ihrer »identischen Reproduktion.

Auf diesen Aspekt des macht- und herrschaftstheoretischen Teils seiner Soziologie scheint sich Bourdieu nun zunehmend konzentrieren zu wollen. Dafür spricht seine Vortragsreihe »La domination« (Die Herrschaft), die er in den letzten Monaten im selbst während des WM-Eröffnungsspiels überfüllten Auditorium (500 Plätze) des Institut du Monde arabe hielt. Ausgehend von den Fragen »Wie wird Gehorsam erzeugt, wodurch wird Herrschaft akzeptiert, warum ist die Rebellion nicht die Regel?« stellte er die These auf, daß Zwang und Repression nicht die Hauptfunktionen, sondern Grenzphänomene des Staates sind. Sie existierten zwar, aber eine Gesellschaft funktioniere vor allem dann »normal«, wenn und vor allem weil die in ihr herrschende Ordnung als selbstverständlich anerkannt werde. Eine »Art permanenter Selbstrechtfertigung« der sozialen Welt erzeuge einen »logischen Konformismus« (Durkheim), der »Macht« im Sinne von »Gewalt ohne Ideologie« fast überflüssig mache, da (schon qua Sozialisation und Bildung) eine subtile wie unerbittliche »symbolische Gewalt« an ihrer Stelle »inkorporiert« werde, die einen vom Bewußtsein weitestgehend unabhängigen Gehorsam automatisiere.

Als besonders wichtig erachtet Bourdieu den »Kampf um die Köpfe« mit dem »politischen Feld« als »Hauptkampfplatz«. Das Ziel hier sei es, bestimmen zu können, was die Wahrheit des sozialen Lebens ist. »Es handelt sich um eine Art von Mobilisierung im Kampf um das Monopol der legitimen Manipulation der Repräsentation des Sozialen ... Denn wer sich als beherrscht wahrnimmt, fängt an als Beherrschter zu handeln.« Seine öffentliche »Ideologiekritik« richtet sich, all dem entsprechend, nicht an Extrempositionen auf, sondern es geht ihm um den nach seiner Theorie wesentlich wirkungsmächtigeren Effekt eines sich als neutral und natürlich maskierenden Alltags- resp. Einheitsdenkens, das Ausdruck und Apologie der sozialen Ungleichheiten ist.

Was aber setzt Bourdieu dem entgegen, was ist sozusagen sein Handlungsplan, seine Utopie? In einer Reihe seiner Schriften umreißt er eine Art Theorie von den beiden Flügeln des Staates. Bourdieus Formulierung zufolge existieren zwei unterschiedliche Staatsstrukturen, die er abwechselnd mal als »die linke und die rechte Hand des Staates« und mal als »den kleinen und den großen Staatsadel« bezeichnet. Die erste Struktur ist dort angesiedelt, wo die sozialen Funktionen des Staates ausgeübt werden: Bildungswesen, Gesundheitsbereich, sozialer Wohnungsbau usw. Der »große Staatsadel« findet sich unterdessen in den Reihen der Technokraten, die das Wirtschaftsministerium und die Kommandohöhen der Exekutivfunktionen des Staates besetzen. In den sozialen Konflikten, die sich in den letzten Jahren vor allem durch Streiks in den öffentlichen Diensten (wie im November/Dezember 1995) ausgedrückt haben, konstatiert Bourdieu eine »Revolte des kleinen gegen den großen Staatsadel«, die es zu unterstützen gelte, da sie zugleich auch gesamtgesellschaftlich bedeutende Staatsfunktionen verteidige. Letztere seien »im Inneren des Staates die Spuren vergangener sozialer Kämpfe«. An dieser Stelle unterläßt Bourdieu es aber, hinzuzusetzen, daß eben diese sozialstaatlichen Funktionen ursprünglich auch einmal dazu dienten, weitergehende gesellschaftliche Umwälzungen zu verhindern, und während langer Jahrzehnte dazu beitrugen, die Integration der historischen Arbeiterbewegung in das bestehende System zu befördern.

Bourdieu sieht sich mit seinem politischen Ansatz zwischen der revolutionär-marxistischen und/oder libertär-kommunistischen »extremen Linken« einerseits und den Formationen der regierenden Linkskoalition Lionel Jospins andererseits angesiedelt. In seinem »bisher politischsten Text« (»Le Monde<o, in dem er scharf auf die

Regierungsbündnisse von konservativen Parteien und Neofaschisten in mehreren französischen Regionen reagierte, griff er die Parteien der Regierungskoalition an, sie würden das gesellschaftliche Potential der Linken desorientieren und jeder klar umrissenen Alternative zur Rechten berauben. Zugleich beklagte er am selben Ort, »die Verzweifeltsten« würden dadurch »der extremen Linken« zugetrieben. Damit spielte er auf die revolutionär- marxistischen (meist trotzkistischen) Formationen an, die kurz zuvor bei den Regionalparlamentswahlen landesweit beachtliche 4,5 Prozent der Stimmen erhalten hatten. Bourdieus politisches Projekt scheint also auf die Bildung einer Art von Puffer zwischen beiden Linken hinauszulaufen.

Seit Monaten hält sich unterdessen das Gerücht, Bourdieu werde möglicherweise an der Spitze einer Liste, die das gesellschaftliche Protestpotential hinter sich sammeln soll, zu den Europaparlamentswahlen 1999 kandidieren. Angesichts des zunehmend deutlicher werdenden Schwindens der Integrationsfähigkeit der französischen KP -die derzeit an Jospins Kabinettstisch mitregiert -, hat das Gerangel um das freiwerdende Feld auf der Linken bereits begonnen. Der aktuelle KP-Sekretär Robert Hue selbst hat bereits im April der gesellschaftlichen Linken angeboten, eine Bündnisliste von Bürgerinitiativen und »sozialen Bewegungen« gemeinsam mit der KP zu bilden, auch für Anarchisten und Trotzkisten gilt dieses Angebot. Die trotzkistische Ligue Communiste Révolutionnaire ihrerseits verhandelt seit einigen Wochen - mit der KP ebenso wie mit den Grünen und der arbeitertümelnden traditionalistischen linksradikalen Konkurrenz von »Lutte Ouvriée« (Arbeiterkampf) - über mögliche Bündniskonstellationen aus diesem Anlaß. Der »Faktor Bourdieu« könnte möglicherweise in den kommenden Monaten Bewegung in diese Verhandlungen bringen.

Eine »Europäisierung der Krise« entspringt dem Soziologen zufolge einem »vitalen Bedürfnis«. »Der Horizont einer sozialen Bewegung ist eine Internationale des Widerstands gegen den Neoliberalismus und gegen alle Formen des Konservatismus«, so Bourdieu. »Man gründet Gruppen, Projekte, Initiativen. Man sucht, man forscht, und so entsteht Neues. Dazu braucht man soziale Kräfte, die sich artikulieren, dazu braucht man unabhängige Intellektuelle, die nicht völlig auf den Markt angewiesen sind. Keine Schwätzer, sondern Intellektuelle, die arbeiten. Alles was man tun kann, ist Mechanismen zu schaffen, die Diversität, soziale Kontrolle, Kritik ermöglichen.«

Konkret 08/98, S. 60

Carsten Otte

Älteste Kamellen

Warum die Studenten 1968 ff. seine Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft so begeistert aufnahmen und warum sie heute davon nichts wissen wollen. Zum 100. Geburtstag von Herbert Marcuse

»Sie sind ein Anwalt der Gewalt«, begann Ulrich Wickert am 27.4.1975 3 ein Rundfunkgespräch mit Herbert Marcuse, und der Beschuldigte zitierte daraufhin einen Satz aus seinem Aufsatz »Repressive Toleranz«, der oft als Beleg dafür herhalten mußte, Marcuse als »Anwalt der Gewalt« zu überführen: »Ich glaube, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein >Naturrecht< auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben.« Um Zuhörer und Interviewer nicht zu überfordern, nannte Marcuse das Widerstandsrecht daraufhin »eine der ältesten Kamellen der Zivilisation«. Dem Wickert war das immer noch zu hoch, und so entgegnete er plump: »Aber schleichen Sie sich jetzt nicht aus der Verantwortung. Weshalb sollen sich die Terroristen nicht auf Sie berufen, wo Sie doch die Gewalt als Mittel der Veränderung ansehen?«

Am 19. Juli 1898 wurde Herbert Marcuse in Berlin geboren, und anläßlich seines 100. Geburtstages hat der Lüneburger zu Klampen Verlag eine Sammlung von Marcuse-Texten unter dem Titel *Feindanalysen* herausgebracht. Die Beiträge beziehen sich auf Marcuses Arbeit beim amerikanischen Geheimdienst und sind in Deutschland bislang nicht veröffentlicht worden. 1942 beschloß Marcuse nämlich, die Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Nationalsozialismus zu unterstützen und eine Stelle beim Office of War Information (OWI) und kurze Zeit später bei der politischen Abteilung des Office of Strategic Services (OSS) anzunehmen. Kein Journalist hat Marcuses Geheimdiensttätigkeit jemals mit dem Argument kritisiert, da akzeptiere einer die Gewalt als Mittel der Veränderung. Kurz vor dem Eintritt in den amerikanischen Geheimdienst hat Marcuse den Text »Die neue deutsche Mentalität« verfaßt. Darin wird die Haltung der Landsleute zum nationalsozialistischen Staatsterror erklärt, und selbst einer wie Wickert hätte den Ausführungen über die Hitlerdeutschen vielleicht zugestimmt, wenn sie nicht auch die Bundesrepublikdeutschen so trefflich beschreiben würden: »Ihr Vertrauen in das Regime wird nicht durch die Grenzen ihrer körperlichen und moralischen Belastbarkeit markiert, sondern währt solange wie das Regime die effiziente Fortführung des Systems totaler Reglementierung gewährleisten kann.« Unter solchen Umständen könne ein Philosoph, so Marcuse, sich nicht auf die Philosophie beschränken. Der Zeitpunkt sei gekommen, die Philosophie zu verwirklichen.

Marcuses Arbeit über *Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie,* die 1941 in Amerika erschien, wurde zur Grundlegung seines Theorieverständnisses. Während Adorno später in der *Negativen Dialektik* die These vertritt, der von Hegel betriebene »Kultus des Weltlaufs« werde »zum Entsetzen verifiziert und auf den Kopf gestellt«, stöbert Marcuse in *Vernunft und Revolution* gerade nach der Negativität im Hegelschen System. Und glaubt sie gefunden zu haben: Die Verwirklichung der Vernunft sei bei Hegel, so Marcuse, keine Tatsache, sondern Aufgabe: »Das Reich des Geistes bringt in Freiheit zustande, was das Reich der Natur in blinder Notwendigkeit zustande bringt: die Erfüllung der Wirklichkeit eigenen Möglichkeiten.« Laut Marcuse gehen die Anstrengungen der Vernunft damit auf gesellschaftliche Theorie und gesellschaftliche Praxis über: »Der letzte Höhepunkt der Philosophie ist somit zugleich ihre Abdankung.« 1964 veröffentlichte Marcuse die *Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.* In *Der eindimensionale Mensch* versucht Marcuse nun die in *Vernunft und Revolution* gestellten Forderungen einzulösen. Die Ausführungen kreisen nicht mehr um die Anlage des Begriffs im philosophischen System und dessen Verhältnis zur gesellschaftlichen Ordnung, im Zentrum steht nun der gesellschaftliche Zustand selbst. Es wird nicht mehr über Freiheit lamentiert, denn die gibt es nicht. Es werden die vorhandenen Zwänge dargestellt. Die im Essay *Triebstruktur und Gesellschaft* (1955) entwickelte Kritik der Befriedigung repressiver Bedürfnisse wird jetzt am Konsumverhalten des vermeintlich freien Supermarktkunden erläutert. Das Bedürfnis nach Glück wird durch das automatische Tischfeuerzeug nicht befriedigt, das unglückliche Bewußtsein nimmt die von der Reklame angebotenen Wünsche bereitwillig auf. »Freie Auswahl unter einer breiten Mannigfaltigkeit von Gütern und Dienstleistungen bedeutet keine Freiheit, wenn diese Güter und Dienstleistungen die soziale Kontrolle über ein Leben von Mühe und Angst aufrechterhalten«, schreibt Marcuse, und so haben Begriffe wie Glück und Freiheit in der rational-irrationalen Welt ihre ursprüngliche Bedeutung verloren und dienen nur noch der Propaganda: »Unter der Herrschaft eines repressiven Ganzen läßt Freiheit sich in ein mächtiges Herrschaftsinstrument verwandeln.« Selten war nach Marx die Theorie so konkret. Die Ideologie einer westlichen Demokratie konnte genauer nicht beschrieben werden. Deshalb wurde Marcuses Analyse von den Studenten so begeistert aufgenommen. Und deshalb ist sie heute ein Tabu.

Fast zwanzig Jahre nach seinem Tod will von Marcuse kaum noch einer etwas wissen, seine Schriften wie *Konterrevolution und Revolte* oder der *Versuch über die Befreiung* sind vergriffen und werden nicht mehr aufgelegt, und selbst die Professoren, also die Rebellen von früher, die Marcuses Texte einst so eifrig lasen, kommen heute eher selten auf den Gedanken, in ihren Seminaren über das Grundgesetz auch mal über die »Repressive Toleranz« zu diskutieren. Wenn's dann doch sein muß, wenn die 68er Thema der Stunde sind - und bei Leuten wie Bernd Rabehl kann das schon passieren -

dann werden allerlei lustige Anekdoten aus der doch irgendwie tollen Zeit und das Märchen vom bösen Onkel aus Amerika erzählt, der manche Studenten, die den Marcuse wörtlich nahmen, ins Unglück gestürzt habe. In diesen Vorträgen sind die Stadtguerillieros immer die Knallköpfe ohne eigenen Verstand, weil sie erst Marcuse lesen mußten, um Bomben zu legen, und Marcuses Urteil über die repressiven Verhältnisse ist schon allein deshalb diskreditiert, weil eben, die Knallköpfe ohne eigenen Verstand sich auf sein vernichtendes Urteil bezogen. In »Spiegelsternfocus« waren anläßlich des 30. Jahrestages der Revolte ähnliche Statements zu lesen, und so protestieren die Studenten heute lieber friedlich und gemeinsam mit den Politikern für den Erhalt der Arbeitsplätze ihrer Lehrer statt für die Aufhebung der Herrschaft, der Gewalt oder anderer Zoten. Vielleicht ahnen die Studenten aber auch einfach die Gefahr, die von einer Marcuse-Lektüre ausgeht. Denn was ist, wenn das stimmt, was in den Büchern steht? Was tun, wenn die Verhältnisse in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft weiter fortgeschritten sind? Die Sorge der Studenten ist ein wenig übertrieben, denn wer in eines der bunten Suhrkamp-Bändchen von Marcuse trotz der Warnungen hineinschaut, wird sich bestimmt an die Frage erinnern, die im Seminar schon keiner beantworten konnte: Wenn Befreiung vom Bewußtsein der Knechtschaft abhängt und wenn das Bewußtsein durchweg über die Warenattraktion kontrolliert ist, wie ist es dann aber möglich, überhaupt Unterdrückung festzustellen bzw. sie aufzuheben?

Marcuse wurde oft gefragt, wie er sich die befreite Gesellschaft vorstelle, und auch Wickert konnte es nicht lassen, doch Marcuse entgegnete wie immer mit dem pathetischen und völlig richtigen Satz, der auch den *Versuch über die Befreiung* beschließt: »Zum ersten Mal in unserem Leben werden wir frei sein, darüber nachzudenken, was wir tun werden.«

Herbert Marcuse: *Feindanalysen. Über die Deutschen. Zu* Klampen Verlag, Lüneburg 1998, 149 Seiten, 24 Mark

Konkret 08/98, S. 61

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Wer mich liebt nimmt den Zug

Regie: Patrice Chéreau. Mit Jean-Louis Trintignant, Valéria Bruni-Tedeschi, Pascal Greggory. Frankreich 1998; 120 Minuten; ab 27.8. im Kino

Der Jahreszeit angemessen stellt sich die bange Frage: diese Waschbrettbäuche überall, ob real, ob medial, wie lange noch? Wohin werden sie verschwinden? Vereinnahmt von Jean-Louis Trintignant und für alle anderen verloren in einer herrischen Beziehung (»Wer mich liebt nimmt den Zug«)? Oder verdaut vom Blähbauch des Kapitalismus (»Sex/Life in L.A.«)? - Es gibt nur *eine* Antwort, und die, richtig!, kann nur sein: mit ihnen geht es jedenfalls nicht weiter! Erfreulicherweise kommt Trintignant selbst, wenn auch postum, zu dieser Einsicht. Deshalb hat er in einer theatralischen, kulturell hoch stehenden letztwilligen Verfügung die kompletten Beziehungspartner seines Künstler-Lebens zur gemeinsamen Eisenbahnfahrt nach Limoges gebeten. Auf dem Friedhof liegen bereits 184.999 andere Tote begraben, während die Stadt nur 140.000 Einwohner zählt. Sehr eindrucksvoll ist daher die Über-Totale, zu der Europas gräßlichste Gräberstätte einlädt; zum aufbrausenden Tutti zeigt die ultimative Helikopterfahrt ganz Limoges und meinetwegen auch Großfrankreich und die ganze Welt. Und was lehrt uns der manische Überschuß? Na? Es geht zyklischer Weise gegen die Depression der Zweierbeziehung und gegen den Terror der Intimität.

Wenn Expressivität dagegen hilft, dann kommt uns Film-, Theater- und Opern-Regisseur Patrice Chéreau (»Wozzeck« an der Berliner Linden-Oper) mit einem filmischen Gesamtkunstwerk zu Hilfe. »Wer mich liebt nimmt den Zug« hat eine musikalische Grundstruktur, ist theatralischer Akt und gleichzeitig praktische Therapie für Beziehungsstörungen verschiedener Genese. Den Zug hat mancher junger Mann genommen, inzwischen gereift, gar sexuell umorientiert, die Lebensabschnittsgefährtin reist mit, aber auch der Junge mit dem HIV plus, Safer sex geht auch im Waggon-WC; ein Kind klaut Schokolade, das Mutter ist hysterisch, und der Film ist ernsthaft nicht nacherzählbar. Haben Sie das schon einmal mit dem Libretto einer Oper versucht? Der Zug ist die Bühne für die vom Verbliebenen inszenierte große Expressivität. Die Gnade des endlichen Todes bringt auf dem fahrenden Podest all diejenigen zusammen, die unter der väterlich-tyrannischen Herrschaft ihre Rollen verloren und sich isoliert hatten. Das bringt auch dramaturgische Erleichterung. Die Fahrt, als Zustand, braucht weiter nichts als die Variation von Auftritten, Einsätzen, Musikstücken. An Überblick, Abstand, Reflexion und so'n intellektuellen Kram ist nicht zu denken, denn der Zug ist überfüllt, und was soll die Cinemascope-Kamera denn anderes machen, als sich an das nächstbeste Requisit zu halten, die »Neue Zürcher Zeitung« etwa (Hochkultur!) und dann auf ein Gesicht in gleicher Brennweite. Zu nah das alles, aber, zugegeben, genau so wird Intimität gründlich gestört. Das geniert zuerst ein bißchen. Es wird geschrien, es wird geweint, die Schminke läuft, die Contenance ist dahin. Zu nah, zu laut, larmoyant, große Gefühle zeigen, endlich wieder öffentlich werden.

Wer das gelernt hat, steigt in Limoges im Hotel »Jeanne d'Arc«, Avenue Général de Gaulle ab. Das ist kein Witz, weil es alle Rhetorik ernst meint. Auch das Horrorzitat aus »Nightmare Ort Elm Street« ist nicht komisch, weil es tragisch ist, wie Fredéric zu Vivienne umoperiert wurde. Auch der Operationsbericht ist zu nah, zu laut. Denn wenn wir dem Film glauben, zieht uns das Herrische hinan. Herrn Trintignant verdanken wir die erfolgreiche Therapie. Und Herr Chéreau bestätigt sich selbst den grandiosen Erfolg der großen Eisenbahn-Inszenierung. In aller Öffentlichkeit wählen sich die richtigen oder falschen Söhne den richtigen oder falschen Vater neu. Frisches Blut für die Vampire, aber, nein, das war gemein und auch nur als Metapher gemeint, ich bin schon beim Anmoderieren für:

Sex/Life in L.A.

Regie: Jochen Hick. Mit: Tony Ward, Kevin Kramer Ron Athey. BRD 1998; 91 Minuten; bereits angelaufen

Ein wunderschöner Dokumentarfilm von einem, der zuhören und zusehen kann. Wer von TV-Recherchen mit ihrem besserwisserischen Gelaber die Nase voll hat, sollte sich spätestens jetzt ins Kino bemühen. Unspektakulär, freundschaftlich begleitet Jochen Hick neun junge Männer, die in Los Angeles mit ihrem Körper arbeiten: Pornostars, Callboys, Stricher, Fotografen, Sexartisten. Sie kommen zu Wort, sie kommen ins Bild, sie bleiben Subjekt. Hick gestaltet kein Thema, er tatscht mit seiner Kamera nicht an ihren Körpern herum, er achtet die Integrität. Nur einmal kommt er selbst ins Bild, und das ist ein Versehen. Während Tony Ward, gefeierter schwuler Pornostar sowie ExLover von Madonna, vergnügt in der häuslichen Badewanne masturbiert (»Streß abbauen«), sieht man den deutschen Dokumentaristen hinter seiner Kamera für einen Moment im Badezimmerspiegel, ebenso entspannt und vergnügt. Ein Bild freundschaftlicher Normalität, subjektiv gesehen.

Die Körperarbeit wird längst nicht mehr dadurch definiert, daß es sich um Sex handelt. Persönlichkeit & Penis sind eine Gottesgabe, mit der man »gesegnet« ist. Dann ist man verpflichtet, und das wissen wir seit Calvins Zeiten, sie zum Erzielen maximalen Profits einzusetzen. Schöner Erfolg ist der äußerst luxuriöse Pelzmantel des begnadeten Luxus-Callboys, wie wir neidvoll eingestehen müssen. - In der Arbeitertradition sieht sich dagegen der Straßenstricher verankert, der auf der Flucht vor der Polizei jede Nacht an einem anderen Ort im Auto schläft: der klassische Wander-Arbeiter, sagt er. Vor Hicks Kamera, die ihn als Person ernst nimmt, klagt er, daß in L.A. nichts zähle, was nicht sofort in Warenwert umgerechnet werden könne: »Dieses Land ist kapitalistisch, und L.A. ist der Begriff davon«. Die Stadt Los Angeles formt sich in Hicks Film zu einem eigenen Körper: zu einem gefräßigen, vampirischen Stadt-Subjekt. Ohne jeden deutschen Kommentar dazu. Denn wir hören es aus dem Munde der Männerkörper-Arbeiter: die Stadt will jeden, der Profi ist. Aber keinen anderen. Ein Profi-Pornofilmer, - das geht in Ordnung (Pornofilmproduktion ist in der Stadt schon seit einigen Jahren nicht verboten), und Profi ist, wie uns Tony Ward stolz versichert, wer sich von Madonna eine Zigarette auf dem Rücken ausdrücken läßt. Wer Profi ist, versetzt sich mit Crystal und Amphetaminen in einen Zustand ewiger Jugend. »Unser Peter-Pan-Syndrom«, wie einer von Hicks Helden kläglich versichert. Depressionen und Absturz sind unweigerlich die Folge professioneller Geschäftstüchtigkeit. Unversehens wird der vordergründig entspannende, vergnügte Film, von klagenden, verzweifelten Tönen begleitet. Was ist Alternative, was bringt die Zukunft? Einige Monate nach den Aufnahmen fragt Hick nach. Tony Ward (»Ich bin nicht schwul«) ist mit seiner japanischen Freundin zusammengezogen. Der Stricher arbeitet jetzt als Friseur. Ein anderer ist unauffindbar. Der Pornodarsteller kämpft in Hollywood um Rollen als Filmdarsteller. Hicks erotisch-intime Home stories werden mitsamt ihrem männlich-schwulen Bildkompendium vom gefräßigen Stadt-Körper verdaut. Der Bauch: jetzt öffentlich gebläht statt intimes Waschbrett.

Konkret 08/98, S. 62

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Hermann, lieber Peter, lieber Piwitt! In der Hamburger »Taz« sagst du im Interview: Ich wohne in Hamburg. Ich lebe eigentlich nicht hier Wenn ich mich mal intelligent unterhalten will, fahre ich nach Frankfurt, Wien, vielleicht noch nach Berlin. Es gibt auch hier intelligente Leute, aber sie leben im Abseits wie ich, denn diese Stadt hat kein Zentrum: Sie besteht aus einem halben Dutzend Dörfern. Da gelten z. B. Journalisten als Intellektuelle, also der generell in Dienst genommene Geist. Ortsansässige Dichter kommen seit Lessing nicht mehr vor. Ja, man stört sich nicht einmal an ihnen...

Lieber HPP! Du weißt, daß wir dich der Schönheit Deiner Schriften über das Leben in der WerWenGesellschaft wegen lieben. Aber warum lässest Du uns, die in Hamburg sehr wohl sowohl wohnenden wie lebenden Dichter, nicht sein? Maybe, daß wir Mangelhafte Dir nicht genügen zum Dialog und Du darum in Metropolen ausweichen mußt, die an Bächen liegen, wo hellere Knaben als wir es sind angeln. Aber indem Du uns nicht zur Kenntnis nimmst respektive giebst, raubst Du uns ums Haar wenn nicht ganz und gar die Existenz. Laß uns Dich fragen: Wenn uns ein Sonnenstrahl in Othmarschen kitzelt - lachen wir nicht? Wenn uns ein Triade auf Sankt Pauli sticht -bluten wir nicht? Und wenn uns ein 102erBus auf der Grindelallee unter die Hufe nimmt - sterben wir nicht? Laß uns leben, lieber HPP, Du lieber von uns verehrter Doktorfisch im Terrarium.

*

Wie das Fußballschlachtschiff der Herren Egidius Braun (Heimorgel) und Hans-Hubert Vogts (Elektrorasierer) an einer maulwurfhügelgroßen und ebenso widerständigen Klippe schlußendlich zerschellte, weil der eine auf dem Vorsorgeohr taub und der andere auf dem Vorsorgeauge blind ist, das hat was von der Reichskanzlei im Wonnemonat Mai. Stur setzten sie auf alte Stühle und schöpften, in Unkenntnis wie Mißachtung der Binse, daß das Volle mit jeder Kelle Fülle einbüßt, aus dem vermeintlich Vollen. Rechtzeitig Nachwuchsanstalten zu treffen, also Fußballgymnasien zu errichten, mit Klassen für Bananeneckenschläger und Schlafsälen für Manndecker, und an dieses Treibhaus der Talente Pina Bausch und Johann Kresnik zu berufen, damit die den jungen Leuten eine moderne Körpersprache beim Jubeln nach dem Torschuß beibringen - Fehlanzeige. Nun ist der Salat den Bach hinunter, und es giebt kein Passepartout soo groß, daß das Bild der Ratlosigkeit hineingienge. Als Berti einmal im Fragebogen nach seinem Lieblingsschriftsteller gefragt wurde, schrieb er (quasi die Wurzel ziehend aus dem Nichts) hinein »Unbekannte Dichter«. Statt bekannte wie zum Bleistift jenen Generalvertreter der Lebenshilfe- und Vorsorgelyrik für den norddeutschen Raum, dessen Gedicht

Mein Freund im Alter

Schorsch Seeßlen gewidmet ist aus Anlaß von dessen fünftausendstem Artikel über die Metzeleien der Medien im kapitalistischen Zeitalter:

In tiefstem köperlichen Frieden
Von Herz- und Hirnattacken frei
Und mit als wie von Stauferfett geschmierten Knie- und Hüftgelenken
Ergreife ich schon heut fürs wie das Amen im Gebete Kommende Partei

Mein Kamerad, der Körper, wird nicht immer spuren
Wie jedes Material gehorcht auch er dem nicht lang fackelnden Verschleiß
Selbst ein in Siegfriedsguterhoffhungshüttenstahl gebadeter wie Paul von Hinden
Burgs Körper wurde schließlich mürbe wie man weiß

Es kommt der Tag, da sagt der Körper
Dem wie vom unerwarteten Besuch der Schwiegermutter oder des Gerichtsvollziehers überraschten Geist
Ich kann nicht mehr wie früher, Freund, ich hoffe
Daß du mir meine hiemit eingetretne Schwerbeschädigtheit verzeihst

Schlimm dies, wohl wahr! Doch ich? Bin eingerichtet
Der Horror trifft mich nicht als wie der Blitz
Aus wolkenlosem Himmel wenn ich eines Morgens
Nicht hoch mehr kommend auf dem Abtritt sitz

Warum? Ich steck von jeder Honoraranweisung
Die meine Endreimproduktion begütigend betrifft
Seit vielen Jahren schon in Sparschweins Rückenschlitz, mich selbst also auf weise Art bezehntend
Fünf Mark für meinen »Lifta« Treppenlift

Der »Lifta« Treppenlift, er soll mich tragen
In Zeiten ruinierten Körperbaus
Wie eine Sänfte aus Arabiens Märchen leise summend
Mit seinem 1 -PS-Elektromotor durch mein allein von mir bewohntes Einfamilienhaus

Der »Lifta« Treppenlift, nach TÜV-Vorschrift geklinkt in das Geländer, soll mich tragen
Mit knapp 4 kmh hinauf zum Schopenhauerandachtswinkel und zur Sternenluke unterm Dach
Und in den Keller mit der Marx-und-Engels-Hausbar
Wo ich, beim Schlehenschnaps, den Dialog mit den Gelegenheiten meiner Jugend, den verpaßten, nochmal, ein letztes Mal, entfach

Wer freilich seine ganze Barschaft Zeit des Lebens
In die Bordelle trägt, vertrinkt, ja gar verkifft
Dem hilft im Alter, wenn er mit dem Arsche nicht mehr hochkommt,
Kein »Lifta« Treppenlift

Konkret 08/98, S. 64

Holm Friebe

Verwesende Aura

Das Sofa im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Über die unaufhaltsame Integration von Kunst in Werbung

Im Kunstbusineß ist es oft von Vorteil, nicht bedeutend mehr als eine sogenannte »Idee« im Leben zu haben und diese eine - es können auch anderthalb sein - dann aber mit Hartnäckigkeit und Energie zu verfolgen. Andernfalls, bei zu vielen Ideen, leidet die Identifizierbarkeit und damit die Ruhmesaussicht. Die unübersichtliche Konkurrenzsituation am Markt verlangt nach einprägsamen Formen mit hohem Wiedererkennungswert; da gelten für die bildende Kunst die gleichen Gesetzmäßigkeiten wie für die Werbung. Man hat es mit einer überreizten Klientel zu tun, die allenfalls noch in der Lage ist, sich pro Marke einen *catchy* Slogan und pro Künstler ein *catchy* Charakteristikum einzuprägen -wenn überhaupt. Der Fotograf Horst Wackebarth hat es da eigentlich ganz richtig angestellt: Seit Jahren reist er mit einem roten Sofa um die Welt, und lichtet alle möglichen Leute vor allen möglichen Kulissen ab, wie sie sich in dem Sofa herumlümmeln.

Spätestens seit irgendwann das »Zeit-Magazin« auf die Sache angesprungen ist und eine Fotostrecke mit den Bildern bestritt, ist er nur noch »der mit dem roten Sofa«. So etwas sichert ein Auskommen auf Lebenszeit, und man braucht sich um nichts mehr Gedanken zu machen. Einfach, genial und einfach genial.

Das einzige, was dem Geniuskünstler jetzt noch zustoßen kann, ist, daß es irgendwo da draußen Leute gibt, denen noch weniger einfällt als ihm und die sich als Trittbrettfahrer an die einmal erfolgreich im öffentlichen Bewußtsein lancierten Images heranpirschen und -flanschen. Im Falle Wackebarth war das die englische Abteilung der Werbeagentur Grey, die erst im guten bei Wackebarth zwecks einer möglichen Zusammenarbeit anfragte. Als diese dann aber nicht zustande kam, stellte man bei Grey mit eigenen Fotografen eine Reihe von Sofa-Motiven nach, die sich von Wackebarthschen Aufnahmen nur dadurch unterschieden, daß die Menschen im Bild attraktiver aussahen und »Barclay«-Zigaretten rauchten. Wackebarth, um sein Markenzeichen fürchtend, zog vor Gericht und verlor in allen Instanzen. Ein Plagiat, so die Auffassung der Richter, liege nur dann vor, wenn es sich um eine tatsächlich identische Kopie handelt. Sobald eine künstlerische Eigenleistung erkennbar ist, die wie in diesem Fall allein schon im zusätzlichen Attribut der Zigarette bestehen kann, wird der Vorwurf hinfällig.

Für die oft als »kreativ« apostrophierte Werbebranche, in der das Plündern des hochkulturellen Fundus alltägliche Praxis ist, kommt diese Rechtsprechung einer Einladung zur Selbstbedienung gleich. Denn, wie ein Kommentator in der »FAZ« spitzfindig feststellt: »Freilich haben Werbefotos fast immer eine zusätzliche Dimension. Sie sollen ja ein Produkt verkaufen und müssen darum die Mehrdeutigkeit eines Kunstwerkes durch eine klare Botschaft ersetzen.« Man mag das aus dem Grund mißliebig finden, daß man dem ohnehin parasitären und volkswirtschaftlich eher verzichtbaren Werbesektor diese Arbeitserleichterung mißgönnt. Unbenommen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Emphase, mit der etwa ein Norbert Bolz die Branche als die eigentliche gesellschaftliche Avantgarde imaginiert - »Wer Werbung treibt, tritt als Spieler in eine ästhetische Welt ein, in der die Lebensstile der Zukunft eingeübt werden« -, allerdings bloß als Verheißung dräuenden Ungemachs.

Abgesehen davon verweist die Angelegenheit aber noch auf eine ganz andere Problematik, in der die Fronten weitaus weniger geklärt sind: die Frage, was überhaupt als geistiges oder ideelles Eigentum gelten soll, und inwieweit das als schützenswert anzusehen ist. Vielleicht hätte Wackebarth sich sein Sofa als »eingetragenes Warenzeichen« oder »Geschmacksmuster« schützen lassen sollen, dann hätte er in den Prozessen sicherlich bessere Karten gehabt. Fraglich nur, ob er damit durchgekommen wäre. Denn genau betrachtet ist die Sofa-Idee so neu nun wieder auch nicht. Das rote Sofa zieht sich, ließe sich behaupten, wie ein ebensolcher Faden durch die Kunstgeschichte: von Menzel bis Modigliani. Magritte bat ein Bild Jacques-Louis Davids von 1800 zur Vorlage genommen, auf dem Madame Récamier auf einem (nach diesem Bild Récamière benannten) Sitzmöbel lagert, und hat die Madame gegen einen sitzenden Sarg eingetauscht. Die Couch ist dieselbe. So lassen sich vermutlich für alle vermeintlich schützenswerten Ideen Vorläufer finden, weiche die Frage nach der genuinen Originalität des Interpreten aufwerfen. Es ist heute beinahe schon ein Gemeinplatz, daß sich die ganze Kunst- und Literaturgeschichte auch als Geschichte lauterer und unlauterer Enteignung und Aneignung von Motiven, Versatzstücken und Topoi interpretieren ließe. Die Methode, die heute, da die postmoderne Sonne, weil sie keine andere Wahl hat, auf nichts wirklich Neues mehr scheint, »Sampling« genannt wird, ist seit jeher Motor und Inspiration für das, was man im künstlerischen Bereich überhaupt Fortschritt nennen kann. Lediglich der Versuch rechtlicher Eindämmung und Kodifizierung ist ein Phänomen der Neuzeit und geht mit dem technischen Fortschritt bei den Produktionsverfahren einher: die bekannte technische Reproduzierbarkeit von Kunstwerken.

Die »verwesende Aura« (Benjamin) der Echtheit notfalls mit juristischen Mitteln zu konservieren, wurde erst in diesem Jahrhundert gängige Praxis. In der Ursprungsfassung des *Bürgerlichen Gesetzbuches* von 1896 ist von »Urheberrecht« noch überhaupt nicht die Rede, während etwa die Eigentumsverhältnisse an herrenlos gewordenen Bienenschwärmen dort mit allein fünf Paragraphen reglementiert werden. Zwar kann man mit Walter Benjamin auch künstlerische Codes als

Zeichensysteme begreifen, die sich »wie Heuschreckenschwärme« über die urbanen Zentren ausbreiten. Die analoge Rechtsprechung gestaltete sich dennoch als einigermaßen verdrießlich, weshalb 1901 ein allgemeines Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst in Kraft trat. Eine Regelung für bildende Kunst und Fotografie wurde erst 1907 nachgeschoben. Diese Rechtsnormen hatten wohlgemerkt den im Kern sicher sinnvollen Zweck, Künstlern die Erträge aus der Verbreitung ihrer »Werke« zu sichern; vom Schutz einzelner »Ideen« war und ist bis heute keine Rede.

In der Literatur ist diese Trennung nach wie vor einigermaßen unproblematisch, wenn auch hier Urheberrechtsstreitigkeiten - siehe, jüngstes Beispiel, den Streit der Brecht- vs. Müller-Erben - an der Tagesordnung sind. Kaum jemand erhebt Einspruch, wenn einzelne Ideen, sprich: Personen, Plot-Elemente oder Stoffe aus dem klassischen Fundus herausgelöst und einer literarischen Zweitverwertung unterzogen werden. Vergleichbares gilt für die Musik, wo man sich angesichts der Allgegenwart von Samples in den modernen Musikstilen pragmatisch darauf verständigt hat, das dies schon okay sei, solange das Sample keine zwei vollständigen Takte überschreite.

Als zweifelhaftes Verdienst der »Konzeptkunst« seit dem Ende der Sechziger ist das heutige Bewußtsein in der bildenden Kunst anzusehen, daß dort ein »Werk« durchaus schon aus einer einzelnen »Idee« bestehen kann, deren imaginäre Umsetzung dann dem Betrachter obliegt. Obwohl Künstler wie Joseph Kosuth damit sicher eher das Ziel einer freieren Zirkulation von Ideen verfolgten, verstärkten sie nolens volens den Zeittrend eines bornierten und im Kern reaktionären Originalitätskultes. Je selbstreferentieller und inzestuöser die Kunstszene wird, um so eifriger und eifersüchtiger wird auf der geistigen Urheberschaft herumgepocht. Und die nachwachsende Generation junger Künstler bildet da keine Ausnahme. Die Frage, wer wann was wo zuerst oder vorher schon mal gemacht hat, ist Standardthema auf allen Vernissagen. Zwar verbleiben diese Diskurse meist auf der ethisch-moralischen Ebene und werden selten in die juristische Sphäre eingeschleust, wo sie eh wenig Aussicht auf Erfolg hätten. Die Intention dahinter ist aber eindeutig, im Reich der Ideen schnell noch die Claims abzustecken, bevor mit den neuen technischen Reproduktionsmöglichkeiten - Internet, digitale Bildbearbeitung etc. -ohnehin alles in Gleichzeitigkeit und neuer Unübersichtlichkeit versinkt.

De facto führen die neuen Medien und Technologien zu einer Aushöhlung der nationalen Urheberrechte, so daß Kulturschaffende in der Tat darum bangen müssen, über die Verwertung ihrer Werke die Arbeitskosten wieder einzufahren. Auf der anderen Seite könnte man hoffen, daß so wenigstens die demokratische Verfügbarkeit alles jemals Gedachten in digitaler Form gewährleistet, daß die weltweite Vernetzung zu einer schleichenden Vergesellschaftung des geistigen Eigentums führen würde, die hinterrücks überhaupt den bürgerlichen Eigentumsbegriff torpedierte. Der kürzlich verstorbene François Lyotard etwa artikuliert diese Utopie, wenn er »freien Zugang zu den Speichern und Datenbanken« fordert. Damit ist aber gleichzeitig schon die Crux benannt, denn von freiem Zugang kann keine Rede sein. Von einer »Agonie des Realen« (Baudrillard) im Herrschaftssytem flottierender Zeichen ist wenig zu spuren; statt dessen wird auch in der virtuellen Welt des Simulakren, wo »Echtheit« keine Rolle mehr spielt, ganz real und fein säuberlich in Mein und Dein unterschieden. Zum Beispiel, wenn Bill Gates nach und nach die digitalen Verwertungsrechte aller klassischen Gemälde und Kunstwerke von Museen aufkauft und über den reglementierten Zugriff natürlich diese Rechte auch zur Geltung bringt und versilbert.

Im digitalen Raum sind die Claims längst abgesteckt, und je weniger das Urheberrecht dort die Erzeuger von Kunstwerken schützt, desto mehr arbeitet es den professionellen Verwertern zu. Wo das Urheberrecht aber nicht mehr greift, tritt das Faustrecht in Kraft, getarnt als ehedem nur streng auf die Wirtschaft gemünztes Warenzeichen, Titel- und Geschmacksmusterrecht. Wie einst bei der Eroberung Amerikas gilt hier neuerdings für die endlosen Weiten des Vorstellbaren: Wer sich zuerst auf ein Stück Land setzt, dem gehört es. Das Versäumnis, daß die Gedanken im bürgerlichen Rechtssystem bislang zumindest potentiell immer noch frei waren, wird mit diesen Instrumentarien in jüngster Zeit mit aller Macht korrigiert. Es genügt ein Blick in die Titelschutz-Sparte einer einschlägigen Medien-Zeitschrift, wo etwa ein Rechtsanwaltsbüro Anspruch auf Titelschutz erhebt für »>Mythos Erfolg< in allen Schreibweisen, Schriftarten, Zusätzen, Kombinationen und Variationen für jedweden Verwendungszweck, in allen Medien«. Ein anderer läßt sich die geniale Wortschöpfung »creARTive« schützen, na endlich! Der zwielichtige Mensch, der die »D-Info«-Telefonbuch-CD-Rom auf den Markt geworfen hat, ist reich damit geworden, daß er andere Firmen, die das große »D« in ihrem Firmennamen führten, mit Schadensersatzforderungen überzog. Und aus der Frühphase des Internet wird berichtet, daß sich ein paar findige Hacker die Namen vieler Großkonzerne als eigene Domain registrieren ließen, um sie sich dann hinterher von diesen für teures Geld abkaufen zu lassen. Kann sein, daß es gegenwärtig noch einige wenige Abgreifer sind, die sich dieser dubiosen Methode bedienen. Aber sie sind es, die die Spielregeln für die Zukunft aufstellen. Über kurz oder lang wird man Gefahr laufen, wenn man überhaupt einen Gedanken laut äußert, bereits die persönlichen Besitzrechte von irgend jemandem zu verletzen, der so schlau war, ihn sich vorher patentieren zu lassen. Das sollte bedenken, wer allzu lautstark nach einer Verbesserung des Schutzes von geistigem Eigentum verlangt. Denn schließlich ist auch diese Forderung nicht besonders originell und, möglicherweise, längst schon im Besitz irgendeiner Anwaltskanzlei.

Konkret 08/98, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Gestern noch auf hohen Rossen, im Politbüro und in der Chefredaktion des »Neuen Deutschland«, heute in den Arsch gekniffen ist der Günter Schabowski, der bei der alten »Zeit« die Pferdeäpfel der Herrenreiter zusammenfegen darf».

Wer derzeit mit Blick auf die extreme Rechte die Gefahr eines »Rechtsrucks in der Bundesrepublik« heraufbeschwört, tut dem Land nicht nur Unrecht. Überzogene Kassandrarufe werten erster Linie jene Rechten auf vor denen die Braunseher warnen.

Ruhig, Brauner, und aufgemerkt: Apollo hatte Kassandra, der Tochter des Priamos, die Fähigkeit der Weissagung gegeben und, weil sie seine Liebe nicht erwiderte, sie damit bestraft, daß keiner ihr glaubte, auch Priamos und die Mitglieder des trojanischen Politbüros nicht. Sie öffneten die Mauer, ließen die Belagerer nach Troja herein, Agamemnon erbeutete die Kassandra, die Dönhoff den Schabowski und Rainer Oschmann das »Neue Deutschland«, damit dort die Mimin Käthe Reichel, die Alexanderplatz-Patrone der 89er Revolution, Kassandra spielen kann:

Ausgerechnet wir sollen Vergatterung akzeptieren? Eine Vergatterung zu weiterer Arbeitslosigkeit? Ja? Für Mieterhöhung und Billiglohn? Ja? Für tagtägliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit? Ja? Auch wenn all dies unser tiefster Herzenswunsch wäre, ist solche Vergatterung ein Niedermachen der Gewissensfreiheit und damit der Grundlage der Demokratie. Und darum auch, Herr Kohl, schlägt hier nach dieser Unverfrorenheit kein Herz, das jetzt vor Feigheit zittert, sondern ein Herz, das nicht vergessen hat und es laut am Wahltag sagt: WIR SIND DAS VOLK!

Zwei Kreuzchen AN DER FALSCHEN STELLE! gemacht und den Zettel todesmutig in die Urne gesteckt. Laut sprechendes Herz, was willst du mehr? Anwort auf Frau Reichels Frage:

Für wie blöd halten die uns?

Für ziemlich blöd, vielleicht. Aber auch für so blöd, wie wir sind? Fürwahr, sie gehören zusammen wie der Wind und das Meer, die Reichel und der Schabowski, die Heulsuse und der Speichellecker. Der Mensch Gorbatschow hätte wirklich nicht trennen sollen, was der Herr Stalin einmal so schön zusammengefügt hatte.

Jürgen Ehmig hat Lothar Matthäus zum Tenor des Jahres gewählt, und Alice Schwarzer hat Harald Schmidt zur Verleihung des »Medienpreises für Sprachkultur« die Laudatio gehalten:

Darf man also Witze machen über Polen und Frauen? Man darf nicht nur, man muß. Denn Humor kennt keine Grenzen und keine Pietät!

Nach der Wehrpflicht für Frauen steht jetzt die allgemeine Polenwitz- und Zotenpflicht auf dem feministischen Programm. Einer der Witze, die der Preisträger gemacht hat und die ab sofort auch frau machen muß, geht - man kann ihn frau nicht oft genug erzählen - so:

Was haben Bettina Böttinger, Emma, Eierlikör und eine Kloschüssel gemeinsam? Kein Mann würde sie anfassen.

Denn Humor kennt Grunzen, aber keine Grenzen. Oder? Die alte Klofrau putzt zum letzten Mal die Brille:

Vielleicht sollte man sagen: fast keine. Denn es fällt doch auf daß es ein halbes Jahrhundert nach Auschwitz in Deutschland keine Judenwitze gibt. Verständlicherweise. Höchstens unter Juden. Die dürfen das.

Immer die Juden! Wir, die Deutschen, dürfen, zwar verständlicherweise, aber doch schon ein ganzes halbes Jahrhundert und also eine Ewigkeit danach, immer noch nicht in der Harald Schmidt-Show fragen, wieviele Juden in einen VW passen, nämlich sechs Millionen - zwei vorne, zwei hinten und der Rest in den Aschenbecher, sondern müssen den Witz, samisdatmäßig, am Stammtisch von Mann zu Mann schmuggeln. Oder, beim Eierlikör auf der Kloschüssel, von Frau zu Frau.

Den nächsten Medienpreis für Sprachkultur aber erhält Frau Schwarzer, für den optimalsten Komparativ des Jahres:

Im Osten sind Frauen noch arbeitsloser als Männer

Im Westen sind sie arbeitslos im Süden am arbeitslosesten. Wenn's um Sprachkultur geht, ist Frau Schwarzer fast noch idealer als Herr Schmidt.

Was lehrt die Deutschen ihre Niederlage? Den Michael Schickel, Leiter, was sag' ich?: Führer des Sportressorts bei der dümmsten Zeitung der westlichen Welt, dies:

Solange die meisten Profivereine weiterhin mittelmäßige Ausländer unter Vertrag nehmen und den eigenen Nachwuchs links liegen lassen, wird es keinen Silberstreif am Horizont geben. Ausländer raus!

Ein Bruno Preisendörfer, der fürs Berliner Anzeigenblatt »Zitty« schreibt, hat die Entdeckung gemacht, daß Radfahrer mitunter auffällig bunte Trikots tragen und erklärt den Bewohnern der Hauptstadt aus diesem aufregenden Punkte die Welt. Das Kostüm der Radler beweise, daß

eine wesentliche soziale Fähigkeit verloren geht, nämlich die, sich zu schämen.

Die Fähigkeit war, wie wir wissen, bei den Vätern und Großvätern noch vorbildlich entwickelt. Nie sah man Hans Globke oder Kurt Georg Kiesinger in einer Hose von Santini. Preisendörfer aber will noch viel höher hinaus bzw. tiefer hinab bzw. praktisch direkt ins Philosophische hinein:

Man empfindet keine Scham mehr. wenn man unter das eigene Niveau geht, weil man gar kein eigenes Niveau mehr hat.

Daß man, wenn man kein eigenes Niveau hat, nicht unter das eigene Niveau gehen und also auch nichts empfinden kann, ist schon die zweite Entdeckung an diesem Tag. Kein Wunder, wenn die dritte, daß damit der ganze Gedanke in die Shorts (von Calvin Klein) geht, des Denkers Kraft überforderte. Doch darum nicht verzagt, Bruno, bei den Konsumenten von Anzeigenblättern ist eine ganz andere soziale Fähigkeit verloren gegangen: Texte zu lesen.

Mit der Propagandakompanie an der Balkanfront:

Ich zuckte zusammen, als ich in der Fußgängerzone Sarajevos Zeuge eines Dialogs zwischen zwei jungen deutschen Soldaten wurde. Die Dialogpartner waren Angehörige des Ifor-Kontingents. Sie erregten sich über eine überhöhte Rechnung, die sie eben im Restaurant bezahlt hatten. Der Arger mit der Rechnung ließ sich vielleicht nachvollziehen - aber es schien mir, daß diese Deutschen zu laut redeten und zu gro]3e Schritte machten. Ich hätte mir gewünscht, daß sie, schon mit Rücksicht auf die Erinnerungen, leiser sprechen und in ihren Nato-Stiefeln behutsamer ausschreiten würden.

Vielleicht sollte der Peter Schneider Tafeln aufstellen: Angehörige der Bundeswehr werden gebeten, beim Besuch der Gedenkstätten nicht den Westerwald zu singen. Noch besser wäre es, wenn sie gar nicht ausschritten, sondern sich fahren ließen:

Eine halbe Stunde später saß ich in einem Straßencafé in der Sonne. Trotz oder dank des bosnischen Espresso war ich fast eingeschlafen.

Kleiner Scherz am Rande des Abgrunds.

Im Halbschlaf sah ich ein gepanzertes Fahrzeug der Ifor vorbeifahren, so dicht, daß ich die Füße zurückziehen mußte.

Der bosnische Espresso war für meinen Geschmack doch zu stark.

Auf dem gefleckten Heck des Wagens sah ich meinen *Soldaten. Ich war drei Jahre zuvor in der Stadt gewesen, mitten im Krieg, und wir hatten gemeinsam die Straßen in einem VW mit durchschossenen Fensterscheiben mit mindestens hundert Kilometer pro Stunde durchfahren. Nur bei diesem Tempo, erklärte er mir damals, konnte man einigermaßen sicher sein, den Zielfernrohren der serbischen Sniper zu entgehen. Ich gestehe, daß mich ein nie für möglich gehaltenes*

Warum fragen die Leute nicht mich? Sie müßten viel seltener über sich staunen.

Gefühl der Dankbarkeit anwandelte, als ich jetzt, drei Jahre später. dieses offenbar von Deutschen geführte Militärfahrzeug vorbeifahren sah. Ich hätte nie für möglich gehalten, was für eine Wohltat der Anblick eines Militärfahrzeugs bedeuten kann.

Das habe ich schon einmal gelesen, 1968, bei Konsalik, ich glaub' im *Arzt von Stalingrad.* Jetzt steht's in *Mein Soldat von Sarajevo.*